

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
vom 11. März 2013
bis Mai 2014**

NWO-Sonderheft Nr. 110



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
vom 11. März 2013 bis Mai 2014**

NWO-Sonderheft Nr. 110

Terror der Antichristen vom 11.03.2013-31.05.2014

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 11. März 2013 bis Mai 2014	2-98
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 11. März 2013 bis Mai 2014

Dadurch, daß man einen anderen ins Irrenhaus sperrt, beweist man noch nicht seinen eigenen Verstand.

Fjodor Michailowitsch Dostojewski (1821-1881, russischer Dichter)

2013

Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. März 2013 über die Forderung der Grünen nach einer Entkriminalisierung der Pädophilie: >>>**Pädophilie: Distanzierungstango in der Pädofrage**

Von *Professor Dr. Franz Walter* und *Dr. Stephan Klecha*

Daniel Cohn-Bendit war nicht der einzige Grüne, der Sex mit Kindern phantastisch fand. Die Forderung nach einer Entkriminalisierung von Pädophilie fand 1980 sogar Eingang in das Grundsatzprogramm der neuen Partei. Pädophilen-Aktivisten setzten aber nicht nur auf die Grünen, sondern auch auf die FDP. Mit Erfolg.

Wenn ein kleines Mädchen von fünf oder fünfeinhalb Jahren beginnt, Sie auszuziehen. Dann ist das fantastisch. Das ist fantastisch, weil es ein Spiel ist, ein absolut erotisch-manisches Spiel." Mit diesem Satz in einer französischen Talkshow hatte Daniel Cohn-Bendit im Jahr 1982 sein Publikum provozieren wollen, um sich in das von ihm so geschätzte Licht des Tabubrechers zu setzen. Ganz gelang ihm das nicht.

Keiner der anderen Gäste in der Sendung reagierte erkennbar entrüstet, niemand wollte den pausbäckigen Lummel in die Schranken weisen. Auch in der Presse las man hernach keine kritischen Kommentare. Ganz ähnlich hatte die Öffentlichkeit sieben Jahre zuvor auf die einschlägigen, mittlerweile berühmt-berüchtigt gewordenen Passagen in Cohn-Bendits "Le Grand Bazar" reagiert - gar nicht.

Warum auch? Unter Intellektuellen in Frankreich fielen Forderungen nach straflosem Sex mit Kindern und Heranwachsenden auf fruchtbaren Boden. Es war eine "andere Zeit", wie "Le Monde" Jahre später etwas verschämt schrieb. Auch diese reputierliche Zeitung übte in den siebziger Jahren reichlich Nachsicht gegenüber den Kreisen pädophiler Jünger, während die linksrepublikanische "Libération" dem Sex mit Kindern gar eine "echt soziale Mission" attestierte, wie die Historikerin Anne-Claude Ambroise-Rendu rückblickend festhielt.

Als im Januar 1977 drei Männer wegen Sexualdelikten gegen 13 und 14 Jahre alte Kinder auf ihren Prozeß warteten, solidarisierten sich mit ihnen etliche Intellektuelle, darunter Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Louis Aragon, Catherine Millet, André Glucksmann, Jack Lang sowie Sarkozys späterer Außenminister Bernard Kouchner.

Das war seinerzeit eben "die Epoche", so pflegt auch Cohn-Bendit seine damaligen Äußerungen zu exkulpieren: "Die sexuelle Debatte wußte nichts vom sexuellen Mißbrauch." Der sexuelle Befreiungsimpetus segelte in den Jahren nach 1968 im Windschatten der Enttäuschung über die ausgebliebene politische Revolution. Also setzten die Propheten der Fundamentalveränderung auf die Selbstreform, auf Pädagogik, auf die Emanzipation der Individuen von den Zwängen einer überkommenen, klerikal und bigott durchsäuerten Klassengesellschaft. Das war der Jargon jener Zeit.

Wie immer in Momenten tiefer politischer Enttäuschungen richteten sich die Hoffnungen auf die noch nicht korruptierte Gesinnung der Jugend, jetzt gar: der Kinder. Die pädophile Zuwendung avancierte zum Ferment einer Umwälzung des Alltags, des Zusammenlebens, der befreienden Liebe. So war es in Frankreich. So erlebte man es, ganz besonders, in den Niederlanden. Und so entwickelte sich auch ein Teil der deutschen "Neuen Linken".

"Darum weg mit dem Scheißsystem, auf zur sexuellen Revolution! Fang heute damit an. Die stillen Revolutionen sind oft die wirkungsvolleren." So lautete der Schlachtruf eines der führenden Polit-Pädophilen, Olaf Stüben, in der linksalternativen "taz" vom 16. November 1979. Schon im Januar 1977 war während eines Teach-in in der Universität Frankfurt vor Hunderten Zuhörern offen für Sex zwischen Erwachsenen und Kindern plädiert worden. Einige aus dieser Szene sollten bald ihren Marsch durch die Institutionen antreten - in der neuen Partei "Die Grünen", aber nicht nur darin.

Viel war zuletzt über pädophilenfreundliche Beschlüsse der nordrhein-westfälischen Grünen aus dem Jahr 1985 zu lesen. Doch die Forderung nach einer strafrechtlichen Freistellung von Pädophilie findet sich schon im ersten Grundsatzprogramm der Grünen aus dem Jahr 1980, eingebettet in den Abschnitt "Gegen die Diskriminierung von sexuellen Außenseitern".

Eine im Dezember 1979 verabschiedete "Gemeinsame Plattform der Schwulen und Lesben in der alternativen Wahlbewegung" war die Grundlage, auf der die Delegierten der Saarbrücker Bundesversammlung der Grünen im Frühjahr 1980 berieten. Heraus kam ein Beschluß, der nichts anderes verlangte als die Legalisierung von Pädophilie: Im Strafgesetzbuch (StGB) sollten die Paragraphen 174 und 176 so gefaßt werden, "daß nur Anwendung oder Androhung von Gewalt oder Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses bei sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen sind".

Was war damit gemeint? Beide Paragraphen stellten (und stellen) auf das Vorliegen einer sexuellen Handlung an Kindern beziehungsweise an Jugendlichen ab, unabhängig davon, ob Gewalt im Spiel ist. Sexuelle Handlungen an Kindern unter 14 Jahren insgesamt und an denjenigen Jugendlichen unter 16 Jahren, die dem Täter zur Erziehung, Ausbildung oder Betreuung anvertraut worden sind, standen ausnahmslos unter Strafe.

Bei Bewertung der Strafbarkeit kam es wegen der strukturellen Abhängigkeit und Unterlegenheit des Kindes beziehungsweise des Jugendlichen somit nicht auf die Einwilligung des Schutzbefohlenen an. Die Abhängigkeit an sich begründete die Schutzbedürftigkeit. Nur im Fall von Erziehungs-, Ausbildungs-, Dienst-, Betreuungs- oder Arbeitsverhältnissen von Jugendlichen über 16 Jahren bedurfte es nach dem Willen des Gesetzgebers auch des Mißbrauchs der Abhängigkeit.

Den Grünen war diese besondere Schutzbedürftigkeit einerlei. Sie wollten angeblich einvernehmlichem Geschlechtsverkehr etwa von Betreuern, Lehrern oder Erziehern mit ihren schutzbefohlenen Minderjährigen oder von Erwachsenen mit Kindern kaum noch Grenzen setzen. Nur die Anwendung von Gewalt hätte bestraft werden sollen, während all jene Formen

nicht länger unter das Strafrecht fallen sollten, in denen das Opfer "gewaltfrei" gefügig gemacht worden wäre.

Die im Strafgesetzbuch gezogenen Altersgrenzen stellen nämlich eine "absolute Grenze für den sexualbezogenen Umgang strafmündiger Personen mit Kindern" dar, wie es in einem Strafrechtskommentar heißt. Genau diese absolute Grenze wollten die Grünen zu Fall bringen und pädophile Handlungen gutheißen.

Der Beschluß der Saarbrücker Bundesversammlung des Jahres 1980 war vorab scheinbar unstrittig. Es gab weder Änderungsanträge noch Minderheitenvoten aus der Programmkommision. Erst während der Versammlung stand die Forderung nochmals zur Debatte. Der schleswig-holsteinische Biobauer Baldur Springmann verlangte, die bereits beschlossenen Positionen zur Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs und zur Pädophilie wieder aus dem Programm zu streichen.

Hinter den Kulissen begannen daraufhin Verhandlungen, die einen Kompromiß ermöglicht hätten, wonach die strafrechtliche Freigabe von Abtreibungen im Programm Bestand hat, die Forderung nach Aufhebung der die Pädophilie betreffenden Paragraphen 174 und 176 StGB gestrichen werden sollte.

Als der heutige Hamburger Theatermacher Cornelius "Corny" Littmann davon erfuhr, machten er und andere Repräsentanten der Schwulenbewegung "sehr schnell und energisch deutlich, ... daß für uns eine nachträgliche Streichung der Forderung nach Revision der §§ 174 und 176 auf keinen Fall in Frage kommt". So stellte es Littmann jedenfalls seinerzeit im Organ des Kommunistischen Bundes (KB) "Arbeiterkampf" dar.

Zusammen mit dem Rechtsanwalt Otto Schily, dem Vorsitzenden des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz Roland Vogt und anderen verfaßte Littmann eine Resolution, welche die Beschlußfassung im Grundsatzprogramm einrahmen sollte:

"Zu diesem Beschluß konnte leider auf dem Parteitag nicht gemeinsam diskutiert werden. Auch an der Parteibasis ist diese Frage bisher teilweise nicht oder nur wenig diskutiert worden. Dies ist weder im Sinne der Betroffenen noch der Antragsteller, noch der Partei insgesamt. Deshalb meinen wir, daß Abs. 521 folgendermaßen zu verstehen ist:

Er ist ein Auftrag an die Partei in allen Gliederungen, sich mit den Auswirkungen dieser Straftatbestände intensiv auseinanderzusetzen. Durch diesen Auftrag ist das Ergebnis dieser Diskussion natürlich nicht festgelegt. Es wird eine Kommission gebildet, die Hilfestellung bei der Diskussion gibt. Gerade im Hinblick auf die berechtigten Sorgen und Ängste, die sich mit diesem Themenbereich verbinden, halten wir es für notwendig, daß auf einem der nächsten Parteitage unter Beteiligung von Betroffenen und Fachleuten dieses Thema ausführlich behandelt wird."

Die Grünen signalisierten dadurch Offenheit, setzten den Beschluß als solchen aber in Kraft. Er blieb es bis zur Fusion mit Bündnis 90 im Jahr 1993.

In der Schwulenbewegung der siebziger Jahre galten die Vertreter pädophiler Positionen als Sonderlinge. Doch das Selbstbild der Homosexuellen als verfolgte Minderheit brachte es mit sich, daß man sich gegenüber Minderheiten in den eigenen Reihen eher tolerant zeigte. Pädophile hielten zudem zögernden Mitstreitern vor, daß diese jene Argumentation reproduzierten, mit der man einst auch Homosexuelle stigmatisiert hatte.

Die Allianz zwischen den Schwuleninitiativen und den Pädophilenvereinigungen, die sich in den siebziger Jahren gebildet hatten, kulminierte auf einer Veranstaltung, die im Sommer des Jahres 1980 unter dem Titel "Homosexuelle zur Bundestagswahl - Parteien auf dem Prüfstand - Schwulen und Lesben befragen die Parteien" in der Bonner Beethovenhalle stattfand.

Über Monate hatten die unterschiedlichen Gruppen erbittert über Sinn, Inhalt und Form gerungen. Strittig war nicht nur die Beteiligung von Pädophilengruppen, sondern auch die Frage, ob auch Vertreter der "etablierten" Parteien eingeladen werden sollten. Vor allem antikapitali-

stische Gruppen waren mit dem Argument dagegen, das diesen eine Bühne für die Verein-
nahme oppositioneller Kräfte geboten werden könnte.

Die "realpolitischen" Fraktionen der Schwulen- und Pädophilenbewegung setzten sich zu-
nächst durch. Denn ihre Hoffnungen richteten sich im damaligen Dreiparteiensystem beson-
ders auf die FDP.

Von der CSU, der Partei des damaligen Unionskanzlerkandidaten Franz Josef Strauß, wurden
die Freien Demokraten damals mit dem Vorwurf überzogen: "Für Kommunisten, Homosexu-
elle und Gewaltverbrecher - das wahre Gesicht der FDP". Immerhin gehörte Eberhard Zastra,
ein exponiertes Mitglied der FDP-Jugendorganisation " Deutsche Jungdemokraten" und in
seinem Todesjahr 2012 in der Piratenpartei aktiv, zu den rühmtesten Organisatoren des Tref-
fens.

Die Veranstaltung, zu der gut tausend Personen anreisten, verlief kurz und denkbar turbulent.
Die berüchtigte Nürnberger Kinderkommune und die Berliner Oranienkommune schmetterten
lautstark Parolen für eine gemeinsame Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern, lärm-
ten mit Trillerpfeifen und warfen Stinkbomben, ehe sie das Saalmikrofon usurpierten. In der
Historiographie der Schwulen- und Pädophilenbewegung gilt das Bonner Beethoven-
Spektakel seither als "Desaster" und als "traumatische Erfahrung".

Jedenfalls urteilte so der Realo-Flügel, die sogenannten "Kontis" (kontinuierlich Arbeitende),
die über die Institutionen des Parlamentarismus Einfluß zugunsten ihrer Forderungen zu neh-
men versuchten. Gut drei Dutzend Personen zogen sich an diesem 12. Juli 1980 mit den an-
wesenden Vertretern von CDU, SPD, Grünen und FDP auf der Flucht vor den aggressiven
Stadtindianern in einen Nebenraum zurück und setzten die Diskussion in kleinem Kreis fort.
Erwartungsgemäß sahen Christ- und Sozialdemokraten keinen Grund, das Sexualstrafrecht
zugunsten von Pädophilen zu ändern.

Auch Corny Littmann, der für die Grünen sprach, mußte ein wenig kleinlaut zugeben, daß in
seiner Partei noch Diskussionsbedarf bestehe und man ohne Versprechungen in den Wahl-
kampf ziehen werde. Die Grünen waren also, wie es in den Berichten von Teilnehmern aus
der Schwulen- und Pädophilenszene hieß, hinter "dem Stand" der "epochemachenden FDP-
Erklärung" geblieben, die sich für die ersatzlose Streichung des damaligen Paragraphen 175
StGB (Verbot sexueller Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts) einsetzte
und deren damaliger Generalsekretär Günter Verheugen persönlich auch eine Revision der
Paragraphen 174 und 176 für möglich hielt.

Auf die FDP setzten damals auch die Aktivisten der "Deutschen Studien- und Arbeitsgemein-
schaft Pädophilie" (DSAP), eines Zusammenschlusses jener Kader, die sich nach dem Vorbild
niederländischer Avantgardisten wie des sozialdemokratischen Abgeordneten Edward Bron-
gersma als politische Speerspitze der Pädosexualität verstanden. Nicht zufällig war die DSAP
auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Jungdemokraten im März 1980 geladen.

Freudig hielt man anschließend fest, daß die Delegierten dort ebenfalls eine Streichung der
Paragraphen 174 und 176 gefordert hätten. Ein Beschluß der FDP selbst wurde daraus nie.
Kausal keineswegs zwingend, aber doch interessant ist, daß Dagmar Döring, damals Studentin
an der FU Berlin und eine der wenigen Frauen in dem Führungsgremium der DSAP, viele
Jahre später ihre politische Heimat in der FDP fand. In diesem Jahr bewarb sie sich für die
FDP um das Direktmandat des Wahlkreises Wiesbaden für den Deutschen Bundestag. Am
Samstag vor der Veröffentlichung dieses Beitrags trat die vormalige Sprecherin des hessi-
schen Justizministers Hahn von ihrer Kandidatur zurück.

Ein weitgefaßtes Liberalismusverständnis und eine besondere Akzeptanz von Minderheiten
fanden sich in den frühen achtziger Jahren also nicht allein unter den Grünen. Doch auf deren
Parteitag sprach man sich in Resolutionen dafür aus, Strafvorschriften zu Fall zu bringen,
die "Zärtlichkeiten zwischen Jüngeren und Älteren kriminalisierten".

Konkrete Forderungen, Pädophilie aus dem Sexualstrafrecht auszunehmen, fanden sich in den Landtagswahlprogrammen von Rheinland-Pfalz, Bremen, Hamburg oder Berlin, jedoch nicht in den Bundestagswahlprogrammen. Freilich wurde im Blick auf die Bundestagswahl 1980 "jede gesellschaftliche Benachteiligung oder strafrechtliche Sonderbehandlung aufgrund des Sexualverhaltens" abgelehnt. In Verbindung mit dem Grundsatzprogramm sowie den begleitenden Resolutionen stimmte die strikte Ablehnung von Sonderstrafrechtsregelungen im Wahlprogramm durchaus mit den Interessen der Pädophilieaktivisten überein.

Bald nach der Bundestagswahl 1980 erlahmte die Debatte über die Reform des Sexualstrafrechts. Der im Grundsatzprogramm reklamierte Diskurs blieb aus, im Wahlauf Ruf zur Bundestagswahl 1983 spielt das Thema sexuelle Orientierung keine Rolle mehr.

Angesichts der apokalyptischen Grundierung des Programms, das die thermonukleare Vernichtung der Menschheit sowie die ökologischen Herausforderungen in düstersten Farben malte, betonten die Grünen immerhin noch ihre Verbundenheit mit Initiativen, die sich "gegen sexuelle Unterdrückung" einsetzten, und jenen, die "gegen die Diskriminierung abweichender Minderheiten" engagiert seien. Vieles blieb darin vage und ließ einen weiten Interpretationsspielraum zu.

Nach dem Einzug in den Bundestag im Herbst 1983 entstanden im Umfeld der Fraktion Bundesarbeitsgemeinschaften, die die Anbindung an Bewegungen und Parteibasis sicherstellen sollten. Eine dieser Arbeitsgemeinschaften hieß "Schwule, Päderasten und Transsexuelle", kurz SchwuP. In dieser agierten in führender Funktion selbst einschlägig vorbestrafte Sexualstraftäter wie Dieter F. Ullmann, auch er ein Vorstandmitglied der DSAP.

Neben SchwuP und ihren Auslegern in einzelnen Ländern entpuppten sich auch einige Arbeitsgemeinschaften für Kinder- und Jugendpolitik als Einfallstor für pädophile Positionen. Nachdem die Stadtindianer-Kommune aus Nürnberg 1980 vehement für ihre Forderungen geworben hatte, zu denen neben der Abschaffung der Schulpflicht eben auch eine Streichung der genannten Strafrechtsparagrafen gehörte, verzichteten die Grünen in ihrem Grundsatzprogramm auf einen Abschnitt über Kinder- und Jugendpolitik.

Diese Leerstelle wurde ebenso wenig zeitnah geschlossen, wie die zum Sexualstrafrecht geplante Debatte stattfand. Auf Druck der Stadtindianer sah sich die Bundespartei 1983 immerhin veranlaßt, einen Kongreß zu veranstalten und im Bundestagswahlkampf ein Faltblatt "Zur Kinder- und Jugendfrage" herauszubringen. Auch darin wurde von "verbreiteter Sexualfeindlichkeit" gesprochen, die es Kindern verweigere, "Sexualität zu praktizieren".

Man konstatierte, ganz im Sinn der Beschlüsse aus den Vorjahren, daß "Gesetze in diesem Bereich ... nicht dem Schutz der Kinder (dienen), sondern der Unterdrückung und Diskriminierung der Sexualität". Mit diesen Formulierungen im Rücken war es für die Pädophilieaktivisten jener Zeit problemlos möglich, bei den Grünen ein Forum zu finden, in dem sie für eine Freigabe von Pädophilie werben konnten und zumindest als Minderheit akzeptiert wurden.

Eine Sinnesänderung setzte erst ein, als die Beschlüsse des nordrhein-westfälischen Landesverbands vor der Landtagswahl 1985 erkennen ließen, welch fatale Wirkung die Offenheit zugunsten aller möglichen Minderheiten besitzen konnte und wie sehr der "Kindersex-Skandal" die Grünen von der Mehrheitsgesellschaft isolierte.

Diese Debatten, Veränderungen in der schwulenpolitischen Agenda, auf der Aids eine wachsende Rolle spielte, und eine Auseinandersetzung in der Bundestagsfraktion über die Reform des Sexualstrafrechts wirkten nun nach. Während die Bundestagsfraktion den später abgeschafften Paragraphen 175 StGB kritisierte, weil dieser durch eine Differenzierung zwischen homo- und heterosexuellen Handlungen mit Jugendlichen über 14 Jahren Homosexuelle benachteiligte, bedrängten die SchwuP-Aktivisten die Fraktion ohne Erfolg, das gesamte Sexualstrafrecht in Frage zu stellen.

Im Zuge dieser Entwicklungen gingen Nachsicht und Toleranz gegenüber pädophilen Bestre-

bungen zurück. Der 1985 in den Bundestag nachgerückte Herbert Rusche, der als erster Bundestagsabgeordneter seine Homosexualität öffentlich machte, sagte gegenüber einer Schwulenzeitschrift, daß die pädophilen Forderungen der AG SchwuP keine Basis in der Mitgliedschaft der Grünen hätten. Auch mahnte er: "Vielleicht wäre es gut für manchen Schwulen oder Päderasten, sich das anzuhören, welche Schwierigkeiten die Frauen damit haben. So ganz lassen sich die Vorwürfe auch nicht von der Hand weisen."

In der Tat hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt bei den Grünen, auch unter deren homosexuellen Aktivisten, die Positionen durchgesetzt, die die Feministin Alice Schwarzer und der politisch weit links stehende Sexualwissenschaftler Günter Amendt schon 1980 in der Zeitschrift "Emma" eingenommen hatten.

Beide kritisierten - nicht zuletzt auch gegen einige der in der Szene gerne bemühten Fachleute aus der Sexualwissenschaft und Sozialpädagogik, die mit einer Fülle von vermeintlich wissenschaftlichen Expertisen dem Sexualverkehr zwischen Erwachsenen und Kindern höhere Weihen verleihen wollten - die pädophile Ignoranz der Machtunterschiede zwischen Erwachsenen und Kindern.

Schwarzer und Amendt bestritten überdies, daß es bei der Pädophilie primär um Kinderbedürfnisse gehe, sondern wiesen auf die zwanghaften Fixierungen von Erwachsenen auf Minderjährige hin. In der Folge verloren die Pädophiliezirkel im alternativen Milieu kontinuierlich an Unterstützung. Auch die linkspolitische Schwulenbewegung gab ihre ursprüngliche Solidarität mit den anderen Opfern in den "Kriminalisierungsunternehmen der staatlichen Repression" auf.

Auch die bei den Grünen zahlreich vertretenen Schwulen legten zunehmend Wert darauf, nicht mit Pädophilie in Verbindung gebracht zu werden. Schon 1984 äußerte der baden-württembergische Landesarbeitskreis Schwule "starken Widerwillen" gegen eine strafrechtliche Freigabe von Pädophilie. Aus dem Südwesten wurden schließlich Vorschläge unterbreitet, die Schwulenpolitik bei den Grünen anders zu organisieren, was 1987 auch geschah.

Die Grünen trennten sich von der AG SchwuP und riefen eine neue "Bundesarbeitsgemeinschaft Schwulenpolitik" ins Leben. Der Pädophilievorkämpfer Ullmann erkannte die Niederlage seiner Gruppe und warf der Alternativ- und Ökobewegung wütend "15 Jahre Distanzierungstango" in der "Pädofrage" vor - was ein wenig übertrieben schien, aber das politische Scheitern dieser Richtung auch und gerade innerhalb der Grünen Partei treffend beschrieb.

Auch im Programm zur Bundestagswahl des Jahres 1987 gingen die Grünen vorsichtig auf Distanz zur Pädophilie, wohingegen man weiterhin der Aufhebung von Diskriminierungs- und Unterdrückungsmechanismen verpflichtet bleibe und - als impliziter Hinweis auf die damalige Aids-Debatte - keinesfalls wolle, daß "Minderheiten zu Sündenböcken gestempelt" würden.

Die Grünen strebten daher eine Reform des Sexualstrafrechts an, "die die sexuelle Selbstbestimmung fördert, statt sie zu verhindern". Der so verengte Fokus zeigte an, daß man nicht mehr auf alle Randgruppen Bezug nehmen wollte, die sich irgendwie bei den Grünen hätten verorten können. Eine weitere Liberalisierung des Sexualstrafrechts, zu wessen Gunsten auch immer, erschien jedoch nicht gänzlich ausgeschlossen.

Das las sich im Bundestagswahlprogramm 1990 deutlich anders. Wie schon im vorherigen Programm galt die sexuelle Orientierung als ein Element der Diskriminierung, das seine Wirkung auch auf die Hauptwidersprüche der Gesellschaft habe: "Weder die Verteilung der Arbeit noch die Bündelung von Verantwortlichkeiten oder Reichtum dürfen auf der Grundlage von Geschlecht, privatem Status oder sexueller Orientierung zustande kommen." Die rechtliche und faktische Gleichstellung Homosexueller mit Heterosexuellen wurde als eine Ausdrucksform der gewünschten multikulturellen Gesellschaft angesehen, weswegen die Abschaffung des Paragraphen 175 StGB unerläßlich sei.

Ansonsten wurde hinsichtlich des Sexualstrafrechts aber ein anderer Akzent gesetzt. Die Grü-

nen rückten die Paragraphen 177 bis 179 StGB in den Fokus, um Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe zu stellen oder Frauen und Kinder besser gegen (sexuell) gewalttätige Männer zu schützen. Im Kern ging es also - abgesehen von der Streichung des Paragraphen 175 - nicht um eine Liberalisierung, sondern um eine Verschärfung des Sexualstrafrechts.

Zugleich wurde ein öffentlicher Diskurs über "Pornographie und Sexualität" verlangt. In diesem Zusammenhang kam auch die Existenz "von sexuellen Phantasien, Bedürfnissen und Praktiken, die Unterdrückung, Erniedrigung und Gewalt beinhalten", zur Sprache. Diese wurde aber zurückgewiesen, sofern es sich um einen Ausdruck "sexuell geformter Männergewalt" handele.

Bemerkenswert war zudem, daß das Verbot von pornographischem Material, welches Gewalttätigkeiten oder den sexuellen Mißbrauch von Kindern zeigt (Paragraph 183 III StGB), ausdrücklich gutgeheißen und allein die schwache Durchsetzung in Bezug auf die Darstellung von Folter weiblicher Personen bemängelt wurde.

Zehn Jahre nach dem ersten Grundsatzprogramm hatte sich die Sichtweise der feministischen Strömungen bei den Grünen in Diktion und Wahl der Schwerpunkte so niedergeschlagen, daß keinerlei Unterstützung von Pädophilie mehr zum Ausdruck gebracht werden konnte. Schon im Frühjahr 1989 hatte sich der Bundeshauptausschuß der Grünen offiziell auch von solchen Positionen distanziert. Diese Linie findet sich seither - wenn auch nicht ganz so scharf feministisch geprägt - in allen Wahlprogrammen von Bündnis 90/Die Grünen wieder.

1998 bekannten sich die Grünen dazu, ein Umfeld schaffen zu wollen, in dem Kinder "keine Angst vor sexualisierter Gewalt und Mißbrauch durch Vertrauenspersonen haben müssen". Durch die Forderung, bei "rückfallgefährdeten schweren Gewalt- und SexualverbrecherInnen" auch künftig auf die Sicherungsverwahrung zurückzugreifen, stellte sich die Partei sogar diametral gegen eine Forderung aus dem Wahlprogramm von 1980, das solche Sonderformen des Strafrechts ausdrücklich abgelehnt hatte.

Vielmehr erkannten die Grünen das zwischenzeitlich erheblich veränderte Sexualstrafrecht in Bezug auf die dort getroffenen Altersgrenzen vollständig an. Mit der Wendung aus dem 2002 verabschiedeten Grundsatzprogramm, wonach "sexualisierte Gewalt ... eine der offensivsten Verletzungen der Menschenwürde" darstelle, haben Bündnis 90/Die Grünen schließlich mit ihrer Vergangenheit unwiderruflich gebrochen.

Professor Dr. Franz Walter leitet das Göttinger Institut für Demokratieforschung. Dr. Stephan Klecha ist dort wissenschaftlicher Mitarbeiter. Eine Arbeitsgruppe des Instituts erforscht seit zwei Monaten auf Bitte von Bündnis 90/Die Grünen "Umfang, Kontext und Auswirkungen pädophiler Forderungen in den Milieus der Neuen Sozialen Bewegung sowie der Grünen".<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3/4 berichtete im März/April 2013 (x853/...): >>>Die Neue Weltordnung - politisch korrekt oder Verschwörungstheorie?

Inge M. Thürkauf

Für die meisten Zeitgenossen ist es ein nebulöser Begriff, mit dem die wenigsten etwas anfangen wissen - Neue Weltordnung. Zwar wittern besonders die Medien dahinter irgendeine paranoide Verschwörungstheorie, obwohl führende Politiker immer öfter in ihren Reden Formulierungen wie "die eine Weltregierung" oder "global governance" einflechten lassen - nicht selten in Zusammenhang mit der Agenda zur Dezimierung der Macht souveräner Staaten.

Die neue Weltordnung als politisches Programm

Die Neue Weltordnung ist, das kann mit Sicherheit gesagt werden, keine Verschwörungstheorie, sie ist das politisch korrekte Zukunftsprogramm der zurzeit mächtigsten Organisation der Welt: der UN. Daß man verdächtigt wird, sich gegen Frieden und Menschenrechte zu stellen, wenn "Migration", die "Auflösung der Nationalstaaten" oder "religiöser Synkretismus" kritisiert oder nur hinterfragt wird, zeigt deutlich genug, daß sich dahinter mehr verbirgt, als lediglich eine Verschwörungstheorie.

"Die Gesellschaft soll verändert werden", schreibt der britische Historiker Anthony Sutton, die Welt soll verändert werden, "um eine Neue Weltordnung hervorzubringen. Dies wird eine geplante Ordnung sein, mit einer strikten Einschränkung der individuellen Freiheit, ohne verfassungsmäßigen Schutz (constitutional protection), ohne nationale Grenzen oder kulturelle Unterschiede."

Die folgenden Zitate beleuchten den internationalen Konsens zur Vorbereitung einer Neuen Weltregierung:

- Präsident George H. W. Bush, ... US Präsident 1989-1993, hat am 11. September 1990, also auf den Tag genau 11 Jahre vor dem magischen Datum von 9/11, vor dem amerikanischen Kongreß erklärt: "Wir haben vor uns die Möglichkeit, für uns selbst und für die zukünftige Generation eine Neue Weltordnung zu schaffen ... Eine Ordnung, in der eine glaubwürdige UNO ihre friedenserhaltende Rolle anwenden kann, um das Versprechen und die Vision der UN-Gründer zu erfüllen."

Und bei seiner jährlichen "State of the Union" Ansprache im Februar 1991 entfaltete er offen seine Vision: "Es ist eine grosartige Idee: eine neue Weltordnung, in der verschiedene Nationen in gemeinsamer Sache zusammengezogen werden, um die universellen Bestrebungen der Menschheit, Frieden und Sicherheit, Freiheit und Gesetzesordnung zu verwirklichen. Nur die Vereinigten Staaten haben beides: das moralische Stehvermögen und die Mittel, sie zu unterstützen."

Während er dies verkündete, war der zweite Golfkrieg in vollem Gange. Der Gedanke an eine neue Weltordnung ist für amerikanische Präsidenten ein alter Traum. Auch Woodrow Wilson (1856-1924) strebte eine globale Ordnung unter der Führung Amerikas an, um den Frieden in der Welt zu sichern. Der Erste Weltkrieg hat diesen Plan verhindert. Ebenso brachten die Bemühungen Franklin D. Roosevelts (1882-1945), den globalen Frieden mit Hilfe Amerikas zu errichten, durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nicht das gewünschte Resultat.

- In einem Leitartikel der "Financial Times" vom 8.12.2008 berichtet Gideon Rachman von der Agenda für eine diktatorische Weltregierung. Der Bericht räumt ein, daß der Begriff "global governance" ein Euphemismus sei für eine antidemokratische Weltregierung. Der Autor schreibt, daß global governance viel früher eingeführt werden könnte, als die meisten erwarten, und daß Barack Obama bereits seinen Wunsch nach Erreichen dieses Ziels ausgedrückt habe.

- Am 2. April 2009 trafen sich in London die Finanzminister und Zentralbankchefs aus 20 Ländern einschließlich der sieben großen Industrienationen zum G20-Gipfel. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank waren ebenfalls Teilnehmer dieses Treffens. In einer programmatischen Rede bekräftigte Premierminister Gordon Brown die Entstehung einer Neuen Weltordnung. Vor 200 Jahren, so Brown, hat eine neue Welt die alte abgelöst. 1990 war das Ende einer durch den Kalten Krieg bestimmten alten Welt.

Man sprach damals von einer politischen neuen Ordnung. Was nicht vorausgesehen werden konnte, war die Schnelligkeit der Globalisierung. Heute nun beginnen wir zu verstehen, so Brown weiter, daß die Weltordnung, die durch die Globalisierung vorangebracht wird, nicht durch die militärische Stärke des Kalten Krieges, sondern durch ihren ökonomischen Einfluß entsteht. Die Länder, die erfolgreich sein werden, sind jene, die Flexibilität, Freie Marktwirtschaft, Freier Handel, Innovation und Forderung der Bildung miteinander vereinigen können. Brown abschließend: Eine neue Welt ist im Kommen. Es ist eine Neue Welt Ordnung mit bedeutend unterschiedlichen und radikal neuen Herausforderungen für die Zukunft.

Einig waren sich die G20-Gipfelteilnehmer in drei Punkten:

1. neue Finanzmarktregeln.
2. die Bereitstellung gigantischer finanzieller Mittel für die zentralen Finanzinstitute auf globaler Ebene.

3. die Vereinbarung, sogenannte Steueroasen auf eine schwarze Liste zu setzen.

- Auch Strobe Talbott, Vize-Außenminister der USA von 1993-2000, spricht Klartext: "Im nächsten Jahrhundert (21. Jahrhundert) werden Nationen, wie wir sie kennen, obsolet sein; alle Staaten werden eine einzige globale Autorität anerkennen. Nationale Souveränität war letztendlich keine so gute Idee."

- Ebenso David Rockefeller: Er sah die Welt 1994 "am Rande einer globalen Umwälzung. Alles was nötig ist, wäre eine Krise großen Ausmaßes, und die Nationen werden die neue Weltordnung bejahen."

In einer Ansprache vor der Trilateral Commission 1991 dankte er "der Washington Post, der New York Times, dem Time Magazine und anderen Publikationen, deren Direktoren an unseren Treffen teilgenommen und beinahe 40 Jahre ihre Versprechen zur Geheimhaltung nicht gebrochen haben. Es wäre für uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, wenn er Gegenstand der breiten Öffentlichkeit gewesen wäre. Aber jetzt ist die Welt aufgeklärt und vorbereitet genug, um einer Weltregierung entgegenzugehen."

- Jacques Attali, Berater des ehemaligen französischen Präsidenten Sarkozy (von 2007-2012), sah eine Chance für eine Weltregierung in der im Jahre 2009 erwarteten Schweinegrippe Pandemie. "Die Geschichte lehre, daß die Menschheit sich nur unter Todesangst bedeutsam weiterentwickle: Dann mobilisiere sie Abwehrmechanismen, manchmal unerträgliche (Sündenböcke und totalitäre Systeme); manchmal sinnlose (Ablenkung); manchmal effiziente (therapeutische Maßnahmen, die letztendlich alle die alten Moralvorstellungen über Bord werfen)."

- Ähnlich äußerte sich Henry Kissinger:

"Heute würden die Amerikaner empört reagieren, wenn UNO-Truppen Los Angeles beträten, um die Ordnung wiederherzustellen; morgen waren sie dankbar! Besonders, wenn ihnen erklärt wird, daß es eine äußere Bedrohung gibt, ob real oder Propaganda, die unsere Existenz in Frage stelle. Alle würden dann die Weltführer anflehen, sie von diesem Übel zu erlösen. Jedermann fürchtet sich vor dem Unbekannten. Wenn ihnen dieses Drehbuch vor Augen gestellt wird, werden Individualrechte bereitwillig im Gegenzug für Garantien ihres Wohlergehens abgetreten, das ihnen von der Weltregierung bewilligt wird."

- Die Schweiz hat ebenfalls diesbezüglich einen Vorschlag unterbreitet: Anlässlich der UNO-Vollversammlung in New York am 14. September 2010 hielt Altbundesrat Joseph Deiss seine Antrittsrede als Präsident der UNO-Generalversammlung und stellte die Forderung nach einer "gouvernance mondiale", nach einer globalen Regierungsführung.

- Völlig unmißverständlich drückte sich die deutsche Bundeskanzlerin, Angela Merkel, auf dem Kirchentag in Dresden 2011 aus: "Wenn man eine wirkliche Weltordnung haben will, eine globale politische Ordnung, dann wird man nicht umhin können, Souveränität, Rechte, an andere abzugeben."

Und während der Konferenz "Falling Walls" am 9. November 2009 in Berlin, umschrieb sie die NWO elegant mit den Worten: "... eine der spannendsten Fragen, Mauern zu überwinden, wird sein: Sind Nationalstaaten bereit und fähig dazu, Kompetenzen an multilaterale Organisationen abzugeben, *koste es, was es wolle?*"

Da diese Rede 2009 gehalten wurde, fragt man sich, welche Mauern sie hier angesprochen hat, die Berliner Mauer kann es wohl nicht gewesen sein, sie fiel ja 20 Jahre früher. Es können somit eigentlich nur Landergrenzen gemeint sein, die durchbrochen werden müssen, damit z.B. Menschen Grenzenlos einwandern können, und zwar - *koste es, was es wolle*.

Für die Bundeskanzlerin existiert bereits eine Welt des Friedens, wenn es keine Grenzen mehr gibt. Angela Merkel bekräftigt diesen Aspekt, wenn sie sagt: "Das wollen wir auch dort schaffen, wo ... Mauern die Möglichkeit verhindern, daß die Welt friedlich zusammenlebt." - "Es wird so sein, daß ein friedliches Zusammenleben nur mit einer globalen Ordnung ... möglich ist." - "Diese Welt wird keine friedliche ... Welt sein, wenn wir nicht zu mehr globaler Ord-

nung und mehr multilateraler Zusammenarbeit finden."

Soll das heißen, daß nur eine Welt ohne Grenzen, ohne Mauern, wie sie das nennt, eine Welt des Friedens sein wird? Was geschieht, wenn Nationalstaaten auf ihre Grenzen aber nicht verzichten wollen? Nehmen wir als Beispiel die Schweiz.

Sicher - so das berechtigte Argument - die Schweiz gehört nicht zur EU, zumindest nicht offiziell. Es ist jedoch auch an der Schweizer Bevölkerung nicht unbemerkt vorbeigegangen, daß den Forderungen aus Brüssel immer mehr Gehör geschenkt wird. Der Wirtschaft zu liebe, ist die Regierung fast gezwungen, die einen oder anderen Verträge zu unterschreiben. Denn die Globalisierung ist - wie Politiker sich auszudrücken pflegen - "alternativlos", und in diese "Alternativlosigkeit" möchte die EU das Alpenland doch gerne mit hineinnehmen.

Daß die "globale Ordnung", wie Frau Merkel sich ausdrückt, unter Umständen doch an "Mauern" stoßen könnte, zeigen die Äußerungen des Schweizer Verteidigungsministers Ueli Maurer in der Zeitung "Sonntag" vom 7. Oktober 2012. Die Schweizer Armee erwarte eine dramatische Eskalation der Lage in EU-Krisenstaaten mit Auswirkungen auf die Sicherheit der Schweiz, warnt er. Die Euro-Krise verschärfe das Gewaltpotential.

Die Sparmaßnahmen in den südlichen Eurokrisenländern würden dazu führen, daß die Armeen dieser Länder geschwächt werden. Da Bern ein Übergreifen auf das eigene Gebiet und große Flüchtlingsströme aus Südeuropa befürchtet, rüste die Armee ihre Streitkräfte auf, um die vier Landesteile an den Grenzen abzusichern.

Wie wir aber aus den Worten von Angela Merkel deutlich herausgehört haben, würde die Absicherung von Landesgrenzen die Verwirklichung der multilateralen Zusammenarbeit behindern, was den Frieden doch empfindlich gefährden könnte.

Die Errichtung eines Weltstaates hat nach den Vorgaben der Vereinten Nationen als einzige Herrschaftsform die Demokratie im Blickpunkt. Es steht allerdings nirgends geschrieben, daß die "Direkte Demokratie" der Schweiz als Vorbild genommen werden wird, bei dem das Volk nicht nur durch Wahlen, sondern auch durch häufige Volksabstimmungen direkten Einfluß auf die Politik nehmen kann. Um EU konform zu werden, bleibt der Alpenrepublik jedoch immer noch die Möglichkeit, zu der in vielen anderen Staaten der Welt üblichen "Parlamentarischen Demokratie" zu wechseln.

Multikultur und die Neue Weltordnung

Das Szenario für die Schweiz soll hier nicht weitergesponnen werden, wenden wir uns vielmehr der Frage zu, was für weitere Maßnahmen angesetzt werden müssen, um eine neue Weltordnung zu schaffen? Die Äußerungen von Bundesrat Ueli Maurer implizieren, daß die neue Weltordnung vielleicht auch etwas mit dem Begriff "Multikultur" zu tun haben könnte. Dazu ein aufschlußreicher Kommentar zum Multikulturalismus aus einer Netzseite in Bangladesch. Dort heißt es: "Multikulturalismus ist ein unnatürlicher und ungesunder Zustand, der nur Länder heimsuchen kann, die sich im nationalen Niedergang befinden ..."

Multikulturalismus "wird dazu benutzt, einen nationalen Konsens in der Wählerschaft zu verhindern. Er untergräbt Werte, Kultur, Glaubensinhalte, ethnische Eigenheiten usw. und schafft dadurch einen ständigen Strom der Unzufriedenheit, auf dem sicherzustellen, daß die Regierten sich niemals als Schicksalsgemeinschaft begreifen und daß es niemals Solidarität zwischen ihnen geben kann."

Wenn Multikulturalismus also die etablierte Ordnung von Nationalstaaten untergräbt, so ist die Migrationswelle, die gegenwärtig Europa durchzieht, zweifellos eine wirksame Maßnahme zur Auflösung der einzelnen Nationalstaaten. Der Bevölkerung wird auf allen Kanälen erklärt, wie bereichernd die kulturelle Vielfalt für die Weiterentwicklung einer Nation sein kann. Was wir zunächst feststellen ist, daß im westlichen Europa immer deutlicher gravierende Veränderungen zu Tage treten.

Viele fühlen sich von den Regierungen getäuscht und überrollt. Das ungeschminkte Geständ-

nis des luxemburgischen Premierministers und bis Anfang 2013 Vorsitzenden der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker, gibt Einblick in die Vorgehensweise der Multikulturalisten: "Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

Auf diese gewiefte Weise wurde der Euro eingeführt, und es ist anzunehmen, daß sich diese Methode auch bei anderen Agenden wie Gender Mainstreaming, der Schaffung des Bundesstaates Europa und der Neuen Welt Ordnung bewährt. Die Aussage Junckers zeigt unmißverständlich, daß die Multikulturalisten nicht an das glauben, was sie propagieren.

Es sei daran erinnert, daß es die im Oktober 2012 friedensnobelpreisgekrönte EU ist, welche die Landesgrenzen mit Hilfe der Schengener-Verträge aufgelöst und damit Wanderbewegungen in einem Maß ermöglicht hat, die einmalig sind in der europäischen Geschichte. Der schwedische Außenminister Carl Bildt sagte dazu: "Das Nobelkomitee begründete den Preis u.a. damit, daß die EU-Erweiterungspolitik mit dem Balkan und der Türkei ein Schlüssel ihres Friedensbeitrages ist."

Wir können heute schon mit Sicherheit annehmen, daß Migrationsbewegungen von diesen Ausmaßen zu einer Lockerung des fairen Austauschs unter den Nationalstaaten führen wird, was eine vermehrte Gleichgültigkeit an nationalen Interessen zur Folge haben kann. Verschiebungen von Bevölkerungsgruppen sind ein erfolgreiches Konzept der Diktatoren, da desorientierte, von Familie und Religion entfremdete Menschen leichter zu kontrollieren und zu manipulieren sind.

Im Hinblick auf die demographische Situation in den europäischen Ländern, kann davon ausgegangen werden, daß in einigen Jahren die Völker nicht mehr von den Autochthonen, also den Eingeborenen der einzelnen Länder regiert werden, denn von Migranten ist kaum zu erwarten, daß sie in ihren Wahlländern ihre Identität aufgeben.

Bei der Völkerwanderung des 21. Jahrhunderts geht es also um eine Enteignung der kulturellen Identität von Europäern. Sie sollen zu Fremden werden im "eigenen Haus". Jene, die sich sorgen um die Identität ihres Vaterlandes und ihrer Heimat (zwei Begriffe die a priori schon als politisch nicht korrekt eingestuft werden) und dies laut äußern, werden ausgegrenzt und fallen unter das Verdikt "Rassismus", Islamophobie oder prinzipiell "Xenophobie".

Die gegenwärtigen Wanderbewegungen werden jedoch allgemein von den Regierungen als positiv betrachtet und das globale Zeitalter bereichernd für die lokale Kultur gesehen. Die Gründe sind nicht zuletzt die ausgedehnten Wirtschaftsverbindungen zwischen dem Westen und der islamischen Welt, insbesondere zwischen Europa und dem Nahen Osten.

Ebenso haben sich die wirtschaftlichen Bande zwischen den USA und Saudi-Arabien in den letzten Jahren intensiviert. Sozialismus und Kapitalismus sind bekannterweise die jeweils andere Seite derselben Medaille. Von beiden Seiten wird auf eine Weltregierung hingearbeitet. Nicht wenige EU-Befürworter sind optimistisch in der Meinung, "daß wir - wenn es uns gelingt, eine Regierung auf der paneuropäischen Ebene zu schaffen - auch eine Regierung auf globaler Ebene zustande bringen können."

Politisch korrekt in die Neue Weltordnung

Wenn Ideologen zur Macht gelangen, nutzen sie diese Macht, um ihre Ideologie zu etablieren. In den letzten Jahren mußten wir feststellen, daß die Meinungsfreiheit immer stärker eingeschränkt wurde. Es wird immer schwieriger, über bestimmte Themen zu sprechen und zu schreiben. Traditionelle Meinungen in Bezug auf die Geschlechter, die im Widerspruch zur vorgegebenen Auffassung von Homosexualität oder zur Multikultur stehen, laufen Gefahr, sich an der neuzeitlichen Staatsideologie zu vergehen. Nach den Ideologien von Marxismus-Leninismus und Nationalsozialismus ist nun eine neue Ideologie im Begriff, die Welt zu be-

herrschen: die *Political correctness*.

Die Medien jedoch, denen sonst kaum etwas entgeht, schweigen mit wenigen Ausnahmen als sei eine Nachrichtensperre über sie verhängt worden. Und sehr wahrscheinlich ist dies auch so. An Stelle der staatlichen Pressezensur ist die Zensur durch die Presse getreten. In seinem Werk "Untergang des Abendlandes" bemerkt Oswald Spengler:

"Der Leser weiß nichts von dem, was man mit ihm vorhat, und soll es auch nicht, und er soll auch nicht wissen, welche Rolle er damit spielt. Eine furchtbarere Satire auf die Gedankenfreiheit gibt es nicht. Einst durfte man nicht wagen, frei zu denken; jetzt darf man es, aber man kann es nicht mehr. Man will nur noch denken was man wollen soll, und eben das empfindet man als seine Freiheit."

Über 80 Jahre später hat sich an der Beobachtung Spenglers nichts geändert, nur spricht man im Jahre 2011 in aller Öffentlichkeit darüber: "Was aber nutzt uns die ganze schöne Pressevielfalt, wenn letzten Endes alle von Flensburg bis Garmisch über dasselbe schreiben und auch dieselben Themen auslassen?" fragte der Münchner Verleger Dirk Ippen (Münchner Merkur, tz) am 18. Mai im Kaisersaal des Frankfurter Römer in seiner Festrede bei der Verleihung des Wächterpreises der Tagespresse.

Die Klage eines Verlegers: "Wer gegen den Zeitgeist anschwimmt, findet kein Gehör" und: "Zum Nonkonformismus gehört Mut", enthüllt mehr als alle Analysen und Statistiken, daß "Die Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit" auch im politischmedialen Rahmen Fakt geworden ist.

Ein mysteriöses Monument

Im Bundesstaat Georgia (USA) sind in zwölf Sprachen auf großen Platten aus Granit die "10 Gebote der Neuen Welt Ordnung (NWO)" gemeißelt. Da die "Steine von Georgia" eine große Ähnlichkeit mit der Megalithstruktur in Stonehenge/England haben, werden sie als das "amerikanische Stonehenge" bezeichnet.

Diese zehn Gebote der NWO (auf Englisch, Spanisch, Swahili, Hindi, Hebräisch, Arabisch, Chinesisch und Russisch, sowie in den altertümlichen Sprachen Babylonisch, Altgriechisch, Sanskrit und Ägyptische Hieroglyphen eingraviert) lauten:

1. Halte die Menschheit unter 500.000.000 (in Worten: Fünfhundert Millionen) in ewigem Gleichgewicht mit der Natur.
2. Führe die Vermehrung weise - verbessere die Gesundheit und Verschiedenheit.
3. Vereinige die Menschheit mit einer lebendigen neuen Sprache.
4. Beherrsche Leidenschaft - Glaube - Tradition - und alles andere mit gemäßiger Vernunft.
5. Schütze Menschen und Nationen mit fairem Recht und gerechten Gerichten.
6. Laß alle Nationen sich selber regieren, löse externe Querelen in einem Weltgericht.
7. Vermeide kleinliche Gesetze und nutzlose Beamte.
8. Gleiche persönliche Rechte mit sozialen Aufgaben aus.
9. Belohne Wahrheit - Schönheit - Liebe - suche Harmonie mit dem Unendlichen.
10. Sei kein Krebsgeschwür für die Erde - laß Platz für die Natur - laß Platz für die Natur.

Diese 10 Gebote der neuen Religion in der NWO, eine Mischung von Esoterik und freundlicher Aufforderung zur Begrenzung der Weltbevölkerung, wurden 1978 errichtet. Sie sind in einer allgemeingültigen Weise gehalten, daß jedermann sich mit ihr identifizieren kann - unabhängig von seinem eigenen Glauben oder seiner Weltanschauung.

New Age und die Neue Weltreligion

Als spirituelle Vorstufe zur Neuen Welt Ordnung kann die Bewegung von New Age genannt werden. Die führende Gestalt des Wassermann-Zeitalters, Marilyn Ferguson, stellte die Veränderungen, die sich weltweit im Denken der Menschen vollziehen, wie folgt vor: "... weltweite Völkergemeinschaft, Partnerschaft, Miteinander, Ganzheitlichkeit - das sind nicht einfach Ideen, deren Zeit gekommen ist. - Die Vorstellungen, die jetzt aufkommen, tragen die

Kraft in sich, die weltweite Kultur zu gestalten."

In dieser weltweiten Kultur nimmt die UNO eine zentrale Stelle ein. Der Generalsekretär der UNO von 1982-1991 Perez de Cuellar sagte in seiner Rede zum 40. Jahrestag der Erklärung der Menschenrechte: "Es ist unsere Absicht (d.h. die der UNO) eine universale Menschenrechtskultur zu schaffen, die dazu beitragen kann, die bereits in Erscheinung tretende Weltgesellschaft zusammenzuschweißen."

Diese Weltgesellschaft soll aus den Vereinten Nationen erwachsen, die sich von den United Nations (Mehrzahl) zu einer United Nation (Einzahl) wandeln sollen. Fundament dieses sich Schritt für Schritt formenden Weltstaates sollen die Menschenrechte sein, dann werden wir alle - im Vollsinn des Wortes - Weltbürger, die sich diesem Staat verbunden fühlen sollen.

1990 sprach de Cuellar in Moskau vor ca. 1.000 Delegierten aus 83 Staaten von einem neuen globalen Patriotismus, der erweckt werden müsse. Nach Ausdrucksweise der New Ager machte das Schlagwort vom "globalen Dorf" die Runde, bei dem auch die religiöse Dimension wesentlicher Teil der sich entfaltenden Kultur des globalen Bewußtseins sei.

Zur Neuen Weltordnung gehört also auch die Eine Welt Religion, eine allen Religionen zugrunde gelegte spirituelle Wirklichkeit, die der Entwicklungsstufe der Menschheit angemessen ist, das heißt: eine synkretistische Einheitsreligion. Robert Muller, stellvertretender General-Sekretär für 40 Jahre, man nannte ihn den Philosophen der United Nation, betrachtete die Vereinten Nationen als den "corpus christi mysticum", d.h. als den mystischen Leib Christi. Er schrieb also die zentrale Aussage des Evangeliums den Vereinten Nationen zu. Für den weiblichen Guru der New-Age-Bewegung, Marilyn Ferguson, ist das Wassermannzeitalter eine Organisation, die Dogmen ablehnt und darauf hin arbeitet, daß eine Bewußtseinsveränderung in Geist und Herzen stattfindet."

"Wenn dieser Prozeß abgeschlossen sein wird, werden wir es mit einer neuen Menschheit zu tun haben, die als neu bezeichnet werden kann, weil sie anders ausgerichtet sein wird."

Die Charta der UN und die universale Erklärung der Menschenrechte sowie die UNO selbst mit ihren weitverzweigten Unterorganisationen sind aufs engste mit der Schaffung dieses Welteinheitsreiches, heute offiziell Neue Welt Ordnung genannt, verbunden.

Europa hat Christus verlassen, neue Götter haben seinen Platz eingenommen. Zwar ragen noch die Türme christlicher Kirchen in den Himmel, doch wer richtet sich noch nach diesen Wegweisern. Um den Frieden nicht zu stören, wird der Wahrheit Gewalt angetan. Es hat den Anschein, daß die europäischen "Eliten" in ihrer Mehrheit keine Zukunft für Europa mehr vorgesehen haben.<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 1. April 2013 (x893/...): >>Ich war Freimaurer - Das zerstörerische Wirken der Logenbrüder: Der Papst ist Feind Nr. 1

(Paris) Der französische Arzt und Buchautor Maurice Caillet, ein ehemaliger Freimaurer und Meister vom Stuhl, der sich zum Christentum bekehrte, gab am 20. Februar dem Internetradio *Culturacattolica.it* ein Interview über die Freimaurerei, deren subversives Wirken und seine Bekehrung.

Caillet, Sohn atheistischer Eltern und von Jugend an erklärter Kirchenfeind, wurde 1969 im Alter von 35 Jahren in Rennes in eine Loge des *Grande Orient de France* aufgenommen. Eine der ältesten und mächtigsten Logen. Er brachte es dort bis zum 18. Grad der Rosenkreuzer. Er hatte damit Zugang zu den höheren Graden des Schottischen Ritus, die den meisten Logenbrüdern der niederen Grade unbekannt sind. Caillet interessierte sich für Okkultismus, Weiße Magie und Radiästhesie.

Er gehörte in den 70er Jahren zu den französischen Pionieren der Familienplanung, und setzte sich für die Verbreitung von künstlichen Verhütungsmitteln und die Legalisierung der Tötung ungeborener Kinder ein. Als Mitglied der Sozialistischen Partei und Freund von Staatspräsi-

dent Mitterand konnte er als Stuhlmeister seiner Loge nach dessen Wahl ein explosionsartiges Interesse an Logenmitgliedschaften erleben. Ebenso konnte der aufstrebende Meister den Einfluß der Logenbrüder in Politik, Medien, Wirtschaft und öffentlichem Dienst aus nächster Nähe erleben.

1984 begleitete er seine kranke Frau nach Lourdes, wo sein Leben eine radikale Wendung nahm. Als er dort erstmals in seinem Leben einer Heiligen Messe beiwohnte, hörte er eine "sanfte Stimme, die mich rief, und die weder die Stimme meines Gewissens noch eine äußere Stimme war. Die Stimme rief mich bei meinem Namen und sagte zu mir: Es ist gut, daß du mich um die Heilung deiner Frau bittest. Aber was hast du mir zu bieten?" In diesem Augenblick bot er sich selbst an. "Es war alles, was ich zu bieten hatte. Nicht wenig für einen Atheisten, der 40 Jahre lang ein Kirchen- und Priesterhasser war", so Caillet in einem seiner Bücher über das Ereignis, das am Beginn seiner Bekehrung stand.

Heute ist er Ehrenmitglied der *Alliance Vita*, die sich für den Schutz des ungeborenen Lebens einsetzt. Caillet engagiert sich heute auch aktiv gegen Ehescheidung, Homo-Ehe, die Drogenfreigabe und die Euthanasie, da es "die perfekte Ordnung Gottes zu verteidigen, gegen die Pläne der zerstörerischen Freimaurerei".

Caillets Bücher sind in Französisch, Italienisch, Spanisch, Portugiesisch und Polnisch erschienen. In deutscher Übersetzung liegen sie nicht vor. Zum Thema Freimaurerei verfaßte er unter anderem: *Das Geheimnis der Logen im Lichte Christi* (1998), *Hedonismus und Christentum* (2001), *Gott ist nichts unmöglich. Die Gabe der Heilung* (2002), *Die Freimaurerei: Sünde wider den Geist?* (2002), *Okkultismus und Christentum. Unterscheidungshilfen* (2005), *Katholik und Freimaurer: ist das möglich?* (2008)

Was ist die Freimaurerei?

Maurice Caillet: Die Freimaurerei ist nebulös. Die Leute treten ihr aus den unterschiedlichsten Motiven bei, so wie der Zweck ihres Beitritts vielfältig ist. Was behauptet sie von sich selbst? Offiziell das Gute zu wollen und die Menschheit zu bessern. Die menschliche Vernunft mit ihren Projektionen und ihren Rechtfertigungen ist eine Art von Gottheit für die Freimaurer.

Wie entstand sie?

Maurice Caillet: Der Mythos will, daß die spekulative Freimaurerei im 18. Jahrhundert durch eine Weiterentwicklung aus der sogenannten "operativen" Freimaurerei entsteht. Der Mythos will (aber es gibt verschiedene), daß die moderne Freimaurerei der Erbe der mittelalterlichen Baumeister der Kathedralen ist. Deshalb behaupten die Freimaurer, von der Erbauung von Gebäuden zur "Erbauung der Welt" übergegangen zu sein. Und zwar durch Ideen, nicht praktisch.

Ist es wahr, daß die Freimaurerei mit dem Judentum verbunden ist?

Maurice Caillet: Das hängt davon ab. Es ist nicht leicht, das zu sagen. Es ist wahr, daß im Inneren der Logen eine gewisse "Kompatibilität" besteht zwischen der jüdisch-hebräischen Ideologie, die eine völlig himmlische Hoffnung und der freimaurerischen Ideologie, die eine völlig irdische Hoffnung vertritt. Für die Christen ist das anders.

In Wirklichkeit, das ist zu betonen, kommt der ideologische Impuls der Freimaurerei vom Naturalismus, von der Naturrechtsphilosophie, vom Nominalismus und auch vom Protestantismus. Wahr ist, daß die Freimaurerei auf die Durchsetzung einer Universalreligion abzielt, das Judentum eines universalen Gottes. Auch in dieser Hinsicht gibt es eine gewisse Kompatibilität.

Wie kann man einen Freimaurer erkennen? Stimmt es, daß es untereinander Erkennungszeichen gibt?

Maurice Caillet: Ja, es gibt Zeichen. Es ist aber auch wahr, daß es eine Geheimhaltungspflicht gibt. Deshalb ist man sehr vorsichtig, diese Zeichen gegenüber Unbekannten zu ge-

brauchen. Ich zum Beispiel erfuhr öfter, daß jemand Freimaurer ist, weil er es mir sagte, als durch seltsame Erkennungsgesten.

Wie haben Sie die Freimaurerei verlassen?

Maurice Caillet: 1984. Ich war mit meiner schwerkranken Frau in Lourdes. Da ich nicht mit ihr in die Becken konnte, ging ich zufällig in eine Krypta. Dort wohnte ich zum ersten Mal in meinem Leben einer Heiligen Messe bei. Und ich hörte mich plötzlich persönlich von Christus gerufen. Darauf - noch heute kann ich mir selbst diese Momente kaum erklären - ging ich nach der Messe zum Pfarrer und bat ihn um die Taufe.

Wie reagierte die Loge, der Sie angehörten, auf Ihre Bekehrung?

Maurice Caillet: Als ich es in der Versammlung ankündigte (eine solche findet in jeder Loge alle 15 Tage statt), ... sehr schlecht, wirklich sehr schlecht. Niemand schaute mich mehr an. Sie wußten nicht, was sie sagen sollten. Da habe ich die "Toleranz" kennengelernt, die sich die Freimaurerei so groß auf ihre Fahnen geschrieben hat, die sie ständig vor sich herträgt. Für die Katholiken gilt sie nicht. Aber ich hatte mir das schon erwartet: Der Papst ist der Feind Nummer Eins der Freimaurer.

Gibt es in Frankreich Katholiken, die Freimaurer sind?

Maurice Caillet: Ja, es gibt Katholiken, die Freimaurer werden ...

Auch Priester und Bischöfe?

Maurice Caillet: Ob es freimaurerische Bischöfe gibt, weiß ich nicht mit Sicherheit. Ich weiß aber, daß es Bischöfe gibt, die - man möge mir den Ausdruck nachsehen - mit der Freimaurei flirten und sich im Gespräch mit ihr befinden. Ich verstehe nicht, was die Absicht, was das Ziel dabei sein soll ...

Welches sind die Dinge, denen die Freimaurerei am meisten Aufmerksamkeit schenkt?

Maurice Caillet: Die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Vor allem zu den Themen, die die Freimaurerei auf politischer Ebene voranträgt und die sie für wichtig für ihre Pläne hält. Die Abtreibung: damals, als das Gesetz diskutiert wurde, wurde enormer Druck auf die Medien ausgeübt, um die Meinung der Massen zu lenken, aber noch mehr Druck wurde auf die Politiker der Rechten ausgeübt, die sich 1974 dann tatsächlich nicht mit Entschiedenheit widersetzen, sodaß das Gesetz ohne Probleme durchging.

Heute sind die Themen: Homo-Ehe, Relativismus, Libertinage, Verhütungsmittel, Scheidung, Hedonismus, Genußsucht, die Ablehnung des Leidens.

Der Mensch muß frei sein, sich dem Genuß hinzugeben. Das ist die Besserung der Menschheit, auf die die Freimaurerei abzielt.

Welche Rolle spielen Okkultismus, Esoterik, Magie?

Maurice Caillet: Die Freimaurerei würde ohne Esoterik nicht existieren, sie ist eine Form von Esoterik.

Und ihre Rituale haben alle mit Magie zu tun, mit der Beschwörung obskurer Kräfte, von der Initiation angefangen.

Das Motto der Freimaurerei lautet *liberté, égalité, fraternité*, es dürfte Ihnen bekannt vorkommen. Die Interpretation dieses Mottos ist aber nichts anderes, als eine Form der Nachäufung des Christentums.

Damals schon fragte ich mich manchmal, ob der Teufel in der Freimaurerei gegenwärtig ist. Ja, er ist es. Ich selbst habe im Augenblick, als ich aussteigen wollte, diese Gegenwart gespürt.

Kann es zwischen Katholiken und Freimaurern Versöhnung geben?

Maurice Caillet: Es ist schwierig. Noch schwerwiegender aber ist, daß sich die Katholiken nicht genau im Klaren sind, warum für sie die Mitgliedschaft bei den Freimaurern eine schwere Sünde ist. Viele wissen es einfach nicht. Viele sagen, daß sich die Kirche seit 1983 nicht mehr geäußert hat und daß die Exkommunikation aufgehoben worden sei. Es herrscht keine

Klarheit.

Akzeptiert die Freimaurerei auch Atheisten?

Maurice Caillet: Das kommt darauf an: Der Großorient von Frankreich in der Theorie ja. Die Nationale Großloge von Frankreich in der Theorie nein. Aber auch dort, wo dieser Große Baumeister aller Welten gilt oder wo irgendeine Form von Glauben an Gott gefordert wird, spielt Gott in Wirklichkeit keine Rolle. Deismus vielleicht.

Man spricht in der Freimaurerei von "Niederen Graden" und "Hochgraden", aber auch von einer ausgeprägten Gleichheit unter den Logenbrüdern. Wie sieht es wirklich aus?

Maurice Caillet: Es ist sehr kompliziert. Der Großteil derer, die in die Freimaurerei eintreten, hat nicht die geringste Vorstellung davon, was sie wirklich ist. Sie wissen einfach nicht, in was sie sich hineinstürzen.

Die Freimaurerei unterteilt die Menschheit in zwei Gruppen: die Initiierten, also die Wissenden und die Unwissenden. In Freimaurer und Nicht-Freimaurer.

Wer aber den Niedergraden, vor allem den drei ersten Graden angehört, hat nicht die geringste Idee von dem, was in den Hochgraden geschieht.

Ein Lehrling weiß nicht, was die Gesellen tun, die Gesellen wissen nicht, was die Meister tun. Deshalb sind jene, die den niederen Graden angehören, nicht viel mehr als Instrumente für die Oberen. Was geschieht in den "Ateliers de perfectionnement"? Ein Lehrling weiß es nicht.

Was geschieht in der "Blauen Loge", in der "Johannesloge", in der "Grundloge". Nur wenige wissen, was geschieht. Der Unterschied aber ist enorm.

Ich hatte es bis zum 18. Grad geschafft. Von den Hochgraden weiß ich, daß vom 30. Grad verlangt wird, die "Tiara der Päpste" mit den Füßen zu treten.

Der Papst ist der Feind Nummer Eins. Das weiß in Wirklichkeit jeder, auch jene, die es nicht sagen. Die katholische Kirche ist universal, hat einen Papst, der die Integrität des Glaubens verteidigt. Eines Glaubens, der sich "der Welt widersetzt". Die Katholische Kirche ist der Feind der Freimaurerei.

Wird für die freimaurerischen Riten der Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erhoben?

Maurice Caillet: Ich war Chirurg, ein Arzt, und ich kann sagen, daß vom wissenschaftlichen Standpunkt die freimaurerischen Riten einfach nur absurd sind.

Wie eng ist die Verbindung Freimaurerei-Politik?

Maurice Caillet: Seit dem Zweiten Weltkrieg haben wir in Frankreich mindestens 50 Minister gehabt, die dem Großorient angehörten. Die derzeitige sozialistische Regierung zum Beispiel ist freimaurerisch, sehr sogar.

Wir leben in einer Gesellschaft, die auf einer freimaurerischen, laizistischen Grundlage beruht, der eine oder andere erleuchtete Intellektuelle schlägt vor, Weihnachten in ein "Fest der Freiheit" oder ein "Fest der Kinder" umzuwandeln. Die Freimaurerei steckt auch hinter solchen Plänen? Oh ja. So wie sie zu meinen Zeiten hinter den Plänen zur Legalisierung der Abtreibung steckte. Ich selbst habe Abtreibungen in der Bretagne durchgeführt. Ich war sogar der erste dort und trug dazu bei, dieses Modell von "Fortschritt und Toleranz" zu verbreiten. Und heute sind die Themen jene, die wir jeden Tag sehen.

Stimmt es, daß Sie für die Bekehrung der Freimaurer beten?

Maurice Caillet: Jeden Tag. Viele Freimaurer sind Männer, die sich verirrt haben. Sie haben sich auf der Suche nach Antworten über das Leben und ihr Schicksal verirrt. Sie wissen nichts von Jesus. In Frankreich wissen heute nur mehr wenige etwas von Jesus, so wie ich nichts von ihm wußte, und so wie ich landen viele in den Logen. Für sie bete ich.

Übersetzung: Giuseppe Nardi<<

Kontakt: Mysteries, Postfach, CH-4002 Basel, ... www.mysteries-magazin.com ...<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 10. April 2013 (x892/...): >>Deutsche sind die ärmsten Europäer

Lange wurden diese Daten der Europäischen Zentralbank von der EU-Kommission zurückgehalten, vermutlich weil sie politisch unkorrekt sind und die Deutschen die Frage aufwerfen könnten, warum sie eigentlich den Südeuropäern helfen sollen, die viel reicher sind. Nach diesen Daten sind die Deutschen die ärmsten Europäer.

Der Pleitestaat Zypern ist bei den privaten Vermögen hingegen auf dem zweiten Platz, direkt hinter den reichsten Luxemburgern und noch vor Malta. Zugrunde gelegt wird dafür das sogenannte Median. Dies bedeutet, daß der Betrag so berechnet ist, daß eine Hälfte aller vorkommenden Werte höher, die andere Hälfte niedriger liegt. Diese Zahlen sind aussagekräftiger als Durchschnittsvermögen.

Beim Durchschnittsvermögen wird das gesamte Vermögen eines Volkes durch die Anzahl der Einwohner geteilt. Auch hier ist übrigens Deutschland eher im unteren Drittel. Beim Bruttojahreseinkommen auf der Grundlage des Medianwertes liegt Deutschland fast gleichauf mit Zypern.

Beim Nettovermögen der Haushalte liegt in der EU liegt Deutschland auf dem letzten Platz und zwar so gar mit deutlichem Abstand vor dem zweitletzten, nämlich der Slowakei. Das Durchschnittsmedianvermögen in den EU-Staaten beträgt 109.000 Euro, in Deutschland liegt dieser Wert bei 51.000, bei der Slowakei bei 61.000 Euro und in Zypern bei 267.000 Euro.

Auch in anderen Bereichen, die untersucht wurden, wie dem Wohneigentum, liegt Deutschland weit hinter anderen Staaten. So gibt es in keinem anderen EU-Land weniger Hausbesitzer als in Deutschland.

Trotz dieser Zahlen trägt Deutschland den bei weitem größten Anteil an der "Eurorettung". Pleitestaaten wie Griechenland und Zypern die aufgefordert werden, entscheidende Reformen einzuleiten und sich zunächst so weit möglich dadurch selbst zu helfen, protestieren auf das heftigste, wärmen die alten Nazivorwürfe wieder auf (Griechenland prüft derzeit die Forderung von Reparationszahlungen von Deutschland für Schäden des 2. Weltkrieges) und fordern von den anderen EU-Staaten, besonders von Deutschland, daß diese Milliarden in die südeuropäischen Länder pumpen.

So führt der Euro nicht zum Frieden in Europa, sondern gerade das Gegenteil passiert: durch die Eurokrise ist die Feindschaft zwischen den Staaten Europas wieder fast so groß, wie nach dem 2. Weltkrieg. Die südeuropäischen Staaten hätten angesichts der Vermögenswerte, die in diesen Ländern vorhanden sind, durchaus die Möglichkeit, sich aus eigenen Kräften zu helfen und dies wäre nichts anderes als gerecht, denn für deren prekäre Situation sind sie selbst verantwortlich.<<

Herbert Ludwig berichtete am 17. Mai 2013 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die parlamentarische "Scheindemokratie" (x966/...): >>**Fassade "Demokratie"**

"Wählen bedeutet die Illusion des Einflusses im Austausch gegen den Verlust der Freiheit."

Frank Karsten/Karel Beckmann: *Wenn die Demokratie zusammenbricht.*

Die heutige Form der Demokratie wird weithin als die beste aller möglichen Gesellschaftssysteme, als Höhepunkt der politischen Entwicklung der Menschheit, wenn nicht gar als endgültige Entwicklungsform menschlichen Zusammenlebens gepriesen. Freiheit, gleiche Teilhabe und Mitbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit, sowie materieller Wohlstand werde durch die moderne Form der parlamentarischen Demokratie garantiert. In ihr entscheide nicht mehr ein Einzelner oder eine privilegierte Schicht diktatorisch über das Volk, sondern dieses bestimme seine Geschicke selbst.

Kratzen wir an dieser Fassade, so kommt vielfach etwas ganz anderes zum Vorschein. Auch in der heutigen Demokratie wird das Leben der Menschen weitgehend von außen durch Gesetze reglementiert, die von einer privilegierten Politikerklasse beschlossen werden, nur daß diese ihre Stellung nicht der Geburt, sondern den Wahlen des Volkes verdankt. Mit der Wahl

aber, die stets als großes demokratisches Ritual gefeiert wird, beschränkt sich die Mitwirkung des Bürgers an der politischen Willensbildung darauf, seine Stimme im doppelten Wortsinn abzugeben und anschließend ohnmächtig zu verfolgen, was die Parteien und Politiker daraus machen.

Fast alle gesellschaftlichen Themen werden, mit zunehmender Tendenz, zu kollektiven Problemen gemacht und per Gesetz zentral organisiert. Von Freiheit und Selbstbestimmung kann da keine Rede sein. Das ist prinzipiell ebenso eine Fremdbestimmung des Menschen wie in einer vormundschaftlichen Diktatur, nur daß in der "Demokratie" die Menschen ihre Vormünder alle paar Jahre unter mehreren Bewerbern selbst auswählen dürfen.

Der Name "Volksherrschaft" täuscht etwas vor, was nicht vorhanden ist. Nicht der Wille des Volkes, sondern der Wille weniger, die vorgeben, das Volk zu vertreten, hat das Sagen. So rief ein holländischer Komiker einmal aus: "Demokratie ist der Wille des Volkes. Jeden Morgen lese ich überrascht in der Zeitung, was ich will." Wir haben in Wahrheit eine Oligarchie, in der "die herrschenden Gesetze die Gesetze der Herrschenden" (B. Brecht) sind. Es herrscht in den Gesetzen vielfach nicht das von allen als gerecht empfundene Recht, sondern im Kostüm des Rechts herrschen die Interessen der Wenigen.

Demokratie ist unbedingt notwendig. Nur ist das, was heute so genannt wird, keine wahre Demokratie. Es wird das Wort eines positiven Begriffes benutzt, hinter dessen Fassade sich etwas ganz anderes abspielt. Und durch die permanente phrasenhafte Preisung des Wortes wird das Bewußtsein der Menschen eingelullt, so daß sie schließlich glauben, was ihnen vorgegaukelt wird.

Der geistigen und gesellschaftlichen Geschichte der europäischen Völker liegt als innere, gegen alle Widerstände gärende und treibende Kraft die vorwärts drängende Entwicklung des Menschen zur freien, sich selbst bestimmenden Individualität zugrunde. Auch die Demokratie-Bewegung ist letztlich daraus hervorgegangen.

Das wachsende Bewußtsein, daß nicht nur wenige, sondern jeder Mensch die Wahrheit erkennen und aus eigener Einsicht sein Leben selbst bestimmen kann, ließ die Herrschaft eines privilegierten Adels unerträglich werden. Der Mensch will nicht mehr Gesetzen unterworfen sein, die ihm von oben diktiert werden, sondern seine Lebensverhältnisse selbst gestalten und an dem, was notwendig gesetzlich geregelt werden muß, als Gleicher unter Gleichen mitwirken.

Da stellt sich zuerst die für eine freiheitliche Demokratie wesentliche Frage, die zumeist übergangen wird, welche Gesetze in einer Gemeinschaft überhaupt notwendig sind. Denn ein Gesetz, mag es inhaltlich noch so gut oder gut gemeint sein, schließt immer das freie Handeln des Menschen aus und unterwirft es einem äußeren Zwang.

Wenn Freiheit und Selbstbestimmung, Gleichheit vor dem Gesetz und Sozialverhalten die Ideale des demokratischen Staates sind, dann kann dessen Sinn und Aufgabe nur darin bestehen, durch die Verfassung, das Zivil-, Straf- und sonstige Ordnungsrecht den schützenden Rahmen dafür zu bilden, daß seine Bürger im Sinne dieser die Demokratie in ihrem Fundament begründenden Menschenrechte ihr Leben selber bestimmen und gestalten und darin ihre Persönlichkeit frei entfalten können. Die staatliche Ordnung ist nicht Selbstzweck, sondern hat der Entwicklung des Menschen zur freien Individualität zu dienen.

Gesetze dürfen danach nicht die inhaltliche Regelung der wirtschaftlichen und kulturell-geistigen Tätigkeit der Bürger, ihr physisches und moralisches Wohl, zum Ziele haben. Denn dann setzt sich der Staat an die Stelle der Handlungsintentionen des freien Menschen, schaltet mit der Selbstbestimmung seine Freiheit aus und verletzt ihn in seiner Würde als autonomes Wesen.

Der Mensch wird dann nicht als mündiges Subjekt, sondern als Objekt des Willens anderer behandelt und erniedrigt. Es wird automatisch ein demokratiewidriges Über- und Unterord-

nungsverhältnis begründet, dem die Menschen passiv ausgesetzt sind.

Der Staat tritt als Vormund auf, der unausgesprochen voraussetzt, daß die Menschen unmündig seien, denen von den wenigen Mündigen im Staate, von "denen da oben", wie die hilflosen Bürger noch immer bezeichnenderweise sagen, vorgeschrieben werden müsse, was das Richtige und Beste für sie sei. Es ist noch eine unbewußt so tief sitzende obrigkeitsstaatliche Gewohnheit und Tradition, daß man gar nicht mehr die darin liegende Arroganz und Überheblichkeit empfindet. Sie wird nur durch das suggestiv-mediale Ritual der Parlaments-Wahlen verdeckt, das für den Wähler die Illusion des Einflusses erzeugt, in Wahrheit aber die Abgabe seiner Freiheit bedeutet.

Dem demokratischen Staat darf es nur um den Schutz des vom Bürger selbst zu besorgenden Wohles vor Gefährdungen, also um die Sicherung des äußeren und inneren Friedens gehen. Hier handelt es sich um Aufgaben, die nicht vom Einzelnen, sondern nur im Zusammenschluß aller und durch gemeinsam vereinbarte Regeln gelöst werden können.

Sie sind es, welche die Bildung einer Gemeinschaft als Staat erst nötig machen und ihm konstitutiv zugrunde liegen. Das Strafrecht sorgt für die Sicherheit vor sozial zerstörerischen Handlungen, die gegen Leib und Leben gerichtet sind. Das bürgerliche Recht faßt die Beziehungen der Menschen, wie sie sich im wirtschaftlichen und im kulturellen Leben ergeben, in Regeln, die dem allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden entsprechen. Im Verfahrensrecht ist die Selbstjustiz des einzelnen unterbunden und die Verfolgung seines Rechtes zur Sorge der Gemeinschaft gemacht, die hier nicht eigene Interessen, sondern diejenigen des Recht suchenden Bürgers vertritt.

Nur in diesem auf allgemeine Regeln reduzierten Rechtsleben des Staates, in dem jeder mündige Mensch urteilsfähig ist, kann es eine parlamentarische Abstimmung geben. In inhaltlichen Fragen des Wirtschafts- und des geistig-kulturellen Lebens ist sowieso nur der jeweilige Fachmann urteilsfähig. Das wegen der Größe eines Staatsgebietes notwendige repräsentative System müßte aber für grundsätzliche Rechtsfragen noch durch Volksabstimmungen ergänzt werden.

Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen sind nicht mit einer hierarchischen, vertikalen, sondern nur mit einer horizontalen Gesellschaftsstruktur vereinbar. In ihr stehen alle Bürger gleichberechtigt nebeneinander und gehen vertragliche Vereinbarungen unter Gleichen ein. Welche Gestaltungen sich im kulturellen und im wirtschaftlichen Felde etablieren, kann nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Fruchtbarkeit und der realen Bedürfnisse von den beteiligten Menschen selbst entschieden und vereinbart werden.

Der Staat hat nur den rechtlichen Rahmen zu setzen, der Privilegien und Monopole verhindert, die zu Unterdrückung und Ausbeutung führen. Er hat aber nicht über Parlamente und Wirtschafts- oder Kultusministerien irgendeinen dirigierenden Einfluß auszuüben. Das bedeutet, daß sich sowohl das Wirtschaftsleben als auch das geistig-kulturelle Leben mit dem gesamten Bildungswesen aus ihrer eigenen Kompetenz, d.h. aus der Erkenntnis- und Gestaltungsfähigkeit der betroffenen mündigen Menschen konstituieren und sich selber - horizontal koordinierend - organisieren.

Die Anmaßung des Staates, bzw. der ihn lenkenden Kreise, alle Lebensgebiete des Menschen inhaltlich zu reglementieren, hat dazu geführt, daß sich am Flaschenhals des Parlamentes, durch den alle Regelungen hindurchmüssen, ein riesiger Schwarm von Interessengruppen, die Lobbyisten, festgesetzt hat, um Einfluß darauf zu nehmen. Die größten Interessengruppen sind die politischen Parteien, die sogar das Parlament okkupiert haben. Sie stellen ausschließlich die "Volksvertreter", die aber in Wahrheit die Interessen ihrer Partei vertreten, der sie verantwortlich sind. Sie unterliegen der Partei-Disziplin zur Geschlossenheit in den Abstimmungen, dem "Fraktionszwang", der schon für sich die grundgesetzlich garantierte Unabhängigkeit des Abgeordneten aushebelt.

Eine direkte Verbindung zum Volk ist dadurch nicht vorhanden. Es gibt nur eine begrenzte Personenwahl, die von den Parteien vorgegeben wird, und eine Gruppenwahl, die ebenfalls über die Landeslisten der Parteien erfolgt. 40 % der Abgeordneten kommen schon über einen sicheren Listenplatz der Parteien in das Parlament. Sie stehen also schon vor der Wahl fest, werden gar nicht von den Bürgern, sondern praktisch von den Parteien bestimmt, in denen nur 2,4 % des Volkes organisiert sind.

Die Hoheit der Gesetzgebung liegt de facto nicht beim Abgeordneten, sondern bei seiner Partei. Gesetzgeber ist de facto nicht das Parlament, sondern die Regierungspartei oder die Koalitionsrunde der Regierungsparteien. Es wird das Parlament nur formal als Forum benutzt. Die tatsächlichen Entscheidungen werden vorher in der Partei gefällt, in der Legislative und Exekutive eins sind, die Gewaltenteilung also aufgehoben ist.

Diese scheindemokratischen Strukturen geben nun die Möglichkeit ab, daß Hintergrundkreise diese Oligarchie als Instrument benutzen und für ihre Interessen und Ziele einspannen können, so daß die Politiker vielfach nur ihre Marionetten sind. Daß zu diesen Hintergrundkreisen die Finanzindustrie gehört, ist für jedermann mehr als offensichtlich geworden.

Die Vorgänge in der "Eurorettung" offenbaren ja jedem, wessen Interessen hier bedient werden. Astronomische Summen, den Steuerzahlern des einen Volkes geraubt, werden in scheinbarer Solidarität den überschuldeten anderen Völkern gegeben, fließen aber in Wahrheit den internationalen Banken zu, um deren Forderungen zu begleichen. Zusätzlich werden noch Schulden der Banken direkt getilgt.

Schon 1910 listete der Franzose Francis Delaisi 55 Männer auf, die in Wirklichkeit Frankreich beherrschten und ausbeuteten (*La Democratie et les Financiers*). Dem Großkapital sei es gelungen, aus der Demokratie das wunderbarste und wirksamste Werkzeug zur Ausbeutung der Gesamtheit zu machen. Man denke gewöhnlich, die Finanzleute seien Gegner der Demokratie. Das sei ein Irrtum, sie seien deren Leiter und bewußte Förderer. Die Demokratie bilde die spanische Wand, hinter der sie ihre Ausbeutungsmethode verbergen, und in ihr fänden sie das beste Verteidigungsmittel gegen die etwaige Empörung des Volkes. Es gibt keine Anzeichen, daß das heute anders wäre.

Graf Coudenhove-Kalergi, der große Vorantreiber eines europäischen Superstaates, schrieb als Kenner der Szene hinter den Kulissen 1925 in seinem Buch "Praktischer Idealismus":

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist."

Sowie dem Staat die angemessenen inhaltlichen Regelungen in der Wirtschaft, einschließlich des Geldwesens, und in der Kultur entzogen würden, hätten die Interessengruppen bei Parlament und Regierung keine Ansatzpunkte mehr, und auch die politischen Parteien würden verschwinden. Damit entfielen zugleich für die Hintergrundkreise die Möglichkeit, über politische Marionetten die Gesellschaft in ihrem Sinne zu lenken und zu prägen.

Für Volksabstimmungen und natürlich noch notwendige Parlamente der Volksvertreter bliebe nur die Kompetenz der oben skizzierten Rechtssetzung im eigentlichen Sinne, bei der es nicht um inhaltliche Teil- oder Gruppeninteressen, sondern um den rechtlichen Rahmen geht, in dem jeder Mündige urteilsfähig ist.

Das bedeutet, daß sowohl das Wirtschaftsleben als auch das geistig-kulturelle Leben ihre jeweils eigenen Verwaltungen bräuchten, in denen horizontal in kooperierenden Körperschaften

die notwendigen koordinierenden, aufeinander abzustimmenden vertraglichen Vereinbarungen getroffen werden. So daß sich eine Dreigliederung des gesellschaftlichen Lebens in das Rechts-, Wirtschafts- und Kulturleben ergäbe, die durch eigene Verwaltungen eine relative Unabhängigkeit voneinander hätten, sich aber funktional wie in einem Organismus durchdringen würden.

Auf diese Notwendigkeit hat bereits Anfang des 20. Jahrhunderts der vielfach verkannte Rudolf Steiner in seiner Schrift "Die Kernpunkte der sozialen Frage" und in vielen Aufsätzen und Vorträgen hingewiesen.

Es kommt alles darauf an, die jetzige "demokratische" Diktatur endlich im Sinne des sich selbst bestimmenden freien Menschen zu verändern, wenn sich die Katastrophen nicht fortsetzen sollen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Juni 2013 (x887/...): >>**Der Anspruch auf Konfisziertes besteht fort**

Es ist still geworden um die Entschädigung des konfiszierten Eigentums in den Heimatgebieten der deutschen Vertriebenen. Viele Anspruchsberechtigte sind verstorben, die rechtmäßigen Erben haben resigniert oder sind ahnungslos hinsichtlich ihrer Ansprüche. Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat sich letztmalig 2006 hörbar zu der Problematik geäußert. Bei der Bundesdelegiertenversammlung 2006 wurde dazu eine Resolution verabschiedet. Sie hatte einen Appell an die Bundesregierung und die Nachbarstaaten im Osten zum Inhalt, die offenen Vermögensfragen einer Lösung zuzuführen.

Die 2007 gegründete Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) hat als Hauptziel die Entschädigung des zurückgelassenen Eigentums im Programm. Abgesehen von den Landsmannschaften Ostpreußen, Schlesien und dem Landesverband Baden-Württemberg der Sudetendeutschen Landsmannschaft wurde und wird die EUFV von allen übrigen deutschen Vertriebenenverbänden nicht unterstützt. Inzwischen haben die Bundeskanzlerin und 2004 auch der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärt, daß sie Entschädigungsforderungen nicht unterstützen werden; ja, sogar darauf hinwirken wollen, daß diese unterbleiben. Dem scheint das BdV-Präsidium Rechnung zu tragen.

Jedenfalls haben alle Bundesregierungen seit 1990 versäumt, die offenen Vermögensfragen einer Lösung zuzuführen. Dabei gab es gute Gelegenheiten, das Problem auf höchster diplomatischer Ebene zu lösen. Bevor Polen Mitglied der EU wurde, hätte man deutscherseits die entsprechenden Verhandlungen führen müssen. 2003 erklärte der damalige polnische Staatspräsident Kwasniewski bei seinem Deutschlandbesuch, daß die Entschädigungsfrage ungelöst sei. Er wisse auch keine Lösung. Mit gutem Willen auf beiden Seiten wäre damals eine Übereinkunft möglich gewesen.

Den Enteigneten ist immer klar gewesen, daß eine Lösung der Eigentumsproblematik nur im Rahmen einer humanitären und symbolischen Geste möglich gewesen wäre. Doch noch nicht einmal eine derartige Geste des guten Willens haben die Regierungen zustande gebracht. Die Bundesregierung hat den gebotenen diplomatischen Schutz der eigenen Landeskinder in der Wiedergutmachungsfrage unterlassen. Deshalb hat sie sich nun entschädigungspflichtig gemacht. Diese Auffassung hatte schon 2004 der verstorbene Völkerrechtler Blumenwitz vertreten.

Ein weiterer Aspekt, der diese Auffassung stützt, kommt hinzu. Die Bundesregierung hat im Rahmen des Natobeitritts Deutschlands 1955 den Überleitungsvertrag unterzeichnet. In diesem Vertrag verpflichtet sich die deutsche Regierung, jetzt und zukünftig, keine Entschädigungsansprüche gegenüber den Siegermächten geltend zu machen. Als Siegermächte gelten auch die Vertreiberstaaten. Kanzler Kohl hat diesen Überleitungsvertrag 1990 erneut unterzeichnet. Kohl, dem Wahrheit und Klarheit zweitrangig waren, wenn es ihm opportun erschien, hat den Überleitungsvertrag nicht dem Bundestag zur Genehmigung vorgelegt, sondern in einer kurzen Protokollnotiz die weitere Gültigkeit des Vertrages bekanntgegeben.

Der Bundesvorstand der LO hat nunmehr offiziell klargestellt, daß sich alle Entschädigungsansprüche für das konfiszierte Eigentum in den Heimatgebieten gegen die Bundesregierung richten. Dieser Haltung liegt die richtige Erkenntnis zugrunde, daß die Heimatvertriebenen nun fast 25 Jahre nach der Wende und ebenso langer intensiver Aufbauarbeit in den Ostprovinzen des früheren deutschen Reiches, das stabile Vertrauensverhältnis zwischen der heutigen polnischen und litauischen Mehrheitsbe-

völkerung und der deutschen Minderheit nicht gefährden wollen.

Das Verhältnis zu den Nachbarn im Osten hat sich normalisiert, das soll aus Sicht der Heimatvertriebenen auch so bleiben. Die Entschädigungsansprüche der Vertriebenen wegen ihres konfiszierten Eigentums in Heimatgebieten gegen die Bundesregierung bestehen weiterhin. Der in den 50er und 60er Jahren gezahlte Lastenausgleich war keine Entschädigung. Schon in der Präambel des Lastenausgleichsgesetzes wird klargestellt, daß die Leistungen aus diesem Gesetz lediglich ein Ersatz für Nutzungsausfall sind.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Juni 2013 (x887/...):

>>**Rustikale Rhetorik**

Udo Ulfkotte rechnet ab

Der promovierte Politikwissenschaftler Udo Ulfkotte ist ein Viel- beziehungsweise Schnellschreiber und bedient sich zudem gerne einer rustikalen Rhetorik. So enthält sein neuestes Werk "Raus aus dem Euro - Rein in den Knast" unter anderem arg primitive Ausdrücke wie "Party-Pupser", "Maul halten!" und "Mediale Sauerei". Manchmal geht es aber auch eleganter: "Bei deutschen Politikern ist Politik die Kunst, die Bevölkerung so schnell über den Tisch zu ziehen, daß die Bürger glauben, die dabei entstehende Reibungshitze sei Nestwärme."

Allerdings übt Ulfkotte sich nicht nur in Politikerschelte, denn genauso sehr geht es ihm darum, den Kritikern der ungeliebten Weichwährung ein Denkmal zu setzen. Und da wiederum verfällt er plötzlich in ein ungewohnt süßliches Pathos: "In der Kathedrale unserer Herzen wird für jene, die uns vor der Aufgabe von D-Mark und Schilling gewarnt haben, für immer eine Kerze brennen."

Mit der Spezies der Euro-Befürworter rechnet Ulfkotte zu Beginn seiner Darstellung in durchaus berechtigtem Furor ab und spart dabei nicht mit Ratschlägen, wie wohl nur er sie formulieren kann: "Was wir brauchen, ist Nürnberg 2.0."

Zu inhaftieren und vor ein Volkstribunal zu stellen sind seiner Meinung nach unter anderem folgende Einpeitscher des "Teuro": Helmut Schmidt, Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher, Theo Waigel, Wolfgang Schäuble, Wolfgang Gerhardt, Joschka Fischer, Johannes Rau, Gerhard Schröder, Edmund Stoiber, Oskar Lafontaine, Hans Eichel, Jutta Limbach und Horst Köhler. Dazu kämen ihre medialen Helfershelfer - allen voran der janusköpfige Moralist Ulrich Wickert und die Ex-Stewardess Sabine Christiansen.

Und in der Tat weiß man als Bürger nicht, ob man lachen oder weinen soll, wenn man sich all die machiavellistischen Versprechen vergegenwärtigt, die diese Personen vor der Euro-Einführung abgegeben haben: "Die Stabilität des Euro wird größer sein als die der Deutschen Mark", tönte beispielsweise der dauerqualmende Elder Statesman Helmut Schmidt im Juni 1997.

Insofern hat Ulfkotte völlig recht, wenn er feststellt: "Der Euro ist eine beispiellose Serie von Vertragsbrüchen, Lügen und Betrug." Ebenso zutreffend ist seine Feststellung, daß der ökonomische Kamikazeakt der Abschaffung der D-Mark Teil einer Strategie war, die auf die weitere "Amputation der deutschen Identität" abzielte.

Die wohl wichtigsten Passagen von Ulfkottes Buch, welches sich wieder einmal vorrangig auf Internetquellen stützt, sind allerdings die, in denen es um die Behandlung prominenter Euro-Gegner wie Karl Schiller, Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling, Joachim Starbatty und Karl Albrecht Schachtschneider geht: Hier kann man sehr schön nachlesen, wie eine Allianz von beschränkt-willfähigen Journalisten, Verfassungsschützern und Antifa-Denunzianten Gesinnungsterror ausgeübt und die Rechtsextremismus-Keule geschwungen hat, um sämtliche Skeptiker mundtot zu machen.

So wurde dem renommierten Staatsrechtler Schachtschneider straflos unterstellt, er sei ein Sympathisant der NPD. Oder nehmen wir den Fall des ehemaligen grünen Bundestagsabgeordneten Alfred Mechtersheimer: Dessen Anti-Euro-Initiative fand wie selbstverständlich

Eingang in die Verfassungsschutzberichte sämtlicher Bundesländer. Dabei haben sich die Prognosen der Mahner mittlerweile samt und sonders als richtig erwiesen.

Fazit: Ulfkotte hat ein wichtiges und gut lesbares Kompendium zum Thema Massenmanipulation, Wählerbetrug und politischer Skrupellosigkeit à la Bundesrepublik Deutschland vorgelegt, welches in seiner Diktion allerdings oft eher der "Bild"-Zeitung als einem seriösen Sachbuch ähnelt.

Udo Ulfkotte: "Raus aus dem Euro - Rein in den Knast. Das üble Spiel von Politik und Medien gegen Kritiker der EU-Einheitswährung", ... Rottenburg 2013 ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete im Juni 2013 über den EURO (x878/...): >>**Der EURO: eine deutsch-französische Affäre?**

L'EURO: une affaire franco-allemande?

Der EURO-Währungsraum steckt weiter in einer Dauerkrise. Die Risiken und Weiterungen bleiben unübersichtlich. In Deutschland wird die Euro-Politik vornehmlich von Ökonomen diskutiert. Die politischen Fragen sind aber entscheidender. Das heißt nicht, daß die Ökonomie aus der politischen Debatte ausgeblendet werden soll und darf. Sie kann aber die politische Reflexion nicht ersetzen.

Der EURO - eine französisch-deutsche Entscheidung

Die politische Fragestellung ist schon deshalb zwingend, weil der EURO in erster Linie ein politisches Projekt ist. Erst in zweiter Linie wurde von der gemeinsamen Währung auch ökonomischer Nutzen erwartet. Die Entstehungsgeschichte läßt daran keinen Zweifel.

Die Pläne für eine gemeinsame Europawährung gehen zwar bis in 1970er Jahre zurück. Sie wurden aber von deutscher Seite mehr oder weniger dilatorisch behandelt, da man mit der D-Mark und ihrer starken Stellung ganz zufrieden war. Warum sollte man ohne Not davon abrücken? Deshalb wurde von deutscher Seite die Notwendigkeit einer gründlichen Vorbereitung gerade im Hinblick auf die ökonomischen Folgen der Einheitswährung betont. Frankreich hingegen drängte, da es sich von der dominanten Politik der Bundesbank in seinen wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen eingeengt, ja bevormundet sah und an den Entscheidungen zumindest mitwirken wollte.

Man mag darüber streiten, wie die Verhandlungen um die Einheitswährung im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989/1990 im Einzelnen zu werten sind. Im Kern mußte D-Mark für die deutsche Einheit geopfert werden, es gab ein "quid pro quo". Frankreichs Präsident Mitterrand stimmte der deutschen Einheit (zögernd) zu, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl die Einführung der europäischen Einheitswährung zugesichert hatte.

Die Entscheidung für den EURO war eine deutsch-französische Übereinkunft. Mitterrand nutzte den Status Frankreichs als ehemalige Siegermacht, um die gemeinsame Währung durchzusetzen. Die offiziell verkaufte Version hieß freilich, daß Frankreich aus Freundschaft der deutschen Einheit zugestimmt habe - was allerdings naiv wäre und auch nicht stimmt.

Nach der französisch-deutschen Übereinkunft vom Spätherbst 1989 ging alles ganz schnell. Schon im Februar 1992 wurde mit dem Maastricht-Vertrag der Prozeß der EURO-Einführung in Gang gesetzt. Allerdings wurde die Einführung der europäischen Einheitswährung von Deutschland nicht blindlings mitgetragen. Es gab zu viele Bedenken.

Der deutsche Einfluß auf die künftige Einheitswährung konnte insoweit gewahrt werden, als u.a. die zu errichtende Europäische Zentralbank nach dem Vorbild der Bundesbank unabhängig sein sollte und deutsche Interessen durch die "No-bail-out"-Klausel sowie das Verbot der Staatsfinanzierung vertraglich gesichert erschienen. Andere Bedenken, insbesondere der Einwand, daß auch politisch nicht gelingen könne, was wirtschaftlich falsch sei, wurden vom Tisch gewischt.

Die Politik entschied, die Wirtschaft hatte zu folgen. Das ist das Grundgesetz, nach dem die europäische Einheitswährung ins Leben gerufen wurde. Das muß wissen und in Rechnung stellen, wer über die Zukunft und die Fortentwicklung der EURO-Währung diskutiert. Es gilt der unbedingte Vorrang der Politik, auch wenn das zu Fehlentwicklungen führen kann und Opfer fordert. Zur Erinnerung: auch bei der deutschen Einheit wurde mit dem 1:1 Währungstausch von DM und Ostmark unter ökonomischen Gesichtspunkten ein Fehler gemacht, der aber politisch notwendig war. Dafür mußte nach der Wiedervereinigung mit dem Niedergang der ostdeutschen Industrie bezahlt werden, die nicht mehr konkurrenzfähig war.

Wie man auch aus zahlreichen anderen Beispielen weiß, folgt die Wirtschaft nicht immer den politischen Vorgaben. Manchmal geht es gut, manchmal aber auch nicht. Letzteres ist immer dann der Fall, wenn sich die Wirtschaft den politischen Rahmenbedingungen nicht oder nicht schnell genug anpassen kann. Mit anderen Worten: wenn die notwendigen Opfer zu groß werden. Dann erwachsen aus der Ökonomie Probleme, die wiederum die Politik in Frage stellen und eine Politikänderung erzwingen. Aber immer entscheidet letztlich die Politik: welche Opfer sind zu vertreten und durchsetzbar, welche nicht? Die Politik bleibt Herrin des Verfahrens. Das gilt auch für den EURO.

Die Entscheidung für den EURO war eine französisch-deutsche, geboren in den dramatischen Monaten der Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989/1990. Mitterrand setzte, wie es Frankreichs voluntaristischer Staatstradition entsprach, ganz auf die Politik. Deutschland vertraute auf wirtschaftliche Interessen, die sich in der EU pragmatisch annähern sollten. Dafür braucht es Regeln und Zeit, damit sich die gemeinsamen Interessen der Staaten im EURO-Raum entwickeln (können). Das ist hart gezeichnet, die konkreten deutsch-französischen Gegensätze waren und sind weniger scharf.

Den Staaten, die dem EURO-Währungsgebiet beitraten, schienen diese Gegensätze überbrückbar, anderen, die dem EURO fern blieben, wie Großbritannien, Tschechien, Schweden aus unterschiedlichen Gründen nicht. In Deutschland erhoben vor allem Ökonomen ihre warnende Stimme.

Interessen der EURO-Staaten

Der deutsch-französische Interessenausgleich ist zwar notwendig aber nicht ausreichend. Deshalb sind die Interessen der anderen Staaten der Eurozone in den Blick zu nehmen - wenn das auch nur cursorisch möglich ist.

Allen Staaten der EURO-Zone kann man den "sacro egoismo", das Eigeninteresse unterstellen, sei es ökonomischer oder politischer Art. Das Kalkül ist unterschiedlich: alle erhoffen und errechnen sich ökonomische Vorteile, was nicht nur legitim sondern auch erwünscht ist. Politisch mag es zusätzlich für ostmitteleuropäische Länder erstrebenswert sein, nun endgültig als Vollmitglied zu Europa zu gehören und dort einen politischen Stabilitätsanker zu finden. Tschechien scheint ein Sonderfall zu sein, ist aber aufgrund seiner zentralen geographischen Lage ohnehin immer mit dabei.

In der Vergangenheit war die EU für Spanien, Portugal und Griechenland nach der Überwindung der Diktaturen als politischer Stabilitätsanker wichtig. Heute dürfte in den südeuropäischen Peripheriestaaten das ökonomische Interesse überwiegen, jedenfalls solange die Subventionen fließen.

Italien ist ein Sonderfall: Italien sieht sich als Gründungsmitglied und wegen seines wirtschaftlichen Gewichts als Kernland der EU. Seit Bestehen der Vorgängerorganisationen der EU war Italien freilich immer auch Empfängerland von Subventionen - in welcher Form auch immer.

Das wird nicht hinterfragt und ist aus italienischer Sicht konstitutiv für seine Mitgliedschaft. Die Politik dient dem Ziel, daraus den größten Nutzen zu ziehen. Italienische Interessen werden zu gesamteuropäischen erklärt und ihre Ablehnung als Verrat an Europa kritisiert. Wider-

spruch erfährt Italien selten, weil es wegen seiner Größe über ein beträchtliches Schadenspotential verfügt aber wiederum nicht so mächtig ist, um tatsächlich ganz großen Ärger hervorzurufen.

Unübersehbar ist ein gewisses Anlehnungsbedürfnis Italiens an die Brüsseler EU-Zentrale. Oft wird über Brüssel das in Italien durchgesetzt, was wegen der Schwäche der eigenen Politik und Institutionen nicht möglich ist. Man lehnt sich im Sessel zurück und erwartet von Brüssel Taten, die dann allerdings auch von Brüssel zu bezahlen sind.

Inwieweit für viele Euro-Länder auch gesamteuropäische Interessen wichtig oder gar entscheidend sind, läßt sich schwer beurteilen. Die Überwindung alter Streitigkeiten, die sich in verheerenden Kriegen entluden, verblaßt als einigende Erinnerung immer mehr. Verbal treten die Regierungen natürlich für gesamteuropäische Interessen ein: Handelsinteressen auf globaler Ebene, die politische und wirtschaftliche Selbstbehauptung Europas, europäischer Mitgestaltungswille in einer multipolaren Welt, weltweite Vertretung und Durchsetzung der Menschenrechte etc.

Wie weit das trägt, wenn konkrete Eigeninteressen entgegen stehen, ist oft fraglich und Gegenstand eines komplizierten Interessenausgleichs. Größere Länder versuchen, sich durchzusetzen, kleinere suchen Verbündete, selbstlose Solidarität ist eher die Seltenheit. Dennoch sind unter dem Strich - bisher - alle der Meinung, daß ihre Interessen im großen Konvoi der Eurozone besser aufgehoben sind als außerhalb. Für EU-Länder, die nicht der EURO-Währungsverbund angehören, wie Großbritannien, Schweden, Polen etc. sieht das partiell anders aus.

Katastrophenszenarien

Wenn bisher alle EURO-Länder an der gemeinsamen Währung festhalten (wollen), so scheint das nicht zuletzt an den Horrorszenarien zu liegen, die für den Fall eines Austritts oder Zerbrechens der Eurozone an die Wand gemalt werden. Das finanzpolitische, wirtschaftliche und politische Chaos wird in apokalyptischen Farben heraufbeschworen, die große Angst vor dem Untergang Europas, ja der Weltwirtschaft wird mit aller Macht geschürt. Wegen der befürchteten Ansteckungsgefahr wurde sogar ein Austritt Zyperns abgelehnt, obwohl es sich bei Zypern um eine wirklich sehr kleine Volkswirtschaft handelt.

Es ist schwer, wenn nicht sogar unmöglich, den Wirklichkeitsgehalt dieser Szenarien zu beurteilen. Gerade unter Ökonomen gibt es ganz unterschiedliche und gegensätzliche Ansichten. Natürlich wird es darauf ankommen, wie etwa die Suspendierung, der Austritt eines oder mehrerer Länder, der Umbau oder die Auflösung der EURO-Währungszone gestaltet wird. Ein ungeordnetes Auseinanderbrechen der Eurozone wäre sicherlich mit ganz erheblichen Schäden verbunden. Niemand kann auch fatale Nebenwirkungen ausschließen, wenn der EURO-Währungsraum umgebaut wird oder zusammenbricht.

Hinter den verschiedenen Meinungen stehen immer auch massive Interessen der verschiedenen politischen und ökonomischen Akteure. In Deutschland haben z.B. die Exportindustrie und Teile der Finanzwirtschaft ganz andere Interessen als etwa der Mittelstand. Das gilt auch für die internationalen Akteure, man denke nur an den Finanzinvestor Soros mit seinen angeblich altruistischen Vorschlägen oder an die angelsächsisch geprägte internationale Finanzindustrie. Alle versuchen zu suggerieren, daß allein sie das Allgemeinwohl auf nationaler, europäischer oder internationaler Ebene vertreten.

Auffällig ist, daß sogar die Regierungen Zyperns, Griechenlands, Portugals und Spaniens am EURO festhalten wollen, obwohl das eine Politik bedingt, die die eigenen Mehrheiten gefährdet und das Ende ihrer Regierungen bedeuten könnte - was in der jüngsten Vergangenheit ja bereits geschehen ist.

Ist es Verantwortungsbewußtsein für die übergeordnete Europapolitik oder die Aufrechterhaltung der Weltwirtschaft? Wollen sie die Schuld nicht auf sich laden, wenn das ganze Gebäude

zusammenkracht? Werden sie unter Druck gesetzt? Welches Eigeninteresse haben sie an einem Verbleib im EURO-System und wie stark ist dieses Interesse?

Sicher wollen sie einen Staatsbankrott mit seinen Folgen vermeiden, obwohl es in der Geschichte genug Beispiele für einen erfolgreich überstandenen Staatsbankrott gibt. Ein europäischer Bail-out (Rettungsschirm) oder ein Schuldenschnitt schafft Erleichterung. Eine nicht ganz unbegründete Vermutung geht dahin, daß mittelfristig und auf längere Sicht - über die bereits bestehenden Subventionen im EU-Rahmen hinaus - große Finanztransfers erwartet werden, die ein Ausharren in der prekären, gegenwärtigen Situation als sinnvoll erscheinen lassen. Die ganze Diskussion um Eurobonds, eine Haftungsgemeinschaft oder auch die Bankenunion dreht sich letztlich um diesen Punkt.

Deutsch-französischer Motor

Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist das Herzstück des europäischen Einigungswerks. Ohne eine deutsch-französische Übereinkunft in zentralen Fragen geht nichts in Europa. Allerdings reicht sie auch nicht aus, wenn bedeutende Entscheidungen anstehen: Verbündete sind notwendig, die die Politik mittragen. Deutschland und Frankreich haben ein enormes politisches Kapital in das europäische Einigungswerk investiert und über Jahrzehnte viele Krisen gemeinsam durchgestanden.

Seit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in den 1950er Jahren, der Politik des leeren Stuhls de Gaulles, dem Streit um die Nachrüstung Anfang der 80er Jahre, der deutschen Wiedervereinigung 1989/1990 und der EU-Erweiterung ist sehr viel erreicht worden.

Jeder weiß das und doch entsteht in letzter Zeit der Eindruck, daß dieses gewachsene Vertrauenskapital zunehmend aufs Spiel gesetzt wird. Aus Deutschland kommen Mahnungen und Kritik an die Adresse von Staatspräsident Hollande, endlich durchgreifende Reformen einzuleiten und durchzusetzen.

Selbst wenn von deutscher Seite vorausgeschickt wird, daß unter Freunden auch Kritik möglich sein muß, ist das nicht immer hilfreich. Es ist kein Geheimnis, daß Hollandes Mehrheit in Parlament und Senat solche "Reformen" entschieden ablehnt. Gegen einen Coup, wie Kanzler Schröder ihn mit der Agenda 2010 gewagt hat, haben sich die französischen Sozialisten und ihre Verbündeten schon massiv verwahrt und tief eingegraben.

Aus Frankreich kommen Sticheleien, die die deutsche Wesensart wie in alten Zeiten pauschal kritisieren. Im liberalen Mainstream-Blatt "Le Monde" erscheint ein ganzseitiger Artikel mit der Überschrift "L' Allemagne paiera!" (Deutschland wird/muß zahlen), der die deutschen Zahlungsverpflichtungen aus dem Versailler Vertrag von 1919 referiert und Folgerungen für heute zieht (8.6.2013).

Wäre Europa schon stärker zusammen gewachsen, könnte man das als den üblichen innenpolitischen Streit (Bayern gegen Preußen) abtun. Aber soweit sind wir in Europa eben noch nicht. Es droht eher ein Rückfall in alte Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster, die das Klima vergiften und Lösungen erschweren.

Die Quelle der gegenseitigen Irritation ist der EURO und das Ringen um seine Zukunft. Die damit gestellten Fragen sind komplex und betreffen Politik- und Wirtschaftsbereiche, die in ihren Auswirkungen vom Normalbürger kaum zu überschauen, geschweige denn zu beurteilen sind. Wer kennt schon die Verästelungen der Geldpolitik oder hat den Durchblick über die komplizierten und langwierigen Entscheidungsprozesse in Brüssel?

Um so größer ist die Versuchung, mit Verallgemeinerungen, Ängsten und dem Rückgriff auf längst überwunden geglaubte Vor- und Fehltrübe zurückzugreifen. Der EURO sollte die Menschen in Europa zusammenführen, er sollte ein solider Stützpfeiler des europäischen Einigungswerkes werden. Nun produziert er Risse, die das gesamte Gebäude mit dem Einsturz bedrohen.

Die Irritation der Bürger in Deutschland und Frankreich speist sich nicht nur aus den EURO-Problemen, sondern richtet sich auch gegen die EU insgesamt. Die rasche und geographisch weit ausholende EU-Erweiterung u.a. hat viele Franzosen und Deutsche verunsichert, die Freizügigkeit und das Schengen-Abkommen werfen immer wieder Fragen auf, wenn Mißbrauch aufgedeckt wird.

Die Brüsseler Bürokratie, die unnötig mit Einzelregelungen in viele Lebensbereiche eingreift, ist ein Ärgernis. Brüssel wird als Wasserkopf empfunden, wo die Mitarbeiter glauben, wegen ihrer Gehälter Streiks leisten zu können, obwohl sie wesentlich mehr verdienen, als die Beamten in den Mitgliedstaaten etc.

Gewarnt sei vor einem deutschen Alleingang in Sachen EURO, wie in einigen angelsächsischen Medien (u.a. The Economist vom 15.06.2013), aber auch von Polen (Außenminister Sikorski) suggestiv empfohlen wird. Das gilt auch für die EURO-Rettung, was immer man darunter versteht. Deutschland ist nicht der "Hegemon" ("Führer"), auch nicht der "widerwillige Hegemon", als der es neuerdings dargestellt wird.

Wir würden schon im Ansatz den Widerspruch Frankreichs provozieren und uns finanziell, vor allem politisch hoffnungslos übernehmen. Deutschland hat nach zwei verlorenen Weltkriegen nicht den politischen Kredit in Europa, eine erfolgreiche Führungsmacht zu sein. Manchmal hat man den Eindruck, daß diejenigen, die uns die Rolle einer europäischen Führungsmacht anpreisen, insgeheim nur auf den deutschen Geldbeutel schielen.

Der EURO ist ein politisches Projekt und das Knäuel muß politisch aufgelöst werden. Deutschland und Frankreich müssen gemeinsam für Abhilfe sorgen. Ohne die enge deutsch-französische Zusammenarbeit gibt es kein Weiterkommen. Zur Zeit wird allerdings das in Jahrzehnten aufgebaute gegenseitige Vertrauenskapital strapaziert.

Frankreich

Frankreich hat den EURO durchgesetzt. Präsident Mitterrand verfolgte damit mehrere Ziele: die Verhinderung einer vom wiedervereinigten Deutschland erreichbaren währungspolitischen Dominanz in Europa mittels der Bundesbank; gewichtige Mitsprache Frankreichs in währungspolitischen Fragen Europas, d.h. Brechung des Entscheidungsmonopols der Bundesbank im alleinigen oder zumindest vorrangig deutschen Interesse; Abschaffung der Bundesbank als Kern und Symbol wiedergewonnener deutscher Souveränität.

Das war der Preis für die Zustimmung zur Wiedervereinigung und dem damit verbundenen Machtzuwachs Deutschlands. Mitterrand war wichtig, Deutschland auch währungspolitisch "einzuhegen". Dem französischen Staatsdenken entsprach zudem die Unterwerfung der Währungspolitik unter den Willen der politischen Führung.

Der deutsche Widerstand war allerdings erheblich und nicht alle französischen Ziele konnten sofort erreicht werden. Die Ziele blieben jedoch gleich. Der Einfluß auf die Europäische Zentralbank (EZB) konnte nach und nach durch eine geschickte Personalpolitik ausgeweitet werden. Auf den Niederländer Wim Duisenberg folgten der Franzose Jean-Claude Trichet und der Italiener Mario Draghi als Präsidenten der EZB. Auch im EZB-Rat konnten Personen durchgesetzt werden, die den währungs- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen der französischen Regierungen mehr entsprachen. Der deutsche Einfluß wurde nach dem Rücktritt Axel Webers und Jürgen Starks erheblich reduziert. Die Mehrheiten im EZB-Rat haben sich zuungunsten Deutschlands verschoben.

Ein massiver erster Durchbruch gelang dem französischen Präsidenten Sarkozy im Mai 2010, als die EZB erstmals Staatsanleihen der Krisenländer Griechenland, Portugal und Italien aufkaufte und das Verbot der Staatsfinanzierung unterwanderte. Seither ist die Entwicklung weiter gegangen und die währungspolitische Orthodoxie immer mehr verlassen worden. Die französische Regierung drängt auf die Fortsetzung dieser Entwicklung.

Das Anleihekaufprogramm OMT, das die EZB im September 2012 angekündigt hat, sieht un-

ter bestimmten Voraussetzungen den unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen vor. Die Frage, ob das noch Geldpolitik oder schon (verbotene) Staatsfinanzierung ist, schert die französische Regierung wenig. Das sind Subtilitäten deutscher Juristen, von denen man sich nicht aufhalten lassen will (Sarkozy).

Hinter diesen personellen und inhaltlichen Verschiebungen werden handfeste Interessen sichtbar. Frankreichs Interessen gehen in Richtung einer weiteren Lockerung und Ausdehnung der Geldpolitik, um die (angeblich von Deutschland verhängte) "Austeritätspolitik" ("Sparpolitik") in der EU zu überwinden. Der auf Frankreich lastende Reformdruck soll durch Wirtschaftswachstum gemildert werden. Der von der Regierung Frankreichs erhobene Ruf nach "mehr Solidarität" ist ein Ruf nach mehr Geld, sehr viel mehr Geld.

Frankreich macht sich zum Wortführer der Regierungen der Krisenstaaten, die auf eine ähnliche Politik hoffen. Präsident Hollande will auf diese Weise sein politisches Gewicht in Europa erhöhen und - wie er es sieht - mit Deutschland wieder auf Augenhöhe verhandeln. Die engen französischen Wirtschaftsbeziehungen zu den südlichen Krisenstaaten legen eine solche Politik ohnehin nahe, Frankreich hat viel zu verlieren, wenn diese aus dem Euroraum herausfallen.

Bisher ist nicht zu erkennen, ob Präsident Hollande bereit ist, eine Gegenleistung zu erbringen. Durchgreifende Reformen in Frankreich nimmt er nicht in Angriff, dafür ist seine Regierung zu schwach und seine Mehrheiten bröckeln. Je länger er wartet, um so schwieriger wird es. Außer vagen Vorstellungen einer europäischen "Wirtschaftsregierung" gibt es nichts, was auf einen französischen Beitrag zu "mehr Europa" hinweisen könnte, wie das von der Regierung Merkel angestrebt wird.

Für "mehr Europa" fehlen Hollande zudem die Mehrheiten im eigenen Lande. Seine eigene Partei, der Parti Socialiste, ist in der Europafrage gespalten, wie sich beim Referendum zum EU-Verfassungsvertrag 2005 gezeigt hat. Sein eigener heutiger Außenminister, Laurent Fabius, war einer der Wortführer der Europaskeptiker, die mit "Nein" stimmten. Präsident Hollande lehnt sich zurück und wartet. Andere sollen aushelfen, mit Geld, sehr viel mehr Geld. Solidarität wird von den Partnern erwartet, für Frankreich gilt - polemisch gesagt - die "exception française" (Frankreich ist die Ausnahme).

Verbündete finden Präsident Hollande und die südeuropäischen Krisenstaaten in der angelsächsisch dominierten internationalen Finanzindustrie. Die internationale Finanzindustrie drängt auf eine Politikänderung der EZB, um sicher zu stellen, daß die Kredite, die sie mit Risikoauflagen an die Schuldnerstaaten vergeben hat, zurückgezahlt werden, - und daß im Zweifel jemand dafür bürgt. Richtig ist allerdings auch, daß die Zentralbanken der USA, Großbritanniens und Japans auf dem Weg extrem lockerer Geldpolitik schon sehr viel weiter vorangegangen sind.

Mit großem publizistischen und wissenschaftlichem Aufwand wird versucht, diese Geld- und Währungspolitik als die einzig mögliche Reaktion auf die - von der Wall Street und der Londoner City verursachte - Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007/2008 hinzustellen. Möglicherweise wird man am Beispiel Japans und der "Abenomics" bald sehen, wie weit diese Politik trägt.

Deutschland

Die deutsche Regierung hat 1989/1990 dem Verzicht auf die D-Mark "nolens, volens" zugestimmt. Helmut Kohl hat dann allerdings die Entscheidung "Einheit gegen D-Mark" konsequent um- und durchgesetzt. Einigen deutschen Bedenken wurde Rechnung getragen: vertraglich festgezurrt wurde u.a. der Haftungsausschluß unter EURO-Ländern, die Unabhängigkeit der EZB und das Verbot der Staatsfinanzierung.

Wie man später lernen mußte, waren diese vertraglichen Bindungen das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt waren. Bei den ersten Krisen 2003 wurden die Prinzipien von Deutschland

und Frankreich selbst aufgeweicht und im Mai 2010 beim ersten Hilfspaket für Griechenland weggeschwemmt. Seither suchen die deutsche und europäische Politik mit der EZB unter Einbindung des Internationalen Währungsfonds (IWF) - mit reger Beteiligung der internationalen Finanzindustrie - nach einer Lösung.

Ein endloser und quälender Reformprozeß ist die Folge. Die Interessenkonflikte treten offen zu Tage, insbesondere zwischen europäischen Schuldner- und Geberländern. In seiner Folge werden die alten innereuropäischen Stereotype wieder wach und vergiften zunehmend das Klima. In den Krisenländern, aber nicht nur dort, wird mit dem Finger auf Deutschland gezeigt, das für die Folgen der Schuldenpolitik verantwortlich gemacht wird.

Die Wirtschaftsrezession mit ihren schwerwiegenden Folgen werden der "Austeritätspolitik" angelastet, die von Deutschland ausgehen soll. Arbeitslosigkeit, teilweise Verelendung, Hoffnungslosigkeit der Jugend, alle sozialen Verwerfungen in den Gesellschaften der Krisenstaaten werden der deutschen Politik angelastet, die mit ihrem wirtschaftlichen Gewicht angeblich ihre egoistischen Interessen in Brüssel und über Brüssel durchsetzt. Die Anklage findet auch in den internationalen Medien ein Echo (z.B. Economist vom 15.06.2013, Sprachrohr der internationalen Finanzmärkte).

Deutschland Zahlmeister?

Allzu verwundert sollte man darüber in Deutschland nicht sein. War man doch in der EU und in der Welt daran gewöhnt, daß die Deutschen im Zweifel immer zahlen. Die Erfahrung war: Man muß die Deutschen nur gehörig unter Druck setzen und weich klopfen, dann machen sie den Geldbeutel schon auf.

Das galt im westlichen Bündnis, wie z.B. beim ersten Irakkrieg 1991, das galt in der EU beim sog. Britenrabatt, den Frau Thatcher herausgeschlagen hat, und das galt in der EU ganz generell. Immer wenn man nach Geld suchte, richtete sich der Blick auf Deutschland. Selbst für die unsinnigsten Projekte erwartete man einen deutschen Finanzbeitrag. Nun ist die Überraschung groß, daß das nicht mehr zu funktionieren scheint. Ein europäisches Grundgesetz scheint in Frage gestellt.

Auch die Deutschen selbst hatten sich an ihre Zahlmeisterrolle gewöhnt. Sie gehen meist resigniert davon aus, daß ihre Regierungen irgendwann einknicken, weil die deutschen Politiker glauben, noch immer die Schuld des 2. Weltkriegs abtragen zu müssen. Nun wollen sie nicht mehr. Der Grund ist allerdings nicht so sehr die verblassende Erinnerung an den Weltkrieg, der immerhin fast 70 Jahre zurück liegt.

Sie wollen nicht mehr, weil sie nicht mehr können: Die Solidaritätslasten, die den Deutschen zur Rettung des EURO aufgebürdet werden sollen, sind so enorm, daß ein Innehalten, eine sorgfältige Prüfung und ein Abwägen der Vor- und Nachteile der Übernahme deutscher Verpflichtungen unabdingbar geworden ist. Es kann nicht sein, daß jemand "Europa" ruft, alles kniet nieder und Deutschland stellt einen Blankoscheck aus. Diese Einstellungen scheinen bei vielen europäischen und deutschen Politikern verbreitet zu sein.

Deutsches nationales Interesse

Es gibt Gründe, warum Deutschland sich die EU einiges kosten läßt. Die EU hat für die deutsche Außenpolitik entscheidende Bedeutung. Seit der Reichsgründung 1870/1971 war es Deutschlands Problem, tendenziell die hegemoniale Macht in Europa zu sein, ohne die tatsächliche Hegemonie jemals erreichen zu können. Deutschland gelang es nicht, seine Beziehungen im europäischen Kräftespiel so zu ordnen, daß es der politischen Isolation entkam. Die Folge waren zwei Weltkriege und die bedingungslose Kapitulation 1945. Die Pflege der Beziehungen und der Ausgleich der Interessen in der EU ist deshalb in Deutschlands vitalem Interesse.

Ohne die Einbindung in die EU wäre sicherlich auch die Wiedervereinigung nicht möglich gewesen. Nach der Wiedervereinigung ist Deutschland in Europa wirtschaftlich wiederum

tendenziell hegemonial und hat ein zwingendes Interesse am Erhalt und Ausbau der EU, ohne die es erneut in Europa in die Isolation abgedrängt würde - mit unabsehbaren Folgen. Die europäische Einigung ist und bleibt das deutsche "nationale Interesse" (vgl. Guntram von Schenck, "Europa und das deutsche nationale Interesse", und "Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jh.").

Die Frage kann deshalb nicht sein, ob Deutschland EU-freundlich ist oder nicht, pro-europäisch ist oder nicht. Es ist zu hundert Prozent für den Auf- und Ausbau Europas. Das ist noch vor der grundsätzlich pro-europäischen Gesinnung eine Frage der politischen Klugheit und des politischen Eigeninteresses.

Daraus folgern Pflichten und Verantwortung. Das kostet auch etwas - kein Zweifel. Die Frage ist nur, wie viel wir dafür einsetzen wollen und können. Kann das heißen, daß wir sehenden Auges mit der sog. Eurorettung in die Katastrophe laufen, weil wir überfordert werden? Oder daß wir blindlings den Schalmaientönen derer folgen, die uns dank Eurorettung das Blaue vom Himmel und den ewigen Wohlstand und Frieden in Europa versprechen?

Geht es schief, hat nicht nur Deutschland den Schaden sondern ganz Europa wird in Mitleidenschaft gezogen.

Meinungsbildung und Volksabstimmung

Es bedarf einer eingehenden Debatte, wie es mit dem EURO weitergehen soll. Leider liefert uns die Bundesregierung die Zahlen und Argumente nicht, die dafür notwendig wären. Vielmehr hat man den Eindruck, daß im Verborgenen gehandelt und entschieden wird - und künftig auch entscheiden werden soll. Die Oppositionsparteien im Bundestag sehen ebenfalls keine Notwendigkeit, für die erforderliche Klarheit zu sorgen.

Gibt es tragfähige und nachvollziehbare Schätzungen, wie viel der deutsche Steuerzahler bei einem Austritt aus der Eurozone abschreiben muß? Es gibt seitens der Bundesregierung nur ein allgemeines Katastrophengemälde. Gibt es tragfähige und hinreichend nachvollziehbare Schätzungen der Bundesregierung, wie viel der deutsche Steuerzahler bei der beabsichtigten Eurorettung über jährliche Transferzahlungen an die Krisenstaaten überweisen muß? Sind es maximal 50, 100 oder gar 150 Milliarden?

Die Behauptung, daß es so gut wie nichts kostet, kann nicht sein; denn dann gäbe es an der südlichen europäischen Peripherie ja gar keine Krise. Wie hoch ist die Haftung, in die Deutschland jetzt schon im Rahmen der Eurorettung eingetreten ist? Die Bundesregierung redet sie klein, Hans-Werner Sinn nennt einen Betrag wenig unter 1.000 Milliarden. Welche Haftungssummen kommen mit dem Anleihekaufprogramm der EZB (OMT) auf uns zu? Die EZB nennt 146 Milliarden, Hans-Werner Sinn 369 Milliarden, möglicherweise sogar 920 Milliarden Euro (vor dem BVerfG am 12.06.2013).

Gleichgültig welche Zahlen stimmen, der deutsche Steuerbürger schüttelt sprachlos den Kopf. Wer hat unserer politischen Klasse, wer hat der Bundesregierung das Mandat erteilt, für solche Summen Verpflichtungen einzugehen? Die deutschen BürgerInnen jedenfalls nicht, sie wissen gar nicht, was ihnen geschieht. Eins aber ahnen sie: wenn es schief geht, sind sie die Dummen, wie 1918 und 1945. Wir Bürger müssen uns selbst einen Reim darauf machen und die deutschen Interessen formulieren.

Wir müssen klar sagen, was wir wollen oder nicht wollen - und letztlich mit einer Volksabstimmung darüber entscheiden können. Warum sollte in Deutschland nicht gehen, was bei unseren Nachbarn üblich ist? In Frankreich z.B. hat es bereits zweimal Volksabstimmungen zu Europafragen gegeben, in Großbritannien hat Premier David Cameron eine Volksabstimmung für 2017 versprochen.

Modell Italien?

Was wir nicht wollen können, ist ein Europa, das nach dem Modell Italiens funktioniert. Das "Modell Italien" besagt, daß der Norden endlos für den Süden zahlt, wie das in Italien seit der

Gründung des Nationalstaats im 19. Jahrhundert der Fall ist. Der Norden zahlt für den Süden, den sog. Mezzogiorno bis heute, ohne daß sich der Süden entwickelt und eine selbst tragende Wirtschaft entwickelt hätte. Was sich entwickelt, sind mafiöse Strukturen, die die Subventionen absaugen und den Süden im Griff behalten. Kein Wunder, daß in Norditalien immer wieder Forderungen nach einer Sezession erhoben werden (z.B. Lega Nord).

Folgt man der inneren Logik der Eurorettung, so geht es darum, das "Modell Italien" auf die Eurozone zu übertragen. Der Norden, d.h. vor allem Deutschland, die Niederlande, Finnland etc. sollen dauerhaft für die Defizite des Südens von Griechenland über Italien bis Portugal aufkommen. Da im Süden die notwendigen Reformen und Korrekturen nicht oder unzureichend gemacht werden, ist absehbar, daß sich im Subventionsklima alsbald wie im italienischen Mezzogiorno mafiöse Strukturen bilden. Eigentlich muß man sagen, sie sind schon vorhanden und harren nur der Verstetigung, Erweiterung und Verfeinerung.

Es darf also keinen finanziellen Dauertransfer in die südlichen Peripheriestaaten geben.

Vorbereitung des europäischen Bürgerkriegs?

Auch das Interesse der Einheit Europas verbietet einen solchen Dauertransfer. Die Erfahrung mit Italien zeigt, daß mittelfristig bei den Gebern die Frage nach einer Sezession, nach einer Trennung aufkommt - und das in einem etablierten Nationalstaat.

In Jugoslawien wollten die Slowenen und Kroaten nicht länger für den Süden, insbesondere die Serben bezahlen, die Folge war die Abspaltung und ein verheerender Bürgerkrieg.

In Spanien fordern die Katalanen die Unabhängigkeit, weil sie wollen, daß das, was in Katalonien erwirtschaftet wird, in Katalonien bleibt und nicht in Südspanien versickert.

In Schottland gibt es Unabhängigkeitsbestrebungen, weil u.a. die Erlöse des Nordseeöls in Schottland bleiben sollen und nicht mit London geteilt werden müssen.

In Belgien will der florierende flämische Norden nicht für den stagnierenden wallonischen Süden bezahlen und gefährdet damit den Zusammenhalt des Staates.

Man kann unschwer daraus schließen, daß dauerhafte Finanztransfers den Unmut der Geber schüren und Sezessionsbestrebungen bis hin zum Bürgerkrieg fördern. Das gilt besonders, wenn ethnische, historisch bedingte Mentalitätsunterschiede, religiöse oder nationale Identitäten das Unterfutter, die Folie für Sezessionen abgeben, was in Europa in zwanzig oder mehr Jahren voraussichtlich weiterhin der Fall wäre.

Diejenigen, die uns das US-Beispiel der Geld- und Währungspolitik im 19. Jahrhundert als beispielhaft für die Einigungspolitik Europas in der Eurokrise anpreisen, seien daran erinnert: Eine durchaus plausible Theorie zum Ursprung des amerikanischen Sezessionskriegs (1861-1865) besagt, daß es in erster Linie Währungsstreitigkeiten zwischen den Süd- und Nordstaaten und nicht die Sklavenfrage waren, die den Sezessionskrieg provozierten.

An der Vorbereitung eines europäischen Bürgerkrieges, auch wenn er sich vorerst nur als fernes Wetterleuchten abzeichnet, beteiligen wir uns nicht.

Menetekel Ruhrgebiet

Letztes Beispiel für die Problematik dauerhafter Finanztransfers ist Deutschland selbst. Der Länderfinanzausgleich ist und bleibt umstritten. Ein starkes nationales Verbundenheitsgefühl hat bisher verhindert, daß die Streitigkeiten ausuferten. Im Auge behalten sollte man allerdings das Ruhrgebiet. Einst war es das industrielle und wirtschaftliche Kraftzentrum Deutschlands. Im Länderfinanzausgleich hat es solidarisch jahrzehntelang Finanzleistungen für andere finanzschwache Länder, auch Bayern erbracht.

Diese Mittel fehlten, um die eigene Wirtschaftsstruktur rechtzeitig zu modernisieren und umzubauen. Heute ist das Ruhrgebiet ein Schatten seiner selbst, die Kommunen sind hoch verschuldet, die Menschen ziehen weg, die Schulen verfallen und Straßen können nicht mehr repariert werden. Der Ruhrpott gehört in Deutschland zu den am meisten von struktureller Armut bedrohten Regionen. Am Ruhrgebiet kann man die deutsche Zukunft in einer europäi-

schen Transferunion studieren.

Das Ruhrgebiet zeigt, wohin es führt, wenn Deutschland sich mit Transferzahlungen und anderen Verpflichtungen für Europas Krisenländer übernimmt.

Die Deutschen ärmer als andere EU-Bürger

Eine von der Europäischen Zentralbank in Auftrag gegebene und im April 2013 veröffentlichte Untersuchung zeigt zudem, daß die Deutschen im Schnitt ärmer sind als die meisten anderen EU-Bürger. Das gilt sogar für die Krisenstaaten: Spanien, Italien, Griechenland, auch Zypern. Diese Zahlen sind interpretationsbedürftig und mögen nicht alle Komponenten des "Vermögens" der Deutschen und anderer Europäer richtig einordnen und gewichten. Aber eine Studie der italienischen Notenbank vom Frühjahr 2013, deren erkenntnisleitendes Interesse bestimmt nicht war, die Deutschen arm zu rechnen, kommt im Wesentlichen zu ähnlichen Ergebnissen.

Das paßt nicht ins Bild und wird von interessierten Kreisen, u.a. in den Medien, die die Deutschen auf die Übernahme gewaltiger zusätzlicher Lasten zur EURO-Rettung einstimmen wollen, relativiert und mit vielen Fragezeichen versehen. Aber das Faktum bleibt: die meisten anderen Europäer sind im Schnitt reicher als die Deutschen.

Warum sollten die Deutschen neue, schwere finanzielle Lasten zur EURO-Rettung schultern, bevor nicht die anderen, reicheren EU-Bürger in den Krisenstaaten ihren Beitrag geleistet haben?

Dosierte und temporäre Hilfeleistungen

Wer will im Grundsätzlichen die Solidarität der Reichen und Starken mit den Armen und Schwachen in Frage stellen? Deutschland hat insbesondere in der EU aber auch weltweit bewiesen, daß es sich dieser Verantwortung stellt. Aber was zu viel und überdies falsch ist, kann nicht von Deutschland abverlangt werden. Dauerhafte große Finanztransfers und Umverteilungen von Nord nach Süd sind deshalb abzulehnen, gleichgültig ob es sich um Direktzahlungen, Eurobonds, Zinssubventionen oder den "unbegrenzten" Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB handelt.

Der Erfindungsgeist der interessierten Kreise scheint unerschöpflich, wenn es um Instrumente der Umverteilung geht. Deutschland hilft, wenn wir nachgeben, nicht wirklich, sondern schafft den Nährboden für schwerwiegende Verwerfungen in Europa, die bis zu einem neuen europäischen Bürgerkrieg - siehe Jugoslawien - führen können. Hilfeleistung kann nur dosiert und temporär geleistet werden.

Deutsch-französische Konfrontation?

Dem französischen Ruf nach mehr Solidarität, nach mehr Geld steht der deutsche Einwand entgegen, daß Solidarität Grenzen hat, daß auch Anstrengungen der Empfänger unerlässlich sind. Sonst werden die Geber überfordert und der Boden für europäischen Dauerzwist in der Zukunft bereitet. Kommt es zu einem deutsch-französischen Zusammenstoß, der das gemeinsame Projekt Europa gefährdet? Welche Druckmittel haben beide Seiten in der Hand, um ihre Positionen weitestgehend durchzusetzen?

Frankreichs Drohung ist die Isolierung Deutschlands. 2014 werden die Gedenktage für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges stattfinden. Nicht nur Frankreich bereitet sich intensiv darauf vor. Die Jahre vor 1914 sollten uns Deutschen zu denken geben. Die politische Isolierung ist keine leere Drohung, die Franzosen sind darin recht geschickt, schließlich haben sie es schon einmal mit Erfolg praktiziert. Die angebliche Beliebtheit und Akzeptanz der Deutschen und ihrer Politik könnte sich schnell ins Gegenteil verkehren, das nach dem Krieg gewonnene Vertrauen wäre schnell verspielt.

Das deutsche Druckmittel ist die Auflösung der Eurozone. Die Bundesbank würde über kurz oder lang wieder zum Währungsanker für viele europäische Staaten und der Rest Europas müßte sich "nolens, volens" - wie vor Einführung des EURO - daran orientieren. Eine Horror-

vision für Frankreich. Genau das wollte Mitterrand mit dem EURO ausschließen.

Wenn beide Seiten ihren Willen durchsetzen wollen, wird es zu einer öffentlich geführten Auseinandersetzung und Konfrontation kommen, die nicht nur den EURO sondern Europa zerreißt. Deutschland und Frankreich müssen tief in diesen Abgrund blicken, damit sie zurückschauern und erkennen, daß sie gemeinsam handeln müssen.

Wir brauchen einen Kompromiß! ...<<

Kroatien trat am 1. Juli 2013 der Europäischen Union bei.

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 5. Juli 2013 (x1.000/...):

>>**Wie human ist die Freimaurerspitze?**

Albert Pike, einer der obersten Freimaurer-Logenführer, schrieb an Giuseppe Mazzini, einen Anführer der Illuminati, am 15. August 1871, folgenden Plan, um an die Allein-Weltherrschaft zu gelangen. Es gibt viele Quellen, die dieses Schreiben bestätigen. Er beinhaltete unter anderem die Planung eines ersten Weltkrieges, um die Macht des Zaren von Rußland, der die orthodoxe Kirche behütete, zu stürzen und um einen atheistisch kommunistischen Staat zu gründen. (Anmerkung der Redaktion: Genauso ist es passiert. Nach dem ersten Weltkrieg 1917 kam die bolschewistische Revolution und der Kommunismus und der Atheismus kamen an die Macht).

"Dann soll ein zweiter Weltkrieg kommen und der soll zwischen England und Deutschland entstehen. Der Grund, warum er geplant werden muß, ist, um den Kommunismus als Gegensatz zu der Jüdisch-Christlichen-Kultur darzustellen. Wir brauchen diesen Gegensatz, um einen zionistischen Staat in Israel zu gründen." (Anmerkung der Redaktion: Genau das ist nach dem zweiten Weltkrieg passiert)!

"Und dann einen dritten Weltkrieg (!) Der soll im mittleren Osten entstehen und es soll ein Krieg zwischen dem Judentum und dem Islam sein, der sich in der ganzen Welt verbreitet. Dieser Krieg zwischen Moslems und dem Judentum soll endgültig dieses Armageddon (= endzeitliche Entscheidungsschlacht) herbeiführen."

Albert Pike erklärt in einem weiteren Brief wie das werden soll: "Wir wollen die Nihilisten (bedingungslose Verneiner aller Normen, Werte, Ziele, Gesellschaftsordnungen) erstmal gründen, also dieses kommunistisch-atheistische System und dann wollen wir einen Kataklismus (erdgeschichtliche Katastrophe) herbeiführen; einen Krieg und ein Leid wie es vorher noch nicht gab.

Im Endeffekt wollen wir den Menschen zeigen, was absoluter Atheismus eigentlich erreichen kann. Ein blutiges Blutbad soll es geben. Am Ende soll der Atheismus und das Christentum gleichzeitig besiegt werden und die reine Doktrin (Gültigkeit) Luzifers mit der Vernichtung des Christentums und des Atheismus soll gleichzeitig herbeigeführt werden." (Anmerkung der Redaktion: Also das alles schrieb Albert Pike bereits 1871!)<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Juli 2013 (x887/...):

>>**Land minderen Rechts**

NSA-Skandal wirft alte Frage neu auf: Wie souverän ist Deutschland?

Kanzlerin und Opposition spielen die Empörten. Doch glauben kann ihnen die Entrüstung niemand, der die Hintergründe kennt.

Die Enthüllungen des Edward Snowden haben den Blick auf einen lange verdrängten dunklen Punkt der deutschen Wirklichkeit gelenkt: die noch immer eingeschränkte Souveränität unseres Landes gegenüber ehemaligen Besatzungsmächten.

Wie beiläufig tritt zutage, daß die Deutschen nicht nur massiv ausspioniert werden, sondern daß zudem deutsche Geheimdienste nach einer Vereinbarung von 1968 verpflichtet sind, Rohdaten an die Westalliierten weiterzugeben. BND, Verfassungsschutz und Militärischer Abschirmdienst (MAD) erscheinen so als Handlanger fremder Mächte. Die Vereinbarungen waren bis 2012 geheim. Angeblich nehmen Westalliierten ihr Recht seit 1990 nicht mehr in

Anspruch - so wird behauptet, doch was darf man nach den jüngsten Enthüllungen noch glauben?

Im Zusammenhang mit der Vereinbarung berichtet die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" von mehreren gemeinsamen Absichtserklärungen von BND und US-Geheimdiensten, die weiterhin als streng geheim eingestuft würden. Solche sinistren (unheilvollen) Andeutungen rufen die sagenumwobene "Kanzlerakte" in Erinnerung:

Eine Verpflichtungserklärung, welche alle deutschen Regierungschefs nach Amtsantritt zu unterzeichnen hätten. Allein Willy Brandt soll sich, erbost und entsetzt vom Inhalt, zunächst geweigert haben, die Akte zu unterzeichnen. Erst, als ihm eindringlich bedeutet wurde, daß alle seine Vorgänger unterschrieben hätten und dies auch für ihn unumgekehrbar sei, habe er sich gefügt. Brandt nannte die Akte einen "Unterwerfungsbrief", wie Egon Bahr 2009 in der "Zeit" enthüllte hat.

Bis zur Offenlegung durch Bahr wurden alle Mutmaßungen über die "Kanzlerakte" ins Reich der Verschwörungstheorien verbannt. Seitdem hat sich ein Spalt geöffnet auf eine Realität, vor deren Hintergrund die spontane Entrüstung der Kanzlerin wie der Opposition über die NSA nur noch scheinheilig klingt. "Freunde abhören geht gar nicht", empört sich Merkel wenig glaubwürdig, der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz, tönt: "Keine Bundesregierung kann akzeptieren, daß wir ein Land minderen Rechts sein sollen." Und warum haben SPD-Regierungen das dann getan?

Für den Status "minderen Rechts" spricht, daß deutscherseits offenbar kaum Gegenspionage betrieben wird. Überdies bauen die USA nach Absprache mit deutschen Behörden in Wiesbaden für mehr als 100 Millionen eine neue Spionagezentrale.

Solche Nachrichten richten schweren Vertrauensschaden an. Die Deutschen könnten den Eindruck gewinnen, daß ihre Politiker Deutschlands Interessen an andere Länder verraten und ihr eigenes Volk hinter das Licht führen. Um dem zu begegnen, muß Merkel mehr liefern als durchschaubare Wahlkampfversprüche.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Juli 2013 (x887/...):

>>**Gedenken an tote "DEF"**

Internationales Erinnern in Rheinberg an die Opfer der Rheinwiesenlager

Am Friedhof von Rheinberg, Kreis Wesel, Regierungsbezirk Düsseldorf hat vor einem Gedenkstein für die im dortigen US-Kriegsgefangenenlager umgekommen deutschen Soldaten eine würdige Gedenkfeier stattgefunden. Es war ein bewegender Moment, als der Trompeter die Melodie "Amazing Grace" spielte, dann der Männerchor Eintracht Alpsray unter der Leitung von Wolfgang Pitas mit dem Lied "Über den Sternen" einsetzte.

Merrit Drucker, Major a.D. der US-Armee, war aus den Vereinigten Staaten gekommen. Er hatte zu dieser Gedenkfeier eingeladen, um sich für die Kriegsverbrechen an deutschen Soldaten stellvertretend zu entschuldigen. Sein Anliegen ist es, den wenigen überlebenden Veteranen und deren Angehörigen sein persönliches Bedauern auszudrücken über die grausame Behandlung, die sie und Tausende von Kriegsgefangenen in den Rheinwiesenlagern erdulden mußten. Zudem möchte er, daß Washington anerkennt, welche Schuld die US-Regierung seinerzeit auf sich geladen hat, indem sie die unmenschlichen Bedingungen zuließ, beziehungsweise schuf, unter denen sie die deutschen Kriegsgefangenen dahinvegetieren ließ.

Man hatte ihnen die nach der Genfer Konvention zustehenden Rechte der Kriegsgefangenen aberkannt und führte sie statt dessen als "Disarmed Enemy Forces" (DEF, Entwaffnete feindliche Streitkräfte). So glaubte man, das Recht zu haben, sie jeder nur erdenklichen Qual und Demütigung auszusetzen wie Tortur, Hunger, Durst, Spießrutenlaufen und monatelanges Verweilen unter freiem Himmel bei strömendem Regen oder in Gluthitze. Der kanadische Historiker James Bacque spricht in seinem Buch "Der geplante Tod" ("Other Losses") von mindestens 800.000 bis möglicherweise über eine Million verstorbener Kriegsgefangener in

den zahlreichen alliierten Lagern.

Vielen Teilnehmern traten während Major Druckers Ansprache Tränen in die Augen, manchen im Andenken an ihre Kameraden, manchen "weil alles wieder hochkommt", wie einer der Veteranen es formuliert. Oberstleutnant a.D. Alfred Zips übersetzte die Rede ins Deutsche. Er war es auch, der sich um die Organisation der Veranstaltung gekümmert und die Gedenkstunde geplant hatte.

Duncan Wade war aus England gekommen, weil ihn das Schicksal des Großvaters seiner deutschen Ehefrau tief aufgewühlt hatte. Es war ihm ein Anliegen, von dessen Trauma durch die Gefangenschaft im Lager Rheinberg zu berichten. Er verhehlte nicht seinen Stolz darüber, daß sich die Situation im Lager nach der Übergabe an die Briten erheblich besserte.

Die letzte Rede hielt General a.D. Schultze-Rhonhof, in der er darauf hinwies, daß "deutsche Offizielle aus Politik, Kirchen und Bundeswehr sich scheuen, seine (Major Druckers) Entschuldigung öffentlich entgegenzunehmen" und seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, "daß in Deutschland ein Mantel des Schweigens um die Geschichte der Rheinwiesenlager gelegt" werde. Er erklärte dies mit der Umerziehung (Gehirnwäsche) der Deutschen und der ihnen auferlegten Verpflichtung, die Sieger-Geschichtsschreibung als alleinverbindliche anzuerkennen und keine anderen Erkenntnisse zuzulassen.

Dazwischen erklang immer wieder die versöhnliche Musik des Trompeters und des Männerchors, die bei den Zuhörern eine schwer beschreibbare, teils schmerzliche, teils tröstliche Stimmung hervorrief.

Zuletzt begleitete das Lied "Ich hatt' einen Kameraden" die Kranzniederlegung durch General Schultze-Rhonhof, Oberstleutnant Zips, Major Drucker und Wade.

Die Schleife trug die Aufschrift "Unseren Kameraden".<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 4. August 2013 über den deutschen Politiker Gregor Gysi (1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter, DIE LINKEN): >>"Das ist mir alles zu lahm"

Linksfraktionschef Gregor Gysi über den Wahlkampf in Deutschland

Er vermisse die Leidenschaft im Wahlkampf, sagt Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Linken im Bundestag. Er spricht zudem darüber, wie regierungsfähig seine Partei ist und wie er einen Politikwechsel durchsetzen will in einem Land, in dem zur Zeit kaum Wechselstimmung zu spüren ist.

Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder

Gerhard Schröder: Herr Gysi, PRISM, Tempora, X-Keyscore, das sind kryptische Kürzel, die vor kurzem niemand kannte. Jetzt stehen sie in den Schlagzeilen. Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatanutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?

Gregor Gysi: Nein, noch nicht, weil man ja jeden Tag was Neues erfährt, und das ist dann immer so, daß das so ein Zyklus ist, bei dem plötzlich die Faktenlage sich verändert, verschiebt. Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt.

Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden.

Und außerdem muß ich mal sagen: Das finde ich jetzt spannend, die Lösung. Ich verstehe ja, daß die Regierung Hemmungen hat, Herrn Snowden Asyl zu gewähren, weil das die amerika-

nische Regierung übel nähme. Aber eines steht ja auf jeden Fall fest:

Wir müssen ihn als Zeugen hören. Und ich finde, man müßte ihn dann nach Deutschland einladen, dann muß man seine Sicherheit gewähren, dann bekommt er a) die Kronzeugenregelung und b) ein Zeugenschutzprogramm. Das machen wir auch für Deutsche, warum nicht für einen US-Amerikaner? Und dann müßten wir ihn schützen. Wenn sie den Mumm nicht haben, dann sollten sie aber nicht gegen Rußland wettern, sondern hinfahren und ihn vernehmen. Wir müssen doch einmal wissen, was hier eigentlich los ist, sagen Sie mal.

Schröder: Wer sollte ihn vernehmen?

Gysi: Na, die Staatsanwaltschaft dann, ganz klar. Also, ich meine, da kann dann natürlich auch noch meinethwegen die Bundeskriminalpolizei dabei sein. Aber zunächst müssen die Ermittlungsorgane ihn vernehmen als Zeugen, anders geht es ja gar nicht.

Schröder: Die Bundesregierung, Sie haben das erwähnt, hat nun ein Abkommen mit Großbritannien und den USA gekündigt, von 1968 ist es. Es regelt den Austausch von Daten, auch mit Geheimdiensten. Ist das nicht ein richtiger Schritt?

Gysi: Ja, aber der reicht nicht, weil das Besatzungsstatut nach wie vor gilt. Und es kommt noch etwas hinzu. Es gibt ja die Genehmigung an über 200 Firmen, die steuerbefreit sind, die andere Privilegien hatten, erteilt von Außenministern, hier zu spionieren. Die machen das ja im Auftrage dieser Geheimdienste; im Auftrage des Militärs. Und wissen Sie, wer der erste Außenminister war, der das genehmigt hat?

Das war Joschka Fischer. Der zweite hat es erweitert, das war Herr Steinmeier. Und der dritte, der es auch noch mal erweitert hat, war Herr Westerwelle. Über 200 Firmen haben im Auftrage des amerikanischen Militärs und der amerikanischen Geheimdienste hier die Spionage privilegiert organisiert, steuerbefreit. Die konnten machen, was sie wollten. Die Regierung hat gesagt, die sind nicht an das Recht gebunden. Das hat mich wirklich entsetzt, damit hatte ich nicht gerechnet.

Schröder: Was kann denn die Bundesregierung konkret tun, damit amerikanische oder britische Geheimdienste Daten von Deutschen nicht abschöpfen?

Gysi: Also das Erste ist mal, daß man keine Abkommen schafft und keine Genehmigungen erteilt, die genau das Gegenteil bewirken. Die Genehmigungen an die Firmen, diese Verwaltungsabkommen, haben eben zum Gegenteil geführt. Dann muß man, ich sage es noch einmal, das Besatzungsstatut aufheben, das können wir auch verlangen, wir sind ja ein souveränes Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen ...

Schröder: ... welche Folgen hätte das denn?

Gysi: Ja, das hätte die Folgen, daß sie nicht aus dem Besatzungsstatut Rechte herleiten können für ihr Militär, für ihre Geheimdienste. Das ist dann vorbei. Und damit sie rechtmäßig handeln, geht es dann nur noch über Verträge mit Deutschland. Und dann hängt es wieder vom Willen der politischen Mehrheit und der Regierung ab, was sie genehmigt und was sie nicht genehmigt.

Ich glaube übrigens natürlich auch, daß es ihnen sicherlich um die Fragen von Terroristen geht, aber ich glaube, es geht denen auch um Wirtschaftsspionage, es geht den USA um viel mehr. Und wer will denn das kontrollieren, woher sollen wir denn wissen, was sie mit den Daten machen, was sie damit anstellen, wofür sie sie verwenden?

Weiß es die Regierung? Nein. Und wenn ich die Regierung eines Landes bin, dann ist es meine Aufgabe, meine Bevölkerung zu schützen. Und dann muß man Verträge machen, die man sogar transparent machen kann, daß man sagen kann: Das hat man ihnen erlaubt und alles andere ist unterbunden worden.

Schröder: Die NSA sagt: Wir schöpfen gar nicht massenhaft ab, sondern nur gezielt zur Abwehr von Verbrechen und Terror. Nicht glaubwürdig?

"Geheimdienste leiden darunter, daß sie alles wissen wollen"

Gysi: Ich kenne keinen Geheimdienst, der nicht sich geheimnisvoll umgibt hinsichtlich dessen, was er macht. Und warum sollen die denn das zugeben? Natürlich werden die das so sagen. Aber sie erfassen ja Daten millionenfach. Nun behaupten sie bloß - sie gucken ja gar nicht rein, sondern sie gehen da nur nach bestimmten Stichworten. Geheimdienste leiden immer darunter, daß sie eigentlich alles wissen wollen. Und dann brechen sie irgendwann zusammen, weil sie mit dem Wissen gar nichts mehr anfangen können.

Aber ich bin ganz sicher, daß sie auch Wirtschaftsspionage und andere Dinge betreiben. Da sind die USA relativ hemmungslos schon immer in ihrer Geschichte gewesen, auch heute. Und dem Geheimdienst würde ich nicht trauen. Und schon deshalb, wenn wir das aufklären wollen, müssen wir Herrn Snowden als Zeugen hören.

Schröder: Unklar ist, ob die amerikanischen Geheimdienste auch in Deutschland zum Beispiel Server nutzen, um Daten auszuspähen. Welche Bedeutung hätte das, wenn das so wäre?

Gysi: Also das wäre natürlich ein starkes Stück, muß ich mal sagen, weil ja dann das Ganze nicht mehr von den USA organisiert wird, sondern direkt in Deutschland. Und das ist das, was ich vorhin meinte. Jeden Tag kommt jetzt was Neues raus, und dann ist man irgendwie entsetzt und sagt: Was, das kommt auch noch dazu und das kommt auch noch dazu. Und vor allen Dingen finde ich ja auch witzig, daß unsere Geheimdienste erklären, davon nie was gewußt zu haben.

Also ich meine, das ist ja nun grotesk, das glaube ich ihnen nicht. Aber wenn sie es wirklich nicht gewußt haben, sind sie auch komplett unfähig. Also wenn die nicht mal mitkriegen, daß hier millionenfach Daten abgeschöpft werden von den USA, ja - wozu hat man denn dann Geheimdienste? Also, das kann ich mir, ehrlich gesagt, nicht vorstellen.

Schröder: Fühlen Sie sich von der Bundesregierung ausreichend informiert?

Gysi: Nein. Ich meine, ich kann mir schon vorstellen, die einzelnen Personen haben nicht immer alles selbst gewußt, das ist schon so. Aber die ganze Struktur stimmt doch nicht. Da passiert doch in den Ministerien vieles, und ich glaube auch die Bevölkerung glaubt weder Frau Merkel noch Herrn Westerwelle, noch dem Bundesinnenminister, daß sie diese Umstände nicht zumindest in den Grundzügen gekannt und gewußt haben, nicht im Detail, aber in den Grundzügen. Und sie eiern da ziemlich rum.

Schröder: Zuständig für die Kontrolle der Geheimdienste ist das sogenannte Parlamentarische Kontrollgremium. Da sitzen einige Abgeordnete drin. Wie können die Abgeordneten hier jetzt für Aufklärung sorgen?

Gysi: Das ist schwer, und zwar, sie haben recht, da sitzt ja auch ein Abgeordneter von uns. Das Erste ist mal, daß sie zur Verschwiegenheit verpflichtet sind. Sie machen sich sogar strafbar, wenn sie diese Verschwiegenheitsverpflichtung nicht einhalten. Dadurch ist es ja nur eine kleine Gruppe von Abgeordneten, die etwas erfährt. Aber das Zweite ist: Sie sind ja immer auf die Information der Geheimdienste angewiesen, sie wissen ja auch nicht, ob ihnen die Wahrheit gesagt wird oder ob ihnen die Wahrheit nicht gesagt wird. Deshalb ist die Fähigkeit des Parlaments, diesbezüglich wirklich zu kontrollieren, sehr eingeschränkt.

Schröder: Wäre ein Untersuchungsausschuß hilfreich?

Gysi: Das müßte man sehen, das werden wir prüfen in der nächsten Legislaturperiode. Wichtig ist nur: Es gibt so viele Zeugen, die wir aus den USA brauchten, die kriegen wir dafür nicht. Aber wenn es genügend Stoff gibt, den wir hier in Deutschland aufklären können, dann bin ich dafür. Also, wir werden das prüfen, und es spricht im Augenblick vieles dafür, daß wir einen solchen Untersuchungsausschuß bilden müssen im Deutschen Bundestag. Zum Beispiel auch mit der Frage: Wie können wir die Kontrolle durch das Parlament deutlich verbessern, also viele andere Sachen, die einen in diesem Zusammenhang beschäftigen.

Schröder: Sollte Edward Snowden auch dem Parlament, dem Parlamentarischen Kontrollgremium, Auskunft geben, würden Sie dafür plädieren?

Gysi: Ja, und wenn wir einen Untersuchungsausschuß bilden, erst recht. Ich meine, bisher hat sich alles bestätigt, was er gesagt hat. Also er scheint ja nicht zu lügen, sondern im Gegenteil. Er sorgt in gewisser Hinsicht für Aufklärung. Da müssen wir ihn natürlich auch hören. Aber dafür müssen wir dann auch seine Sicherheit gewährleisten, denn eines darf nicht passieren, daß er dann hier entführt und in den USA vor Gericht gestellt wird. Also das geht nicht, wenn man Aufklärung will, muß man die Person auch schützen.

Schröder: Die Bundesregierung hat gesagt, Asyl können wir Herrn Snowden nicht gewähren.

Gysi: Müssen sie ja nicht, sie können ja ein Zeugenschutzprogramm machen, das reicht ja. Dann müssen wir ihn auch verstecken. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 16. August 2013 über den Internetspionage der USA: >>... **Verhältnis Deutschland - USA: Das ist nicht Freundschaft**

Die Internetspionage der USA verletzt Grundrechte und Souveränität der Bundesrepublik. Plädoyer für eine kontrollierte Abkühlung der deutsch-amerikanischen Beziehung. ...

Der NSA-Skandal hat nicht nur unser Vertrauen ins Internet erschüttert. Er wirft auch einen tiefen Schatten auf das Verhältnis zwischen den USA und ihrem deutschen Bündnispartner. Lange wußten wir nicht, ob der Bundesnachrichtendienst den Amerikanern nur gewaltige Datenmengen überstellt hat, die er selbst im Ausland erhoben hat, oder ob die Amerikaner auf eigene Faust in Deutschland sammeln gehen.

Neuerdings behauptet Kanzleramtschef Roland Pofalla, daß ihm amerikanische Dienststellen versichert hätten, es seien keine Grundrechte deutscher Bürger verletzt worden. Aber allein daß die Bundesregierung für diese Versicherung auf auswärtige Angaben angewiesen ist, beunruhigt. Heribert Prantl hat zu Recht in der Süddeutschen Zeitung darauf hingewiesen, daß ein Staat, der die Daten seiner Bürger nicht aus eigener Kraft schützen kann, in wesentlichen Souveränitätsrechten verletzt ist. Der Eindruck von Demütigung, mindestens Entmündigung ist so stark, daß manche sich schon gefragt haben, ob hier nicht Reste amerikanischer Besatzungsrechte auch nach der deutschen Einigung noch erhalten geblieben sind.

Gewiß ist jedenfalls, daß die Amerikaner jeden Datenverkehr im Netz abschöpfen können, der sie interessiert, und sich zu diesem Zweck die großen Internetkonzerne zu willfährigen Dienern gemacht haben. Mag sein, daß jenes ominöse Geheimgericht in den USA, das die Aktivitäten der National Security Agency (NSA) kontrollieren soll, die Rechte amerikanischer Bürger schützt; aber für ausländische Bürger gilt das keinesfalls.

Was von deutschen Computern über amerikanische Server oder Internetanbieter läuft (nämlich nahezu alles), was von deutschen Telefonen und Faxgeräten über die transatlantischen Kabel geht, die durch Amerikas treuen englischen Verbündeten angezapft werden, ist dem wahlfreien Zugriff der US-Geheimdienste ausgesetzt. Wir wissen nicht einmal, ob von den militärischen Stützpunkten, die Amerika in Deutschland unterhält, auch direkt abgegriffen wird, was noch an Daten, beispielsweise im Mobilfunkverkehr, attraktiv erscheint.

Wie wurden deutsche Hoheitsrechte an amerikanische Geheimdienste abgegeben?

Nun könnte man sagen - und hat es auch sogleich gesagt -, daß wir uns glücklich schätzen sollten, wenn uns die Amerikaner mit ihrer überlegenen Technologie abnehmen, was im Kampf gegen den Terror und zur Abwehr von Anschlägen notwendig erscheint. Es ist allerdings sehr die Frage, ob der deutsche Bürger, wenn man ihn dazu vernommen hätte, bereit gewesen wäre, wesentliche Aufgaben der Inneren Sicherheit an eine auswärtige Macht zu übergeben, vor allem wenn diese, sagen wir einmal vorsichtig: Arbeitsteilung mit erheblichen Eingriffen in seine Grundrechte verbunden ist.

Daß die Amerikaner selbst wenig Lust haben, sich zum Schutz ihrer Sicherheitsinteressen auf deutsche Grundrechtszimperlichkeiten einzulassen, mag man ihnen gerne zugestehen. Aber die deutsche Regierung ist verpflichtet, die Souveränität des Staates zu wahren, zu der Hoheit über die Innere Sicherheit und Schutz der Grundrechte zwingend gehören.

So sparsam sich die Kanzlerin und ihr Kabinett bisher dazu geäußert haben - die Brisanz der Frage und die dahinter lauende Verfassungskrise scheinen allen Politikern bewußt. Auch wenn man die Übertreibungen des Wahlkampfs abzieht, bleibt ein erhebliches Gift in den Vorwürfen, mit denen sich die Mitglieder der gegenwärtigen und der früheren Regierung überziehen.

Wer hat wann und warum und in welchem Umfang deutsche Hoheitsrechte an amerikanische Geheimdienste abgegeben? Kann es sein, daß die jahrzehntelange Gewöhnung an die gutmütige Vormundschaft der amerikanischen Besatzungsmacht alle Reflexe der Vorsicht und des gesunden Mißtrauens erstickt hat? Oder existieren tatsächlich aus der Zeit von Besatzung und Kaltem Krieg noch immer geheime Rechte, über die nicht gesprochen werden soll?

Mit dem schönen blinden Vertrauen in die Güte der USA (für das man sich nicht schämen müßte) scheint es indes bei den deutschen Politikern nicht weit her zu sein. Ihre Verblüffung hielt sich in Grenzen, als im Zusammenhang mit dem NSA-Skandal bekannt wurde, daß deutsche EU-Vertretungen von amerikanischen Geheimdiensten verwandt wurden - und wahrscheinlich bis heute abgehört werden. Offenbar sind unsere Politiker abgeklärt genug für die Erkenntnis, daß auch enge Verbündete, die sich rituell als Freund bezeichnen, zu Mitteln der Spionage greifen. Man kann nur hoffen und beten, daß der BND ähnlich abgebrüht genug ist, seinerseits den amerikanischen Freund ordentlich zu bespitzeln und abzuhören.

Lächerlich wären Ermahnungen an die Adresse einer Supermacht

Aber wie abgebrüht und ausgekocht auch immer unsere Politiker und Dienste längst sein mögen - die deutsche Bevölkerung jedenfalls ist mit ihrer Desillusionierung über den Charakter der deutsch-amerikanischen Freundschaft noch nicht so weit. Selbst dort, wo kein traditioneller Antiamerikanismus zu Hause und kein antikapitalistisches Ressentiment am Werk ist, breitet sich jetzt Entgeisterung aus über die offenbare Geringschätzung und Verachtung der deutschen Eigenstaatlichkeit.

Ähnlich könnte sich Kolonialisierung anfühlen - man wird vom Subjekt zum rechtlosen Objekt. Die politischen Folgen würden allerdings fatal sein, wenn sich das Mißtrauen, das schon im letzten Irakkrieg entstand, von den Lügen über den Kriegsgrund bis zu den Verbrechen in Abu Ghraib, nach und nach in Haß wandelte. Was tun? Muß man die Amerikaner dringend ermahnen, etwas vorsichtiger und korrekter mit dem deutschen Verbündeten umzugehen?

Erwachsener Partner, kein Säugling

Nichts könnte törichter - und lächerlicher sein. Amerika ist eine Supermacht, die sich nimmt und tut, was sie in ihrem Interesse für richtig hält. Charmant oder gar besorgt um die Gemütslage ihrer Verbündeten muß sie sich dabei nicht zeigen. Schon für die Mitglieder des Attischen Seebundes war klar, daß Athen bestimmt - zu diesem Zwecke hatte Athen ja den Seebund geschaffen. Nicht anders verhält es sich mit der Nato und mit der ganzen sogenannten westlichen Wertegemeinschaft. Die berühmte deutsch-amerikanische Freundschaft ist ein Bedürfnis der Deutschen, nicht der USA. Diese könnten auf freundschaftliche Gefühle auch gestrost verzichten.

Deutschland braucht tatsächlich eine Desillusionierung. Sie sollte sich allerdings nicht auf das richten, was Amerika tut und immer zu tun versuchen wird, weil es nun einmal viel größer und mächtiger als Deutschland ist. Wir brauchen vielmehr eine Desillusionierung über den Charakter unserer Beziehung. Das Gerede von Freundschaft muß ein Ende haben und der nüchternen Einsicht in gegenseitigen Nutzen und gemeinsame Interessen weichen - und zwar dort, wo sie wirklich bestehen.

Namentlich die heißen Gefühle der Liebe und Bewunderung für den starken Bruder, die unsere transatlantischen Kommentatoren predigen, müssen auf ein bekömmliches Maß heruntergekühlt werden - damit sie nicht stets aufs Neue Enttäuschung produzieren, wenn der Heißgeliebte sich ab und zu und verständlicherweise mal als weniger liebenswert erweist. Respekt

für Amerika, Vorsicht im Umgang - und viel Distanz - wären das Gebot der Stunde.

Übrigens wäre es auch aus pädagogischen Gründen hilfreich, wenn sich Deutschland emotional von Amerika etwas abnabeln würde. Das Land, nun schon seit zwei Jahrzehnten in die volle Selbstständigkeit entlassen, muß lernen, auch sicherheitspolitisch, auch in der Terrorabwehr auf eigene Verantwortung zu handeln.

Selbstverständlich im Bündnis mit den USA, selbstverständlich als loyaler Verbündeter und gerne auch etwas großzügiger und weniger ängstlich als in der Vergangenheit. Aber als erwachsener Partner und nicht als alter Säugling, der noch immer nach der Mutterbrust greift und wehklagt, wenn Mama mal was anderes zu tun hat oder sich über das Quengeln des kleinen Schreihalses kalt hinwegsetzt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. August 2013 (x887/...): >>Opfer politisch Korrekter

Kieler Landtag unterwirft Pommern-Ausstellung der Zensur

Sicherlich gehörten sie zu den treuesten Wählern der CDU, die inzwischen in die Jahre gekommenen Pommern und Ostpreußen, die bei Kriegsende ihre Heimat verlassen mußten und in großer Zahl in Schleswig-Holstein landeten. Und daher glaubten sie wohl, daß es unproblematisch sei, wenn sie die vom Heimatpolitischen Arbeitskreis der Pommerschen Landsmannschaft entwickelte Ausstellung "Vertrieben und vergessen?" dem Kieler Landtag anbieten, damit sie einige Tage lang im Landeshaus in Kiel der Öffentlichkeit präsentiert wird, zumal der Landtagspräsident, der CDU-Politiker Klaus Schlie, als konservativ gilt.

So stellten sie bereits im Frühjahr beim damaligen Landtagspräsidenten Torsten Geerds, ebenfalls CDU, einen Antrag, das Landtagsgebäude für die Ausstellung nutzen zu können. Umgehend erhielten sie einen Nutzungsvertrag. Vom 5. bis zum 9. August 2013, also zum "Tag der Heimat", sollte die Ausstellung, bestehend aus 30 Tafeln, gezeigt werden. Auf ihnen sollte die pommersche Geschichte dargestellt werden, beginnend mit den ersten Besiedlungen durch germanische und slawische Volksstämme, über die deutsche Ostsiedlung, die Schwedenzeit, schließlich bis zur Einbettung Pommerns in den preußischen und deutschen Staatsverband.

Im zweiten Teil wollten sie die Vorgeschichte der Vertreibung dokumentieren und dann im dritten Teil die Nachkriegsgeschichte der geflohenen und vertriebenen Pommern in West- und Mitteldeutschland. Dabei lag der Schwerpunkt auf sechs Zeitzeugenberichten, "welche die Schrecken der Vertreibung veranschaulichen", wie es in dem Konzept der Landsmannschaft hieß.

Anstandslos war die Ausstellung bereits im von Grünen und Sozialdemokraten regierten Baden-Württemberg sowie im ebenfalls von der SPD regierten Nordrhein-Westfalen gezeigt worden.

Zur Verblüffung der Pommern erhielten sie aus Kiel die Aufforderung, sie mögen zunächst das Prospektblatt dem Landtag zur Kontrolle vorlegen, mit dem zur Ausstellung eingeladen werden sollte. Das taten sie und erfuhren, daß der Landtag das Werbemittel nicht genehmigen werde. Was darin zu lesen ist, stehe der deutsch-polnischen Versöhnung entgegen.

Anstoß genommen hatten, das ging aus einem Gespräch hervor, die im Namen des Landtagspräsidenten Schlie (CDU) fungierenden Angehörigen der Landtagsverwaltung, daß in der Ausstellung auch auf die Vorgeschichte der Vertreibung eingegangen werden sollte. Besonders empfindlich reagierte man auf die in der Einladung genannten Ursachen: "Deutsche Ambitionen vom neuen Siedlungsraum im Osten und der Unterdrückung slawischer Völker gehören ebenso in diese Darstellung wie polnische Träume von einem großpolnischen Reich bis zur Elbe."

Gegen den ersten Teil der Aussage - die Geschichte von den deutschen Ambitionen - hatte das Landtagspräsidium keinen Einwand, während die Erwähnung der polnischen Großmachtträu-

me auf heftigen Widerspruch stieß. Offenbar auf den Wink des im Urlaub weilenden Landtagspräsidenten - was sind heute schon Entfernungen? - verlangten seine Mitarbeiter plötzlich, nun müßten die Pommern auch alle Bilder der Ausstellung zur Prüfung vorlegen ebenso wie die Texte, die zu den Bildern gehörten. Ein Haar in der Suppe entdeckten die Landtagsbediensteten, daß in der Ausstellung festgestellt wird, die Polen hätten mit der Vertreibung bereits vor dem sogenannten Potsdamer Abkommen begonnen, eine Tatsache, die jedem, der sich mit der jüngsten osteuropäischen Geschichte befaßt hat, bekannt ist.

Das müßten die Pommern erst einmal beweisen, so die Landtagsverwaltung. Die Pommern verwiesen auf das von ihnen erarbeitete Begleitbuch zur Ausstellung, in dem viele Quellen für diese historische Tatsache benannt werden. Leider sei das Buch noch nicht fertig ... Antwort: Dann könne man die Ausstellung erst recht nicht genehmigen, es sei denn, die Landsmannschaft erkläre sich damit einverstanden, daß der schleswig-holsteinische Landtag in Gestalt des Präsidenten Klaus Schlie jedes Bild der Ausstellung kontrolliere und gegebenenfalls die in seinen Augen nicht korrekten aussortiere.

"Auf bestimmte Themen müsse man dann eben verzichten", erfuhren die Pommern. Sie wurden belehrt, daß der schleswig-holsteinische Landtag Partnerschaften geschlossen habe mit den Parlamenten in Stettin und Danzig, und deren Abgeordnete dürfe man nicht vergrätzen.

Als die Landtagsverwaltung auf der Zensur beharrte, hatten die Pommern Charakter genug zu antworten, daß die Ausstellung nicht zu den Auflagen des Landtages zur Verfügung stehe "Die Ausstellung kann nur komplett mit allen Tafeln gezeigt werden; eine Herausnahme von einzelnen oder mehreren Tafeln würde die Geschichte des Landes Pommern und der Vertreibung der Pommern nur verfälscht wiedergeben," erwiderten sie.

Der Landtag beziehungsweise der Landtagspräsident verwies auf sein Recht, die Ausstellung auf ihren Inhalt zu prüfen und Teile aus der Ausstellung auszuschließen. Die Preußische Allgemeine Zeitung bat den Landtagspräsidenten Schlie um eine Stellungnahme, erhielt aber keine Antwort.

Nun fällt die Ausstellung "Vertrieben - und vergessen?" in Kiel aus. Der Landtagspräsident braucht nicht mehr zu befürchten, daß der Fraktionsvorsitzende der SPD, der wegen seiner rüden Art gefürchtete Abgeordnete Ralf Stegner, ihn des Revanchismus beschuldigt.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 20. August 2013

(x892/...): >>Euro-Umverteilung zu Lasten der Rentner und Sparer

Das Bundesfinanzministerium und Herr Schäuble sind glücklich. Von 2010 bis 2014 muß es 41 Milliarden Euro weniger an Zinsen zahlen. Dieses Geld wird durch die Niedrigzinspolitik bei höherer Inflation den Rentnern, den Sparern und vielen anderen Bürgern durch den Staat und seine Eurorettung geklaut. Man kann den Staat aber nicht wegen dieses Diebstahls verklagen.

Die Rendite für Sparer, die ihr Geld zur Alterssicherung in Lebensversicherungen oder anderen Anlagen zurücklegen, beträgt null. Die Inflation, obgleich bisher noch moderat, frißt gleichzeitig erhebliche Teile des Vermögens der Bürger auf. Was übrig bleibt, wird vom Staat durch immer höhere Steuern dem Bürger geklaut. Sozialisten und Kommunisten aller Schattierungen planen schon weitere Steuererhöhungen.

Ziel dieser ganzen Politik ist, die der FAZ-Wirtschaftskommentator Holger Steltzner schreibt "eine riesige Umverteilung vom Gläubiger zum Schuldner. Verlierer der finanziellen Repression sind Rentner und Sparer. Gewinner sind Banken und Schuldenstaaten."

Wer eine der im Bundestag vertretenen Parteien wählt, unterstützt diese Politik der Beraubung des Volkes.<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 26 berichtete am 21. August 2013:

>>Souveränität, Recht und Demokratie versus Machtpolitik

von Prof. Dr. jur. und Dr. phil. Alfred de Zayas

Die Souveränität ist in der Charta der Vereinten Nationen verankert. Wir haben seit 1945 eine neue Weltordnung. Und die Uno-Charta ist die Weltverfassung - allerdings nicht die Verfassung einer Weltregierung. Das will keiner. Aber es ist eine Verfassung, die alle Staaten vertraglich akzeptiert haben. Eine Verfassung, die die Souveränität aller Staaten garantiert, nämlich in Artikel 1 und Artikel 2. Artikel 2 ist besonders wichtig, nicht nur, weil hier die Gleichheit aller Staaten unterstrichen wird, sondern auch, weil nicht nur die Gewaltanwendung, sondern auch die Androhung von Gewalt ganz deutlich verboten wird.

Das heißt nicht, daß die Staaten sich daran halten, aber juristisch gesehen, völkerrechtlich gesehen sind die Normen klar. Souveränität bedeutet auch Selbstbestimmung der Völker. Selbstbestimmung der Völker ist, was man in juristischer Sprache "ius cogens" nennt bzw. bindendes Völkerrecht. Die afrikanischen Staaten haben dank dieses Prinzips der Selbstbestimmung in den späten 50er und Anfang der 60er Jahre ihre Unabhängigkeit gewonnen. Indien hatte sich schon im Jahr 1947 von Großbritannien freigemacht.

Es gibt auch sehr viele Völker, die keine Selbstbestimmung haben. Eines der Themen, die ich in meinem neuen Bericht für die Vereinten Nationen behandle, sind die Autochthonen, das heißt Menschen, die seit Generationen und Generationen in einem Gebiet leben, z.B. die Ur-Amerikaner, fälschlicherweise "Indianer" genannt, die Aborigines aus Australien, die Tamilen in Sri Lanka, die Ibos in Biafra, die Kurden in der Türkei, Syrien, Irak und Iran, Kashmiri in Indien, die Molukken in Indonesien, die deutschen Südtiroler in Italien usw.

Ob wir über die Autochthonen in Alaska sprechen oder in Hawaii oder in West-Papua - sie alle haben ein Recht auf Selbstbestimmung. Das bedeutet nicht immer Unabhängigkeit. Selbstbestimmung kann auch im Rahmen einer Autonomie-Regelung erreicht werden, solange das der Wille des Volkes ist. Das muß natürlich festgestellt werden.

Völkerrechtlich gesehen sind die Normen klar. Artikel 1 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte sowie Artikel 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte garantieren dieses Recht.

Was verstehen wir unter Recht? Wenn wir Recht sagen, sprechen wir von Rechtsstaatlichkeit. Wir sprechen von Rechtssicherheit. Wir sprechen von checks and balances, wie wir in Amerika sagen. Das heißt, daß es eine exekutive, eine legislative und eine juristische Staatsgewalt gibt. Es sind getrennte Gewalten, die sich gegenseitig ausbalancieren.

Allerdings muß angemerkt werden, daß die höchste Gewalt in allen Rechtsstaaten die Richter sind. Also nicht die Exekutive, nicht die Legislative, sondern die Richter, die über das Handeln von Präsidenten und über das Handeln von Parlamenten bestimmen können. Das ist ein Merkmal eines Rechtsstaates (Im Fall der direkten Demokratie der Schweiz liegt die höchste Gewalt beim Volk - die Redaktion).

Allerdings ist die Rechtsstaatlichkeit in den meisten modernen Staaten sehr angeschlagen. Und aus meiner Erfahrung als Uno-Beamter und als Experte verschiedener Gremien kann ich Ihnen sagen, daß die sogenannten unabhängigen Richter häufig nicht unabhängig sind. Hieraus ergibt sich eine Unterminierung der Rechtsstaatlichkeit. Allerdings ist es besser, wenn man etwas hat, was noch korrigierbar ist, als wenn man eine Situation ohne Normen hat, ohne Gesetze, ohne Richter. So haben wir eine Struktur, die korrigierbar ist, aber auch nur, wenn eine Bürgerschaft da ist, die das verlangt; wenn die Bürger wach sind und wenn sie nicht eingeschüchtert werden.

Die Einschüchterung durch die sogenannte politische Korrektheit ist eine der größten Gefahren für die Rechtsstaatlichkeit; sie ist eine der größten Gefahren für die Demokratie. Denn viele Menschen denken etwas Bestimmtes, sagen aber etwas anderes. Viele Menschen wagen es nicht, sich zu äußern. Sie schweigen lieber, als sich öffentlich zu äußern, weil sie vor den Konsequenzen Angst haben, wenn sie offen sprechen.

Ich zum Beispiel habe als Professor für Völkerrecht, als Uno-Beamter, gelitten wegen meiner

Publikationen. Meine Publikationen haben mir in meiner Karriere nicht geholfen. Ganz im Gegenteil. Ich habe mindestens drei Beförderungen in den Vereinten Nationen verpaßt wegen meines Buches über die Vertreibung der Deutschen am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg, "Die Nemesis von Potsdam" (Herbig, 14. Auflage 2005).

Ausdrücklich wegen dieses Buches, weil ich die Argumente kenne, die in den ausschlaggebenden Gremien diskutiert wurden. Und dieses politisch unerwünschte Buch ist mir vorgeworfen worden. Natürlich will man niemanden haben, der heiße Eisen anpackt. Lieber jemand, der keine Wellen macht, als jemand, der offen spricht.

Rechtsstaatlichkeit ist nicht nur Rechtspositivismus. Es geht nicht nur um das, was im Gesetz steht, sondern auch um das, was über dem Gesetz steht. Es gibt das berühmte Buch von Montesquieu, "De l'esprit des lois" (Über den Geist des Gesetzes). Der Geist des Gesetzes ist der Ursprung des Rechts. Und das ist wichtiger als das, was aufs Papier kommt. Denn auf dem Papier gibt es manchmal sehr ungerechte Gesetze.

Man muß immer bedenken, daß das Gesetz da ist, um Gerechtigkeit zu schaffen, und nicht, um Ungerechtigkeiten festzulegen und zu zementieren. Das ist eine Diskussion, die die Rechtsphilosophen führen, und es gibt im Grunde genommen keine Lösung, und es bleibt eine gewisse Spannung zwischen dem Begriff Recht und dem Begriff Gerechtigkeit. Ich selbst bin römisch-katholisch und ein Anhänger der Philosophie des Naturrechts und dafür, daß wir mehr Raum für das Naturrecht schaffen.

Mein Problem als Professor für Völkerrecht ist: Ich muß meinen Schülern bzw. meinen Studenten erklären, wie es dazu kommt, daß das Völkerrecht so oft nach Belieben eingesetzt wird. Hier wird es anerkannt, dort aber nicht. Gesetzt den Fall, daß das Volk vom Kosovo die Unabhängigkeit haben sollte: Wenn der Begriff Selbstbestimmung allgemeine Gültigkeit besitzt, warum nicht auch in Biafra?

Sie werden sich erinnern: 1967/70 der Völkermord in Biafra. Und Nigeria hat die sehr legitime Bestrebung des Volkes von Biafra, sich von Nigeria zu trennen, mit grausamer Gewalt unterdrückt. Dasselbe gilt für Sri Lanka, sie kennen alle die Problematik um die Tamilen. Sie haben keine Selbstbestimmung und keine Unabhängigkeit bekommen. Sie sind massakriert worden, und die Welt hat zugeschaut.

Ich bin Amerikaner, und ich würde gerne denken, wir sind "die Guten". Ich würde so gerne daran glauben. Als ich Schüler war in Chicago, mußte ich jeden Morgen sagen: "I pledge allegiance to the flag of the United States of America, and to the republic for which it stands, one nation under God, indivisible, with liberty and justice for all." (Ich schwöre Treue auf die Fahne der Vereinigten Staaten von Amerika und die Republik, für die sie steht, eine Nation unter Gott, unteilbar, mit Freiheit und Gerechtigkeit für jeden.) Jeden Morgen, wenn die Flagge gehißt wurde, mußte ich das sagen, und natürlich haben gleichzeitig die Trompeten geblasen. Man will an etwas glauben, man hat es nötig, an sich selbst zu glauben.

Es ist gut und wichtig, Werte zu haben, aber es ist für mich eine große Enttäuschung zu merken, daß sich auch meine Regierung nicht an das Völkerrecht hält. Man braucht nur an Guantánamo, an Abu Graib, an die NSA-Enthüllungen zu denken. Dann fragt man sich: Wo stehen wir? Was bleibt überhaupt von der Ethik?

Und ehrlich gesagt, es bleibt nicht viel übrig. Nun, ich sagte Völkerrecht nach Belieben, ich nenne es auch "Völkerrecht à la carte". Das wird heute so angewandt und morgen ganz anders. Und was ist mit dem Ideal der Demokratie?

Die einzige Demokratie, die ich kenne, ist die schweizerische. Sie ist nicht perfekt. Aber sie ist die einzige, in der eine gewisse Korrelation zwischen dem Willen des Volkes und der eigentlichen Politik besteht. Bei uns in Amerika gibt es einen totalen "disconnect" zwischen Senatoren, Kongreßabgeordneten und dem Volk.

Eine Demokratie ist mehr als der Pro-Forma-Wahlgang, bei dem Sie für Kandidat A oder für

Kandidat B stimmen. Ich muß auch eine Möglichkeit haben, die Entscheidungen dieses Kandidaten zu beeinflussen. Ich will nicht, daß es nur Kandidaten gibt, die dem militärisch-industriellen Komplex verpflichtet sind. Dann habe ich wirklich keine echte Wahl. Man wird vor ein *Fait accompli* gestellt. Wenn Sie "Through the Looking-Glass" von Lewis Carroll kennen, werden Sie an die sehr ähnlichen Gestalten Tweedledee und Tweedledum denken, und das ist mehr oder weniger, was wir in vielen Demokratien haben, eine Wahl zwischen Tweedledee und Tweedledum. Ist das eine Demokratie?

Ich habe voriges Jahr im November nicht gewählt. Natürlich ist Obama immerhin besser als Romney, aber weil ich so enttäuscht bin von diesem Mann und weil ich meine, daß es gar keine echte Wahl war, habe ich gesagt: "Wozu abstimmen?" Denn so oder so regiert der militärisch-industrielle Komplex oder die Ölindustrie oder Exxon und so weiter. Aber das Volk hat absolut keinen Einfluß.

Ob ich einen republikanischen Kongreßmann oder Senator oder einen demokratischen Kongreßmann oder Kongreßfrau habe: Die sind alle für den militärisch-industriellen Komplex, für die Anwendung von Gewalt, für Big Brother. Eine echte Wahl besteht nicht. Es ist nur eine Scheinwahl, und alle Leute gehen und stimmen ab. Aber ich finde, das ist eher eine Sportveranstaltung. Man geht zur Olympiade, und man sieht sich die beiden Mannschaften an, die sich gegenseitig bekämpfen, und man kann sich überlegen, ob ich für diese Mannschaft sein will oder für die andere. Aber beeinflussen kann ich nichts. Ich kann mich nur virtuell erfreuen, daß meine Partei gewonnen hat.

Aber ist es überhaupt meine Partei? Nein, es ist die Partei des militärisch-industriellen Komplexes. Und wie sieht es in Deutschland aus? Was für eine Wahl haben Sie zwischen Angela Merkel und Peer Steinbrück? Und in Frankreich zwischen Sarkozy und Hollande? Ich bitte Sie! Also, schon wieder Pest und Cholera.

Was wirklich wichtig ist, was entscheidend ist in der Demokratie, und das sage ich in allen meinen Berichten, sind die Instrumente der direkten Demokratie, nämlich die Initiative, das Referendum und die Möglichkeit der Amtsenthebung, in den USA sagen wir impeachment. Wenn ein Parlamentarier oder ein Präsident sich total gegen seine Versprechen verhält oder gegen ein bestimmtes Programm, für das er gewählt wurde, um es durchzuführen, und wenn er dieses Programm nicht durchführt, sondern eine ganz andere Agenda und ganz andere Interessen hat, dann sollte das Volk die Möglichkeit haben, diese Person des Amtes zu entheben. Das ist das Wesentliche einer echten Demokratie.

Ansonsten haben sie nur eine Scheindemokratie oder, wie ich es in meinem Bericht schreibe, eine Lobby-Demokratie. Lobby-Demokratie, das heißt, die Parlamentarier sind einer bestimmten Lobby gegenüber verpflichtet, und sie werden sagen und tun, was diese Lobby ihnen befiehlt, denn diese Lobby hat für die Kampagne bezahlt. Wenn Sie bedenken, daß eine Präsidentschaftswahl Milliarden kostet. Ich überschätze es nicht: Milliarden! Das ist wirklich eine Sportveranstaltung, und wir sind die Zuschauer. Wir schauen uns das an, was da los ist, aber wir können es nicht beeinflussen. Und unser amerikanischer Wahlkampf 2012 kostete 3,5 Milliarden Dollar!

Ich verlange von einer parlamentarischen Demokratie, daß die Auswahl der Kandidaten vom Volke kommt und nicht von einer Parteimaschine, und daß jeder Kandidat, der tatsächlich gewählt wird, auch wirklich mein Repräsentant ist, daß er mich vertritt. Das ist die Idee der Demokratie, daß ich eine Vertretung habe. Aber heute wird jemand gewählt, und dann tut er, was er will. Und man sagt: "Oh ja, in vier Jahren können wir ihn in die Wüste schicken!" Aber dann kommen zwei genauso große Übel. Also, es gibt keine Lösung: Das System der sogenannten repräsentativen Demokratie funktioniert nicht.

Wir haben eine repräsentative Demokratie nur für Routine-Sachen. Aber wenn es darum geht, wichtige Entscheidungen zu treffen, zum Beispiel, wie das Geld für den Haushalt des Landes

ausgegeben wird, dann haben wir keinen Einfluß. 50 %, 60 % des Haushalts werden ausgegeben für den Krieg, um mehr Drohnen zu bauen oder U-Boote oder Flugzeuge oder Cruise Missiles und Gott weiß was. Da geht das Geld hinein. Und hinzu kommt das Geld, das nicht direkt im Haushalt des Pentagon ist, es befindet sich im Haushalt des State Department zum Beispiel.

Auch dieser ganze Überwachungsapparat, die Ausgaben für die National Security Agency, wo werden sie gebucht? Wenn Sie das ganze Geld zusammenzählen, das für die sogenannte nationale Sicherheit ausgegeben wird, dann ist es kein Wunder, daß nichts übrig bleibt für Gesundheit oder für Schule und Ausbildung. Dafür ist kein Geld mehr da. Allerdings gibt es Menschen, die Milliardäre geworden sind, weil es in der Waffenindustrie nach wie vor sehr viel Geld zu verdienen gibt.

Wenn wir die Souveränität, das Recht und die Demokratie der Macht gegenüberstellen, dann stellen wir zudem fest, daß die Macht im Grunde genommen nicht mehr beim Staat ist. Die Macht liegt bei der Ökonomie, sie hat die Macht. Die National Security Agency (NSA) hat die Macht, die Geheimdienste, die haben die Macht. Außerdem natürlich die Finanzinstitutionen. Manche behaupten, daß Goldman Sachs die Welt regiert.

Da ist niemand verantwortlich, sie können diese Leute nicht zur Rechenschaft ziehen. Sie sind auch nicht demokratisch gewählt worden. Sie üben eine enorme Macht über Sie und mich aus, und ich kann nichts tun. Das ist leider eine Situation, die nur durch eine sehr aufgeweckte bürgerliche Gesellschaft bekämpft werden kann.

Wir müssen diese Instanzen wie die großen Finanzgiganten an der Wall Street, wie die Weltbank und die Währungsfonds unter gewisse Kontrollen bringen, etwa unter der Generalversammlung der Vereinten Nationen, und sie sollten auch vor dem Menschenrechtsrat Bericht abgeben. Es kann nicht sein, daß uns eine Gruppe von Finanzmagnaten regiert. Wir haben sie nicht gewählt. Sie üben eine Macht aus, die ihnen nicht zusteht. Die Märkte haben sie nicht entdeckt, die Märkte haben sie nicht erschaffen, die Märkte hat die Gesellschaft erschaffen. Sie sind ein Produkt von Hunderten von Jahren der bürgerlichen Gesellschaft, die das aufgebaut hat.

Diese Leute sind nur die Ausbeuter, die Parasiten, die sich gut organisiert haben und das an sich gerissen haben und das jetzt sozusagen nur für ihr eigenes Wohlergehen, aber nicht für das Wohlergehen der Bevölkerung tun.

Ein anderes Problem, das einhergeht mit dem Konzept der Macht, ist, wie diese Ikonen der Macht uns manipulieren. Wir werden manipuliert durch Angst. Das ist ein sagenhaftes Geschäft mit der Angst. Und Sie wissen, wie unfrei unsere Medien sind. Unsere Medien veröffentlichen, was sie wollen. Was ihnen nicht paßt, wird nicht veröffentlicht.

Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen wissen, daß die Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte am 12. Juli eine sehr deutliche Pressemitteilung herausgegeben hat, in der sie unter anderem gesagt hat, daß Edward Snowden das Recht auf Asyl hat, daß die Staaten aufgefordert sind, dieses Recht zu gewähren, dieses Recht zu respektieren, dieses Recht in die Tat umzusetzen, daß sie gesagt hat, daß er nicht verfolgt werden darf; denn ein Mensch, ein Whistleblower, der die Verletzungen von Menschenrechten aufdeckt, darf deshalb nicht bestraft werden - ganz im Gegenteil, dieser Mann ist kein Vaterlandsverräter, ganz im Gegenteil, er hat der Demokratie einen großen, großen Dienst erwiesen.

Das, was unsere Regierung gemacht hat und was die Arbeit der NSA bedeutet, ist eine klare Verletzung der amerikanischen Verfassung, es ist verfassungswidrig, was wir machen.

Was die bürgerliche Gesellschaft tun kann, ist demonstrieren, protestieren, verlangen, daß Elemente der direkten Demokratie bei uns eingeführt werden, daß in jenen Staaten, die die direkte Demokratie nicht kennen, die Parlamentarier die notwendigen Gesetze annehmen, so daß auch eine wichtige Gesetzgebung durch ein Referendum entschieden wird, und nicht, daß

ein paar Parlamentarier das alleine tun. Glauben Sie, daß die französische Bevölkerung in einem Referendum die gleichgeschlechtliche Ehe akzeptiert hätte?

Ich glaube es nicht. Die Idee der Adoption durch gleichgeschlechtliche Eltern - das wäre mit Sicherheit sogar mit 80 % abgelehnt worden, wenn das vor das Volk gekommen wäre. Aber weil die Befürworter wissen, daß es abgelehnt wird, wird es durch die Parlamentarier gegen den Willen des Volkes durchgesetzt - und das nennt man dann Demokratie. Das ist wirklich ein klassisches Beispiel einer Korruption von Demokratie. Natürlich kritisiert man das. Aber es passiert nichts.

Ich bin nicht der erste, der diese Problematik anpackt. Dies haben Noam Chomsky, John Pilger, Jeffrey Sachs, Arundhati Roy, David Cromwell, Marc Curtis und viele andere vor mir getan. Sie haben auch die korrekte Diagnose gegeben. Sie haben die korrekte Medizin verschrieben. Aber diejenigen, die die Macht haben, wollen keine Medizin und keine Änderung des Status quo, denn sie verdienen zu viel Geld.

Die Welt ist, wie sie ist, und es liegt an uns, die Welt zu verbessern. Stecken Sie also den Kopf nicht in den Sand. Bestehen Sie auf Ihrer Ethik, auf Ihren Werten. Ziehen Sie die Politiker und die Finanzleute - sei es in Deutschland, sei es in Frankreich, sei es in der Schweiz - zur Rechenschaft, wenn sie etwas Undemokratisches und wenn sie etwas Ungerechtes tun.

Was sind die größten Verbrechen? Sie können sich viele Verbrechen ausdenken. Aber ich möchte nur eines nennen: das Verbrechen des Schweigens. Warum sind wir in der Situation, in der wir sind? Weil die Menschen schweigen, weil die Menschen sich anpassen, weil die Menschen sich bücken, weil es einen Druck der politischen Korrektheit, einen Druck des Zeitgeistes gibt. Dann drücken sich die Menschen, sie wollen irgendwie nicht deutlich sprechen. Nun, ich kann Ihnen sagen, man kann es wagen, und man muß es wagen.

Ich schließe gerne mit einem Gedanken von Lucius Annaeus Seneca:

Nicht weil es schwer ist, wagen wir es nicht, sondern weil wir es nicht wagen, ist es schwer.

...

"Ich muß den Schweizer Bürgern sagen: Sie müssen für den Erhalt der Schweizer direkten Demokratie kämpfen. Das ist nicht nur für Sie, das ist auch ein Modell für die Welt."

Alfred de Zayas

Charta der Vereinten Nationen (Auszug)

Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele:

1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;
2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;
3. eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen;
4. ein Mittelpunkt zu sein, in dem die Bemühungen der Nationen zur Verwirklichung dieser gemeinsamen Ziele aufeinander abgestimmt werden.

Die Organisation und ihre Mitglieder handeln im Verfolg der in Artikel 1 dargelegten Ziele nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglie-

der.

2. Alle Mitglieder erfüllen, um ihnen allen die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Rechte und Vorteile zu sichern, nach Treu und Glauben die Verpflichtungen, die sie mit dieser Charta übernehmen.

3. Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.

4. Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.

5. Alle Mitglieder leisten den Vereinten Nationen jeglichen Beistand bei jeder Maßnahme, welche die Organisation im Einklang mit dieser Charta ergreift; sie leisten einem Staat, gegen den die Organisation Vorbeugungs- oder Zwangsmaßnahmen ergreift, keinen Beistand.

6. Die Organisation trägt dafür Sorge, daß Staaten, die nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind, insoweit nach diesen Grundsätzen handeln, als dies zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich ist.

7. Aus dieser Charta kann eine Befugnis der Vereinten Nationen zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören, oder eine Verpflichtung der Mitglieder, solche Angelegenheiten einer Regelung auf Grund dieser Charta zu unterwerfen, nicht abgeleitet werden; die Anwendung von Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII wird durch diesen Grundsatz nicht berührt.

Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte:

Artikel 1

1. Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

2. Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

3. Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.

Wortgleich mit Artikel 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. August 2013 (x887/...): >>Freiheit des Andersdenkenden

Ist ein Rundfunkjournalist schutzlos, wenn er von einer etablierten überregionalen Tageszeitung in einem halbseitigen Artikel als "Grenzgänger" zum "Rechtsextremismus" ausgemacht wird, weil während seiner Vortragsveranstaltung bei der alten Prager Burschenschaft Thessalia zu Bayreuth unter seinen Zuhörern jemand sein könnte, der unerwünschtes Gedankengut hat? Insbesondere wenn die "Süddeutsche Zeitung" ("SZ") dabei offen die Frage stellt, ob "so jemand", nämlich der beim "Deutschlandfunk" tätige Journalist Bernd K., für diesen Sender noch tragbar sei und nicht vielmehr gekündigt werden müsse?

Beim Vorwurf, eine "rechte Meinungstendenz" zum Ausdruck zu bringen, hört die berühmte "Zivilcourage" auf und es springt keiner für die Freiheit des Andersdenkenden ein. Auch von einer CSU hat der Journalist Bernd K. keinen Schutz zu erwarten, obwohl er sich dieser Partei nahe sieht; denn ihr Verfassungsschutz gab erst die Stichworte für den Kampf gegen Meinungspluralismus und Meinungsfreiheit.

Die bayerischen Verfassungsschützer sehen nämlich in einer gut zehn Mitglieder umfassenden Activitas der Burschenschaft Danubia eine Bedrohung für die "Verfassungsordnung", weil dort Meinungen vertreten würden, von denen man annimmt, daß sie die CSU selbst vertritt, nämlich "Liebe zum Nationalstaat".

Der von der "SZ" attackierte Bernd K. ist nämlich Mitglied der Danubia, zwar nicht bei der besagten Activitas, aber - wie zahlreiche CSU-Mitglieder - als "alter Herr" tätig. Diese burschenschaftliche Mitgliedschaft begründet dann den Vorwurf der "Grenzgängerschaft".

Immerhin sind wir im Zeitalter des Internets. Dieses verschafft dann doch die Chance, daß ein Beitrag, welcher der antipluralistischen Haltung etwa der "SZ" entgegentritt, Verbreitung findet und den ansonsten der Schweigespirale Unterworfenen damit zu Bewußtsein bringt, daß sie der freiheitsfeindlichen Haltung der Linksjournaille nicht schutzlos ausgeliefert sind.

Dieses aufgrund des Internets mögliche Gegengewicht trägt dann wesentlich zur Wahrung der Meinungsfreiheit bei. Im konkreten Fall hat sich die vom Bonner Professor Hans-Helmuth Knütter betriebene Internetseite "www.links-enttarnt.net" des Falles angenommen, genauer des Artikels des "SZ"-Sportjournalisten Sebastian Krass.

Die "SZ" trete, heißt es auf der Internetseite, für Gesinnungskontrolle und gegen den vollen politischen Pluralismus im öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem ein. Sie fände die dabei dargestellten Diskriminierungsmaßnahmen des Deutschlandfunks gegen ihren Redakteur nicht empörend, sondern bedauere, daß mangels rechtzeitiger Gesinnungskontrolle bei der Einstellung nunmehr ein "komplizierter" Fall vorliege; denn schließlich müsse ja doch das "hohe Gut der Meinungsfreiheit" mit der "Extremismusbekämpfung" abgewogen werden.

Da man unter Letzterem jedoch die Bekämpfung von unerwünschten Auffassungen verstünde, bleibe bei dieser Art von "Bekämpfung" von der Meinungsfreiheit nicht mehr allzu viel übrig, zumindest im Falle von "rechts". Und dies, obwohl das Grundgesetz garantiere, daß man eine rechte politische Auffassung haben könne.

Außerdem wende sich die vom "SZ"-Redakteur begrüßte "Extremismusbekämpfung" nicht "gegen links", was noch deutlicher mache, daß es gegen die Meinungsfreiheit gehe, nämlich um die Ausschaltung einer rechten politischen Richtung.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. August 2013 (x887/...): >>>Zypern gewährt Grundeinkommen

Nikosia - Laut Zyperns Präsident Nicos Anastasiadis wird künftig allen Bürgern seines Landes ein Grundeinkommen staatlich garantiert. Damit solle sichergestellt werden, daß jeder "das Minimum für ein würdevolles Leben in einem europäischen Land" erhalte. Neben Ernährung, Bekleidung, Strom oder Wasser sollen auch dringende Reparaturen am Eigenheim vom Staat finanziert werden.

Einen Teil der Kosten trage die Europäische Union.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. September 2013 (x887/...): >>>Negativpreis für den Duden

... Seit 1880 gilt der Duden als "maßgebend in allen Zweifelsfällen". Der Verein Deutsche Sprache (VDS) hat dem Standardwerk zur deutschen Sprache und Rechtschreibung nun seine jährlich vergebene Negativauszeichnung "Sprachpanscher des Jahres 2013" verliehen.

Grund sind die nach Ansicht des VDS zu vielen "lächerlichen Angeber-Anglizismen", die mittlerweile Eingang in das Wörterbuch gefunden hätten. Der Duden trage "wie kaum eine andere Organisation dazu bei, daß sich sprachliches Imponiergehabe im Glanze einer quasi amtlichen Zustimmung sonnen dürfe", so der Vereinsvorsitzende Walter Krämer. Die Sprachschützer vom VDS kämpfen gegen die unnötige Verdrängung der deutschen Sprache durch englische Ausdrücke.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. September 2013 (x887/...): >>>Che bleibt geehrt

UNESCO sieht Revolutionsführer als Welterbe

In diesem Sommer wurde Kuba eine überraschende Ehre zuteil. Die UNESCO, die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur, hat das "Leben und Werk" des kubanischen Revolutionsführers Che Guevara in das Weltdokumentenerbe, Memory of the World, aufgenommen.

Die UNESCO und ihre Generaldirektorin Irina Bokova begründeten die Auszeichnung damit, daß Ernesto Guevara de la Serna (1928-1967) eine herausragende Kombination von Praxis und Ideen verkörpere und das politische Denken Lateinamerikas für immer beeinflusst habe. Sein Beitrag zur revolutionären Aktion und Theorie befähigten ihn, dem Marxismus kreative, antidogmatische und humanistische Elemente beizufügen. Seine Werke und seine ethische Symbolik sind nach Bokovas Meinung von dauerhaftem Wert für jeden alternativen Prozeß des Wandels, den die Menschheit unternehme.

Die UNESCO-Entscheidung stieß umgehend auf Kritik, weil Guevara keineswegs verharmlost werden solle. Nach dem Sturz des Diktators Batista 1959 und der Besetzung der Hauptstadt Havanna ordnete Guevara persönlich die Hinrichtung von Hunderten Gefangenen, angeblichen Volksfeinden, an. Als bekennender Stalinist führte er Umerziehungslager ein. Als Industrieminister verstaatlichte der ausgebildete Arzt Industrie und Landwirtschaft und verschrieb der Insel eine Planwirtschaft, die aus Kuba ein ruiniertes Land machte. Selbst einen Atomkrieg wollte er notfalls führen.

Aus Sicht der Kritiker gibt es auch Monate nach der Entscheidung keine moralische Rechtfertigung der UNESCO, die Werke des Mörders Guevara in das dokumentarische Erbe der Menschheit aufzunehmen. Mit ihrer Entscheidung verneine die Organisation zudem ihren Grundsatz, daß der Friede, wenn er nicht scheitern soll, in der geistigen und moralischen Solidarität der Menschen verankert sein muß. Doch die UNESCO hat die Kritik bisher nicht zum Anlaß genommen, die eigene Entscheidung zu revidieren.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. November 2013 (x887/...): >>>Euro-Austritt als letzte Chance?

Frankreichs Wettbewerbsfähigkeit wird immer schlechter - Regierung kopiert Front National

Nach der deutschen Wiedervereinigung war Frankreichs damaliger Präsident François Mitterrand die treibende Kraft zur europäischen Währungsunion. Wird François Hollande, Mitterrands sozialistischer Nachfolger im Elysée-Palast, nun derjenige sein, der das Ende des Euro einläutet?

Es ist schon ein sehr besonderes Geburtstagsgeschenk, das Frankreichs Industrieminister Arnaud Montebourg dem Euro gemacht hat. Fast genau zum 20. Geburtstag des Maastricht-Vertrages, der am 1. November 1993 unterzeichnet worden war, fordert Montebourg an die Adresse der Europäischen Zentralbank (EZB), der Euro müsse "italienischer, dafür aber weniger deutsch" werden. Daß derlei den meisten Medien in Deutschland kaum eine Meldung wert war, dürfte gute Gründe haben. Montebourgs Äußerung bringt so offen wie nur selten auf den Punkt, was von dem zu halten ist, was vor 20 Jahren in Maastricht unterschrieben wurde, vor allem aber den Deutschen versprochen worden war.

Montebourgs dreiste Forderung, den Euro endgültig in eine neue Variante der schwindsüchtigen Lira zu verwandeln, ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine politische Bankrotterklärung. Frankreichs Wirtschaft hat es unter den Bedingungen der Währungsunion nicht geschafft, so wettbewerbsfähig wie die deutsche Konkurrenz zu werden.

Im Nacken sitzen dem Industrieminister und seiner Parti Socialist allerdings nicht nur die desaströse Wirtschaftslage Frankreichs. Noch entscheidender dürfte sein, daß Präsident Hollande kaum noch Chancen hat, ein zweites Mal in den Elysée-Palast einzuziehen. Von der Schwäche der Sozialisten profitiert zudem nicht der übliche Konkurrent, die gaullistische

UMP, sondern die Front National (FN). Die Partei von Marine Le Pen ist auf dem besten Weg, in Frankreich zur stärksten Partei zu werden.

Wie düster inzwischen die Aussichten für die Sozialisten sind, machen aktuelle Umfragewerte deutlich. Demnach halten 46 Prozent die FN-Chefin für den besten Herausforderer von Präsident Hollande. Weit abgeschlagen sind die Kandidaten der UMP. In den kommenden Kampf um die Macht gehen die Sozialisten freilich unter miserablen Bedingungen: Die linkspopulistische Wirtschaftspolitik Hollandes ist seit seiner Machtübernahme im Rekordtempo entzaubert worden, dazu laufen bisherige Wähler der Parti Socialist in Scharen zur FN über.

Einen Hinweis, wie die Sozialisten dem Abwärtsstrudel entkommen wollen, liefern die Vorgänge um die Abschiebung einer Roma-Familie in den Kosovo, die vom französischen Innenminister Manuel Valls durchgesetzt wurde. Während der Elysée-Palast angesichts von Protesten bereits in Panik verfallen war und die Abschiebung rückgängig machen wollte, blieb der Innenminister hart. "Die Roma-Familie habe in Frankreich nichts zu suchen, auch wenn protestierende Oberschüler das forderten", so Valls.

Die Haltung hat sich ausgezahlt: Laut einer Umfrage stimmen 65 Prozent der Franzosen der Abschiebung zu. Mit seiner Politik, die teilweise Eins-zu-Eins bei der FN abgeschaut sein könnte, wird Valls zunehmend zur treibenden Kraft im Kabinett Hollandes.

Verliert Hollandes übrige Ministerriege noch weiter an Zustimmung, ist durchaus denkbar, daß die Sozialisten noch eine weitere Anleihe bei der FN nehmen: Frankreichs Ausstieg aus dem Euro. Ein Szenario, für das inzwischen die Wortschöpfung "Frexit" (French exit) steht. Was angesichts aktueller Forderungen nach einem "italienischen" Euro derzeit noch weit hergeholt erscheint, frißt sich als Idee längst in den Kern der politischen Elite Frankreichs. Für erheblichen Wirbel sorgt derzeit etwa das Buch "Das Ende des europäischen Traumes" von François Heisbourg.

Der Grundgedanke des ehemals überzeugten Euro-Anhängers: Der Euro muß beendet werden, bevor das "Projekt EU" Schaden nimmt. Heisbourg vergleicht den Euro mit nichts weniger als einem "Krebsgeschwür", das entfernt werden muß, um die EU vor dem Untergang zu retten.

Dem Buch kommt Signalwirkung zu. Heisbourg ist kein politischer Außenseiter, sondern Teil des politischen Establishments in Paris. Der Professor war hochrangiger Mitarbeiter im Pariser Außenministerium und stand später an der Spitze der renommierten Denkfabrik "International Institute für Strategic Studies" (IISS).

Daß inzwischen nicht nur bei der FN, sondern auch bei etablierten politischen Kräften über ein Verlassen der Währungsunion nachgedacht wird, macht nicht nur im Kampf um die politische Macht in Frankreich Sinn. Ersetzt man den Begriff vom "Projekt EU" durch eine Konstante der französischen Außenpolitik, nämlich das "Droit de regard" - das angemaßte Mitspracherecht in Bezug auf Deutschland - dann ist der Euro aus Pariser Sicht auch hier gescheitert.

Von Mitterrand war der Euro dazu geplant, die deutsche Wirtschaftskraft zu schwächen. Inzwischen ist aber unübersehbar, daß Frankreich selber in der von ihm gestellten Euro-Falle gefangen sitzt.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 5. November 2013 (x1.000/...): >>"Wichtigste Personen des Jahrhunderts" unterstützen Bevölkerungsreduktion

Der Journalist Oliver Janich zeigt in seinem Buch "Das Kapitalismus-Komplott" auf, daß ab 1910 Gelder der Rockefeller-, Carnegie-, Harriman- und Kellogg-Familien in Organisationen der Eugenik-Bewegung (Eugenik: Bevölkerungsreduktion und -selektion) flossen. Diese ist unter anderem von der Annahme geleitet, "daß diejenigen an der Spitze der sozialen Leiter ihre rassische Überlegenheit bewiesen hätten, während die am unteren Ende biologisch nicht

die Voraussetzungen aufwiesen, Erfolg zu haben".

Auch heute noch, so Janich, unterstützen die Rockefellers und andere einflußreiche Personen wie z.B. die Milliardäre Bill Gates und Warren Buffet Organisationen dieser Bewegung, die sich heute meist als wohltätig ausgeben. Ein Beispiel dafür ist z.B. Planned Parenthood (deutscher Zweig: pro familia), eine Organisation, die für Abtreibung, Verhütung und Sterilisation eintritt und von Margaret Sanger gegründet wurde. Sanger wird als Heldin der Frauenbewegung gefeiert und von dem Magazin Life sogar als eine der "wichtigsten Personen des Jahrhunderts" hervorgehoben.

In Wahrheit, so legt Janich überzeugend anhand von Auszügen aus ihren Werken dar, war Sanger eine Eugenikerin, die z.B. für Zwangssterilisation eintrat. In einem ihrer Bücher bezeichnete sie bestimmte Bevölkerungsgruppen als "menschliches Unkraut" und Idioten, die es nicht verdienten, Kinder zu haben. Jeder, der "arm" sei, und Menschen mit "nicht normalen" Kindern sollten ihrer Meinung nach sterilisiert werden.

Hier verbirgt sich unter dem Deckmantel von Wohltätigkeit und Fortschritt ein grausamer Angriff auf unsere ungeborenen Kinder - finanziert und gefördert von "wichtigsten Personen" unserer Zeit.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. November 2013 (x887/...): >>NSA-Affäre: Trotz Unmuts will Berlin das Verhältnis zu den USA nicht überdenken

Die Schieflage in der Beziehung zwischen Deutschland und den USA ist vor allem im deutschen Selbstverständnis begründet.

Einer peinlichen Situation begegnet man am besten durch ein schnelles, resolutes Wort. So ließ sich Kanzlerin Angela Merkel im Bunde mit ihrem mutmaßlichen Koalitionspartner SPD nicht viel Zeit, um klarzustellen: Kein Asyl für Edward Snowden in Deutschland, aus rechtlichen Gründen und wegen der "überragenden Bedeutung der transatlantischen Beziehungen".

Auf diese "Beziehungen" fällt nach Snowdens Enthüllungen indes ein fahles Licht: Unter Bruch deutschen Rechts haben US-Spitzel Millionen Deutsche bis hin zur Kanzlerin zum Spionage-Objekt gemacht. Empörung darüber beantworteten amerikanische Offizielle gar nicht oder mit einem Achselzucken: So sei das eben, das machten doch alle so.

Ebenso "normal" ist es allerdings, daß man Überläufern, die dem Ausgespähten verraten, was die andere Seite bei ihm getrieben hat, Schutz gewährt. Doch das soll nun plötzlich nicht mehr gelten.

Kurz gesagt: Den USA ist es erlaubt, Deutschland wie jedes beliebige Land der Welt zu trak-
tieren und entsprechend Staat, Volk und Wirtschaft auszuspionieren. Andersherum aber verpflichtet sich Berlin, die USA als "überragenden" Verbündeten zu behandeln und eben nicht als Staat wie jeden anderen.

Diese Schieflage der Beziehungen ist nun jedem Deutschen unter die Nase gerieben worden, und das ist gut so. Denn vielleicht ringt sich nun der eine oder andere zu der Frage durch, wie es zu diesem Herr- und Vasall-Verhältnis kommen konnte. Der verlorene Krieg? Zu lange her. Die geringe Größe Deutschlands? Viel kleinere, schwächere Länder pochen erfolgreicher auf ihre Souveränität.

Den eigentlichen Grund für die schmachliche Position Deutschlands offenbarte die Snowden-Debatte selbst: Gerade die, die jetzt besonders laut die nationale Souveränität und Selbstbehauptung der Deutschen einklagen, verteufeln derlei Forderungen an anderer Stelle als "rückwärtsgewandten Nationalismus".

Sie können nationale Hoheit nicht schnell genug an Europa, ja die ganze "Weltgemeinschaft" loswerden und weigern sich, Bundeswehr und Auslandsgeheimdienst die Mittel zu geben, die nötig wären, um nicht mehr nur Trittbrettfahrer der USA zu sein. Hans-Christian Ströbele und Gregor Gysi handeln aus Haß auf die USA, nicht aus dem Gefühl vaterländischer Verpflichtung.

tung. Sie fordern Richtiges aus falschem Grund. Union und SPD wiederum sehen Deutschlands Vasallenrang als unabänderliches Schicksal an.

Diese Grundhaltungen müssen erst geändert werden, bevor man sich in Berlin ernsthaft daran machen kann, die deutsche Souveränität auf ein angemessenes Niveau zu heben. Echte Souveränität muß zuallererst wirklich gewollt werden. Sie muß von innen kommen, nur dann hat sie auch eine Chance, draußen respektiert zu werden.<<

Egon Bahr, von 1972-1976 SPD-Bundesminister, erklärte am 7. November 2013 während eines WDR-Monitor-Interviews (x357/9): >>Es wäre langsam an der Zeit, daß einmal grundsätzlich geklärt wird: Welche Relikte aus der Besatzungszeit gelten immer noch? Die deutsche Souveränität ist ja 1955 erklärt worden, aber sie war gleich null, ... und das, was dann 1990 draufgesetzt worden ist, hat das auch noch nicht grundsätzlich verändert."<<

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 12. November 2013 über Karlheinz Deschners Lebenswerk "Kriminalgeschichte des Christentums": >>**Karlheinz Deschner beendet Lebenswerk**

Das Lebenswerk des Karlheinz Deschner: Flutlicht in die Abgründe der Kirchengeschichte

Er ist extrem hart mit den christlichen Kirchen ins Gericht gegangen, bewußt einseitig und nicht immer ganz wissenschaftlich.

Aber es ging Karlheinz Deschner auch nie um Ausgewogenheit, sondern darum, Dinge ans Licht zu holen, die viele Christen lieber im Dunklen gelassen hätten. Nun hat er, soweit es in seiner Macht stand, sein Lebenswerk abgeschlossen.

Karlheinz Deschner - der Name ist unter jüngeren Menschen kaum noch bekannt. Seine Arbeiten haben in den vergangenen zwanzig Jahren nur noch wenig Aufregung hervorgerufen. Das war einmal anders. Früher einmal hat Deschner Begeisterung, Ablehnung oder sogar Zorn ausgelöst. Und für manche Menschen waren seine Bücher fast schon eine Art Offenbarung.

Davon ist heute nicht mehr viel zu spüren. Und das ist tatsächlich eine gute Nachricht. Denn sie hängt indirekt damit zusammen, daß es für die meisten Menschen in unserer Gesellschaft heute selbstverständlich ist, daß nichteheliche Kinder und Ehen ohne Trauschein keine Schande sind, daß Homosexualität nicht strafbar ist, Vergewaltigung in der Ehe aber schon; und daß heute ungetaufte und konfessionslose Kinder in Schulen einen Ethikunterricht besuchen können, in denen Kruzifixe abgehängt werden, wenn Eltern das fordern.

Deschners Arbeit hat einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung hin zu unserer weitgehend toleranten, liberalen und aufgeklärten Gesellschaft geleistet. Denn der Germanist und Privatgelehrte hat den größten Teil seines Lebens einem fast einsamen Kampf gegen einen mächtigen Gegner gewidmet. Ein Gegner, der diese Entwicklung zu bremsen versucht hat, wo es geht. Ein Gegner, der darüber hinaus den Anspruch hat, die wichtigste moralische Instanz der Welt zu sein.

Gemeint sind die Kirchen - die katholische Kirche genauso wie die evangelische und alle anderen christlichen Kirchen überhaupt. Und was Deschner getan hat, war, genau diesen moralischen Anspruch nicht nur in Frage zu stellen, sondern weitgehend ad absurdum zu führen. Die Kritik, die die Kirche durch Deschner erfahren hat, hat seit den frühen sechziger Jahren die moralische Autorität, mit der Päpste, Kardinäle, Bischöfe und Priester auftreten konnten, untergraben - und zwar schlimmer, als es jeder Mißbrauchsskandal konnte. Denn die Verbrechen von Priestern gegen Kinder konnte die Kirche immer auf die Schwäche einzelner Vertreter ihres Glaubens schieben. Deschner aber legte die Axt an die Wurzeln der Kirche.

Von den Wurzeln bis zu den Auswüchsen

Anders als die meisten Autoren, die in Deutschland nach dem Krieg Bücher über die Kirche veröffentlichten, konzentrierte sich der Ex-Katholik Deschner auf Fragen wie die, wer das "Buch der Bücher" eigentlich tatsächlich verfaßt und wer bei wem abgeschrieben hat. Wer in

der jungen, ursprünglich jüdischen Sekte welche Rolle gespielt und die Weichen gestellt hat - und warum. Welche Aspekte der christlichen Religion aus anderen Glaubensvorstellungen der Antike übernommen wurden.

Und er ging der Frage nach, wie es den Kirchenvätern und -führern gelungen war, über die Jahrhunderte den Eindruck eines über alle Zweifel erhabenen, einheitlichen Gebildes zu vermitteln - trotz aller Konflikte zwischen den Strömungen innerhalb der Kirche, trotz aller Widersprüche im Glauben und bei der Interpretation der Heiligen Schriften bei den Gläubigen und trotz der Spaltungen und Abspaltungen von Konfessionen. Und so stellte er den Anspruch der Kirche in Frage, ihre Legitimation und Lehren direkt auf einen Gott zurückzuführen.

Mit diesem Ziel tat Deschner nicht mehr und nicht weniger, als mit ungeheurem Fleiß Informationen über die Entstehung der Bibel und die Geschichte der Christenheit zu sammeln und in populärwissenschaftlichen Büchern lesbar zusammenzufassen - Informationen, die von etlichen Theologen und Historikern aus den vergangenen Jahrhunderten stammen.

1962 veröffentlichte Deschner sein erstes kirchenkritisches Werk "Und abermals krähte der Hahn". "25.000 Arbeitsstunden in fünf Jahren" hatte er seinem späteren Lektor bei Rowohlt, Hermann Gieselbusch, zufolge für das 700-Seiten-Buch investiert. Der Verlag Paul List, bei dem Deschner unter Vertrag stand, kündigte denselben aus Angst um den Absatz seiner Schulbücher in Bayern. Das Buch erschien dann in einem anderen Verlag, gefolgt von weiteren kritischen Werken.

Die Kirchen und die meisten großen Medien wie die *Zeit* oder die *Süddeutsche Zeitung* ignorierten das Werk anfänglich. Andere wie *Welt* und *Spiegel* brachten Verrisse. Besonders häufig wurde Deschner einseitiges und unwissenschaftliches Arbeiten vorgeworfen. So hieß es 1963 im *Spiegel*, Deschner hätte "auch obskure Quellen zitiert, solange sie nur ausreichend antiklerikal klingen".

1971 mußte Deschner wegen Kirchenbeschimpfung in Nürnberg vor Gericht - es kam zum Vergleich, das Verfahren wurde eingestellt. Deschner wurde nicht verurteilt - und auch nicht demotiviert. Vielmehr beschloß er, ein Buch allein über die Verbrechen, die von Kirchenvertretern oder im Namen der Kirche verübt wurden, zu schreiben.

"Ich möchte das Werk zu einer der größten Anklagen machen, die je ein Mensch gegen die Geschichte des Menschen erhoben hat", beschrieb er im Exposé für Rowohlt seinen Anspruch. Es wurden anstelle des einen, eher kurzen Buches, das ursprünglich geplant war, insgesamt fast 5.900 Seiten und etwa 100.000 Quellenangaben, verteilt auf zehn Bände, von denen der erste 1986 veröffentlicht wurde: Die "Kriminalgeschichte des Christentums".

Im Frühjahr 2013 ist der zehnte Band erschienen, er gilt offiziell als Abschluß des "längsten Krimis der Welt", wie Hermann Gieselbusch es formulierte. Und schon lange sind Deschners Kritiker nur noch leise zu hören. Denn seine Quellen - auch wenn es sich häufig "nur" um Sekundärquellen handelt und manches durchaus auch angezweifelt werden darf, sind zum großen Teil doch zu solide, die Belege zu zahlreich und meist zu gut, um ihn nicht ernst nehmen zu müssen.

Der Unrat in der Heilsgeschichte

Auch etliche Theologen und Historiker waren und sind beeindruckt von Deschners Akribie. Und warum eigentlich, fragte unlängst der katholische Theologe Bernhard Lang in der *FAZ*, gilt es in akademischen Kreisen als unfein, Deschners Namen zu nennen? Deschner wende sich schließlich nicht "an Historiker, sondern an Leser, denen die Geschichte des Christentums als eine von Unrat freie Heilsgeschichte vermittelt worden ist".

Selbst wenn also der Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit nicht ganz unberechtigt sein mag: Deschner richtete ein Flutlicht in die finstersten Abgründe der Geschichte der Christenheit - in jene Abgründe, um die die Gläubigen und Religionsführer lieber einen großen Bogen schlagen.

Genau deshalb geht auch der Vorwurf der Einseitigkeit ins Leere. Deschner hat Verbrechen und Lügen, die im Namen der christlichen Religion verübt wurden, zusammengetragen, über die sonst weitgehend geschwiegen wurde. "Wer andere Seiten sehen will, lese andere Bücher", prochristliche Literatur gebe es wie Sand am Meer, schrieb Deschner selbst bereits in der Einleitung zur "Kriminalgeschichte".

Und so sammelt er, was es zu finden gab, nicht nur über Bekanntes wie die Aufrufe zu den Kreuzzügen, die Inquisition und Hexenverbrennungen oder die Rolle der Kirche beim Massenmord an den indigenen Völkern Süd- und Mittelamerikas. Man erfährt auch vieles, was der Allgemeinheit zuvor kaum bekannt oder bewußt war.

Deschner erinnerte an die Ermordung angeblicher Ketzer, an die Pogrome an den Juden in Europa und an die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen zwei oder sogar drei (Gegen-)Päpsten im 14. und 15. Jahrhundert.

Er erinnerte an die Angriffe der christlichen Deutschordensritter auf die eigentlich schon christianisierten Slawen in Mittel- und Osteuropa und an die Weigerung des Vatikans, den Westfälischen Frieden anzuerkennen, der den Dreißigjährigen Krieg beendete. An die blutige Verfolgungen derjenigen ohne den rechten Glauben, die etwa unter Prinz Eugen von Savoyen - dem "Bewahrer der Christenheit" - stattfanden. Oder an die Seite Martin Luthers, an die Protestanten nicht so gern denken: Seine Aufrufe zum Niederbrennen von jüdischen Synagogen und zum Kampf gegen die aufständischen Bauern.

Doch mit dem zehnten Band der Reihe konnte Deschner die Kriminalgeschichte nicht wirklich abschließen. Das Buch handelt vom 18. Jahrhundert und liefert einen "Ausblick auf die Folgezeit". Mehr Bücher zur Kirche wird es von Deschner nicht geben. Der 89-Jährige kann sich die weitere anstrengende Arbeit nicht mehr zumuten, genau wie sein zeitweilig größter Gegner, Kardinal Josef Ratzinger, der als Papst Benedikt XVI. zurückgetreten ist. Es gibt also eine große Lücke zwischen dem zehnten Band der "Kriminalgeschichte" und der Gegenwart.

Aber: Diese Lücke läßt sich mit einem Buch schließen, das ebenfalls von Deschner stammt: "Die Politik der Päpste".

Ursprünglich war das Werk bereits 1982/83 in zwei Bänden erschienen als: "Ein Jahrhundert Heilsgeschichte. Die Politik der Päpste im Zeitalter der Weltkriege".

Nun steht es in einer aktualisierten Fassung zur Verfügung. Es ist gewissermaßen der inoffizielle elfte Band der "Kriminalgeschichte des Christentums". Hier stellt Deschner ausführlich die Versuche der Päpste Pius XI. und Pius XII. dar, so mit dem Faschismus in Europa umzugehen, daß die katholische Kirche möglichst wenig Schäden davontrug.

So wurden die Diktatoren Hitler, Mussolini und Franco lange Zeit wo nicht gar hofiert, so doch immer wieder mit Wohlwollen bedacht und kaum kritisiert. Immerhin wurde der Faschismus vom Vatikan als Bollwerk gegen den atheistischen Kommunismus betrachtet und von vielen Kirchenvertretern ganz klar begrüßt - obwohl in Deutschland schließlich etliche Priester Opfer der Nazis wurden.

Bis zu Johannes Paul II. hat Deschner seine Kritik noch zusammengetragen. Dann aber war Schluß. Zum neuen Papst Franziskus immerhin konnte er noch einen Kommentar abgeben: "Gewiß wird jeder Papst seine Rolle etwas anders spielen, aber jeder Papst spielt dieselbe Rolle - und einstweilen spielt die Welt auch noch mit."

Die jüngste Entwicklung beschreibt ein anderer

Beachtenswert ist das Buch nicht nur, weil es Deschners Lebenswerk abschließt. Da Deschner nicht mehr in der Lage war, selbst noch die Politik der Päpste Johannes Paul II. und Benedikt XVI. abschließend darzustellen, hat er Michael Schmidt-Salomon gebeten, dies zu tun. Der Philosoph und ebenfalls bekannte Kirchenkritiker hat dem Vorbild Deschners folgend deren Politik äußerst kritisch unter die Lupe genommen. Im Nachwort des Buches geht Schmidt-Salomon vor allem auf ihre Strategie ein, den jüngeren Entwicklungen in den modernen Ge-

sellschaften in ihrem Sinne zu begegnen.

So hat er etwa die Bemühungen Ratzingers untersucht, auf die Erkenntnisse der Wissenschaft zur Evolution und Entstehung des Menschen zu reagieren. Solche Analysen, nach denen man in der Literatur und den Medien sonst sehr mühsam suchen muß, führen ihn zu dem Schluß: "Wenn er gekonnt hätte, wie er wollte, hätte der deutsche Papst das Rad der Geschichte so weit zurückgedreht, daß von den Errungenschaften der Moderne nur noch wenig übrig geblieben wäre."

Schmidt-Salomons Nachwort führt Deschners Werk zwar inhaltlich zum endgültigen Abschluß. Aber er hat darauf verzichtet, sich auch an Deschners Sprache zu orientieren. Das ist gut so. Denn die Ausdruckskraft Deschners ist dort, wo er kommentiert, eine ganz eigene Sache.

"Wo sonst gibt es diese atemverschlagende Mischung von Wolfsgeheul und Friedensschalmei, Weihnachtsbotschaft und Scheiterhaufen, von Heiligenlegende und Henkersgeschichte! Wo sonst dies allumfassende Liebespalaver und den praktisch alles verschlingenden Haß! Wo sonst eine Religion, die aus Liebe tötet, aus Liebe foltert, aus Liebe raubt, erpreßt, entehrt, ver-teufelt und verdammt!", faßte er die Kirchengeschichte im zehnten Band der "Kriminalgeschichte" zusammen. "Ja, es muß ein eigentümliches Vergnügen sein, von Jahrhundert zu Jahrhundert im Blut der Menschen zu schwimmen und Halleluja zu rufen! Es muß ein eigentümliches Vergnügen sein, fast zwei Jahrtausende hindurch zu lügen, zu fälschen und zu täuschen."

Bei aller Kritik, die sich an Deschner üben läßt: Seine Bücher sind für alle, die sich für die Kirche interessieren, für Gläubige genauso wie für Atheisten, ein wichtiges Hilfsmittel, um sich ein Bild zu machen. Man muß Deschner und Schmidt-Salomon nicht in allem folgen, man kann ihnen sogar einmal mehr Einseitigkeit vorwerfen. Aber wo die Fakten für sich sprechen, sollten sie zur Kenntnis genommen werden.

Karlheinz Deschner: Die Politik der Päpste - Vom Niedergang kurialer Macht im 19. Jahrhundert bis zu ihrem Wiedererstarken im Zeitalter der Weltkriege. Alibri Verlag. Mit einem Nachwort von Michael Schmidt-Salomon. 1.231 Seiten ...

Karlheinz Deschner: Kriminalgeschichte des Christentums. Band 10. Rowohlt. 320 Seiten ...<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 18. November 2013: >>US-Geheimdiensttätigkeiten Wie souverän ist Deutschland?

Die Recherchen zum geheimen Krieg der USA zeigen: Auf deutschem Boden existieren offenkundig zwei Staatsgewalten - die deutsche und die amerikanische. Wenn die Deutschen das Schalten und Walten der US-Geheimdienste tolerieren, akzeptieren, respektieren, wirft das die Frage nach ihrer Souveränität auf.

Moderne Staaten haben sich der Könige entledigt, aber nicht der Souveränität, so sagt der deutsche Europarechtler und Rechtsphilosoph Ulrich Haltern. Aber was bedeuten Souveränität und Selbstbestimmung heute? Ist Souveränität nur noch ein Habitus, eine Art von staatsmännischer Gelassenheit? Ist es also souverän, wenn es die Bundesregierung hinnimmt, daß die USA von deutschem Boden aus Krieg führen? Ist es souverän, wenn die Bundesanwaltschaft dabei zuschaut? Ist es souverän, daß die deutschen Staatsgewalten das geheimkriegerische Schalten und Walten der Amerikaner tolerieren, akzeptieren, respektieren?

Ist Souveränität die Gabe der deutschen Autoritäten, das alles zu ertragen, was derzeit in der *Süddeutschen Zeitung* und dem NDR ('Der geheime Krieg') an Merk- und Denkwürdigkeiten beschrieben wird - weil es nur um den Preis größter Aufregung und eines Zerwürfnisses mit der Weltmacht und dem Nato-Partner USA zu ändern wäre? Wenn dies Souveränität ist, würde das bedeuten: Souverän ist, wer vergißt, was nur schwer zu ändern ist. Das wäre dann eine sehr souveräne Insouveränität.

Wer ist der Souverän? In der Demokratie ist der Souverän nicht ein König, sondern das Volk. So steht als Kernsatz auch im Grundgesetz: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus", heißt es dort in Artikel 20. Das Volk ist in der Demokratie das Subjekt, in dem Recht und Macht zusammenfallen. Aber jedenfalls das deutsche Volk und die deutsche Volksvertretung wissen nichts oder fast nichts davon, daß von Deutschland aus US-Drohnen gesteuert werden, daß hier eine US-Logistik zur Folterung und Exekution von Menschen sitzt; schon gar nicht haben sie das gebilligt.

Ist es mit der Souveränität womöglich so wie mit der Wirtschaft, hat sie sich globalisiert? Wenn es so wäre, dann könnte das ja nicht nur eine einseitige Angelegenheit sein - dann müßte es nicht nur US-Staatsgewalt in Deutschland geben, sondern deutsche Staatsgewalt auch in den USA, so wie es dort (oder in China oder in Rußland) deutsche Autos gibt. Souveränität hat sich nicht globalisiert. Sie sieht allerdings ganz anders aus als früher.

Es hat einen Entstaatlichungsprozeß gegeben - das bekannteste Kürzel dafür heißt Europäische Union. Die Nationalstaaten sind von dem dichten Geflecht einer EU-Rechts- und Quasi-Verfassungsordnung umgeben, dazu auch noch von vielen internationalen Vertragswerken eingehüllt.

Die Staatsrechtler und die Politikwissenschaftler reden daher von 'offenen Staaten' und von einer 'Welt jenseits des Staates'; sie konstatieren eine Postnationalisierung des Verfassungsrechts, sie reden von einem europarechtlich überlagerten Grundgesetz und einer relativierten Staatlichkeit. Mit dieser relativierten Staatlichkeit ringt auch das Bundesverfassungsgericht in jeder seiner Euro-Entscheidungen: Wieviel Hoheit braucht der Staat, um noch als Staat zu existieren?

Der Nationalstaat ist nicht tot, aber entzaubert. Das ist, angesichts der blutigen Geschichte dieser Nationalstaaten, gewiß nicht schlecht. Die Exzesse einer fast mystisch aufgeladenen Staatlichkeit hatten sich im alten, klassischen Konzept von Souveränität niedergeschlagen. Heute sind Deutschland und Co weit entfernt von der absoluten Befehls- und Selbstbestimmungsmacht, von der "summa soluta potestas" - die einst, im 16. Jahrhundert, der Staatstheoretiker Jean Bodin als den Inhalt von Souveränität beschrieben hat. Die modernen Staaten, die in Europa zumal, haben Teile ihrer Herrschaftsgewalt delegiert und dafür die Möglichkeit erhalten, internationale Politik und internationales Recht zu gestalten.

Mit diesem neuen Konzept ist aber das rigorose Schalten und Walten der USA in Deutschland kaum zu erklären. Dieses Schalten und Walten legitimiert sich allenfalls zum Teil durch Verträge, also durch das souveräne Verhandeln zweier Staaten. Die Legitimation der US-Militär- und Geheimdienstlogistik in Deutschland besteht offenbar auch in ihrer schieren Existenz. Muß man das - mit Carl Schmitt, dem umstrittensten Staatsrechtslehrer des 20. Jahrhunderts - einfach als Faktum respektieren? Carl Schmitt hat in seiner Verfassungslehre geschrieben: "Was als politische Größe existiert, ist, juristisch betrachtet, wert, daß es existiert."

Es existieren offensichtlich zwei Staatsgewalten in Deutschland: erstens die deutsche, und zwar in der Gestalt, die ihr die EU- und andere Verträge gegeben haben; daneben zweitens die US-amerikanische, in nicht genau bekannter Form. Mit zwei nebeneinander existierenden Macht- und Herrschaftssystemen gibt es freilich in Deutschland reiche Erfahrungen: Jahrhunderte lange waren das zuerst Kaiser und Papst, dann Staat und Kirche.<<

Herbert Ludwig berichtete am 22. November 2013 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Europäische Union (x903/...): >>Hintergründe der "europäischen Integrationsbewegung"

Am Beginn der sogenannten europäischen Integrationsbewegung stehen zwei besonders einflußreiche Gestalten: Der Österreicher Richard Graf Coudenhove-Kalergi (1894-1972) und der Franzose Jean Monnet (1888-1979).

I.

Coudenhove-Kalergi trat schon 1922 mit seiner Pan-Europa-Idee hervor, die er 1924 in einem Buch publizierte. Darin propagierte er die "Vereinigten Staaten von Europa", einen zentralen Bundesstaat, der von einem neuen geistigen Adel geführt werden sollte. Im selben Jahr gründete er die Paneuropa-Union, um dieses Ziel organisatorisch zu verfolgen. Das traf offenbar in Amerika auf ähnliche Gedanken. So wurde er nach eigenen Angaben schon 1924 auf Anregung von Louis Rothschild von den Finanzmagnaten Max Warburg "mit 60.000 Goldmark zur Ankurbelung der Bewegung während der drei ersten Jahre" unterstützt. Durch dessen Vermittlung traf er sich in Amerika mit den Finanziers Paul Warburg und Bernhard Baruch. ("Ein Leben für Europa", Seite 124-125)

In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie: weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)

Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23).

Im April 1948 lud Kalergi in New York zu einem Kongreß ein, auf dem das American Committee for a United Europe (ACUE) gegründet wurde. Geschäftsführer wurden die berühmten US-Geheimdienst-Bosse: William "Wild Bill" Donovan und Allan Dulles. Die Finanzierung übernahmen die Ford Foundation, die Rockefeller-Stiftung und weitere regierungsnahe Unternehmensgruppen.

Das Committee unterstützte die *Europäischen Bewegung*, die im Juli 1947 von Winston Churchill und Duncan Sandys initiiert wurde und vom 7. bis 11. Mai 1948 den Haager Europa-Kongreß in Den Haag veranstaltete, an dem unter dem Vorsitz Churchills über 700 Delegierte aus ganz Europa und Beobachter aus den USA und Kanada teilnahmen.

Damit gelang die entscheidende Weichenstellung für die Gründung der Europäischen Bewegung. Man arbeitete an einem Entwurf für eine Verfassung der *Vereinigten Staaten von Europa* und gründete 1948 durch den Vertrag von London den Europarat, eine internationale europäische Organisation von heute 47 Staaten, in der wiederum Kalergi einen großen Einfluß ausübte.

Das American Committee for a United Europe (ACUE) war bis in die 1960er-Jahre ein wichtiger Geldgeber der *Europäischen Bewegung* (50 %), der *Union Europäischer Föderalisten (UEF)* und besonders deren *European Youth Campaign* (100 %). Damit konnte Einfluß auf die Führer der "Europäischen Bewegung" Robert Schuman, Paul-Henri Spaak und Józef Retinger genommen werden (s. alle Nachweise bei Wikipedia)

Das ist der Humus der hauptsächlichsten internationalen Organisationen, welche die heute bis zur EU entwickelte europäische Integrations-Organisation in Gang gebracht haben, weiter begleiten, fördern, unterstützen und vorantreiben. Ein kleines Beispiel: 2012 wurde überraschend der Friedensnobelpreis an die EU verliehen, offenbar wegen des "friedenstiftenden" Euros, der in immer mehr EU-Staaten die Menschen verzweifelt auf die Straßen und die Völker auseinander treibt.

Ein englischer Kritiker meinte, warum sie nicht auch noch wegen der großartigen "Euro-Rettungspolitik" den Wirtschaftsnobelpreis erhalten habe. Wie kam es zu dieser Preisverleihung? Der Vorsitzende des Nobelpreiskomitees, der Norweger Th. Jagland, ist gleichzeitig Generalsekretär des "Europarates", also der großen europäischen, von amerikanischen Geheimdiensten mitfinanzierten EU-Förderorganisation, die so eng mit ihr verbunden ist, daß sie dieselbe Flagge und Hymne verwendet. Die EU hat sich also, dank CIA, den Friedensnobelpreis quasi selbst verliehen.

Winston Churchill hatte schon 1946 in einer Rede an der Universität Zürich vor Studenten "eine Art Vereinigte Staaten von Europa" gefordert, d.h. er las ein Manuskript vor, das Kalergi für ihn geschrieben hatte (s. Wikipedia). Am 14.5.1947 verriet Churchill in einer Rede in London noch tiefere angloamerikanische Ziele mit Europa:

Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, daß die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstelle. Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben. Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles. (Speeches of Winston Churchill, New York 1974)

Hier klingt auf, was sonst mehr verklausuliert unter dem Namen "Neue Weltordnung" als "Eine Welt" angestrebt wird und überall da bemerkbar ist, wo die Völker "durch ein immer engmaschigeres Netz multilateraler Vertragssysteme und Organisationen aneinander gebunden und auf das je spezifische Regelwerk festgelegt" werden. (Manfred Kleine-Hartlage: "Neue Weltordnung - Zukunftsplan oder Verschwörungstheorie?", S. 13) Solche Organisationen sind die UNO, der IWF und die Weltbank, Nato, Internationaler Strafgerichtshof usw. und eben die EU, um die bisher hauptsächlichen zu nennen.

II.

Die zweite der einflußreichsten Gestalten, Jean Monnet, stand ähnlich wie Kalergi zeit seines Lebens unter dem Einfluß führender britischer und amerikanischer Kreise. Er war "ein Erfinder und Lenker von Institutionen einer übernationalen Zusammenarbeit" und "ein Zentrum (insbesondere) angelsächsischer Einflußnahme auf dem Kontinent". (Andreas Bracher: Europa im Amerikanischen Weltsystem, Basel 2001, S. 81).

Während des ersten Weltkrieges koordinierte er nach Wikipedia maßgeblich "die kriegswirtschaftliche Güternachfrage und -logistik der westlichen Alliierten." 1919 findet man Monnet in der französischen Delegation in Versailles.

Von 1919 bis 1923 ist er stellvertretender Generalsekretär beim Völkerbund in Genf, der - in Versailles gegründeten - Vorläuferorganisation der heutigen UNO. In den 20er und 30er Jahren ist er in führenden Stellungen in amerikanischen Banken tätig, gründet auch selbst in New York eine Investmentbank, die, wie andere amerikanische Banken auch, Geschäftsbeziehungen mit Hitler-Deutschland unterhielt.

1938 wechselt er wieder in die gleiche Rolle wie im ersten Weltkrieg: Er beschäftigt sich mit den alliierten Vorbereitungen für den drohenden Krieg. Nach der deutschen Eroberung Frankreichs 1940 "wird er von Churchill nach Washington geschickt, um Rüstungseinkäufe zu tätigen. Dort wird er praktisch in die Regierung übernommen und eine der entscheidenden Figuren bei dem Unternehmen, die Maschine in Gang zu bringen, die den Krieg gewinnen sollte", wie Monnet selbst in seinen Memoiren schreibt (Bracher S. 83).

Nach dem Krieg gehen auch von Monnet entscheidende Initiativen zur europäischen Einigung aus. Von ihm stammt der Plan zur Schaffung einer übernationalen Behörde, die die Stahlindu-

strien Westeuropas, also auch Deutschlands verwalten und kontrollieren sollte. Der Plan wurde 1950 als Schumann-Plan bekannt, stammte aber von Monnet.

Das neue Gebilde, die "Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl", war der entscheidende Keim der heutigen Europäischen Union. Er war von vornherein als voller Staat angelegt: mit einer Exekutivbehörde, einem Parlament und einem Gerichtshof. Von 1953 bis 1955 war Monnet der erste Präsident.

1955 gründet er, teilweise vom CIA finanziert, das "Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa". Es "blieb der Öffentlichkeit zwar weitgehend verborgen, war aber bis zu seiner Auflösung 1975 das wohl wichtigste Zentrum, von dem aus jenes Unternehmen vorangetrieben wurde, dem sich Monnet verschrieben hatte: der europäische Einheitsstaat." (Bracher, S. 84) So wird Monnet von 1950 bis weit in die sechziger Jahre hinein das "eigentliche intellektuelle und politische Zentrum der europäischen Einigungsbemühungen", wofür er mit dem Titel "Vater eines vereinten Europa" bedacht wurde (S. 80).

Zwei Bewunderer von Monnet, Merry und Serge Bromberger, legten in ihrem Buch: "Jean Monnet und die Vereinigten Staaten von Europa" seinen Plan dar:

"Allmählich sollten die supranationalen Behörden, die vom Europäischen Ministerrat in Brüssel und dem Europaparlament in Straßburg überwacht werden, die gesamte Politik des Kontinents bestimmen. Der Tag würde kommen, da die Regierungen gezwungen wären, zuzugeben, daß ein integriertes Europa eine vollendete Tatsache ist, ohne daß sie bei der Festlegung seiner Grundlagen auch nur das Geringste zu sagen hätten. Alles, was ihnen noch bliebe, wäre, ihre sämtlichen autonomen Institutionen zu einer einzigen Bundesverwaltung zu verschmelzen und dann die Vereinigten Staaten von Europa zu verkünden."

Laut Focus 34/ 2010 sagte Monnet:

"Europas Länder sollten in einen Superstaat überführt werden, ohne daß die Bevölkerung versteht, was geschieht. Dies muß schrittweise geschehen, jeweils unter einem wirtschaftlichen Vorwand."

Dieses Ziel haben seine Genossen und Nachfolger nie aus dem Auge verloren - bis heute.

Aus den *Erinnerungen* von Hans-Dietrich Genscher geht hervor, daß die Fortführung der europäischen Integration zu einem Bundesstaat zu den Bedingungen der USA für eine Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung 1989 gehörte.

In genau der Linie Monnets liegt auch, wie Jean-Claude Juncker laut Spiegel 52/1999 seinen EU-Kollegen die richtige demokratische Vorgehensweise erklärte:

"Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

Das Ziel europäischer Bundesstaat war der europäischen Integrationsbewegung also von Anfang an immanent. Darauf weist auch das Bundesverfassungsgericht in einem historischen Abriß seines "Lissabon-Urteils" vom 30. Juni 2009 deutlich hin:

"Bestrebungen richteten sich auf die Gründung Vereinigter Staaten von Europa und die Bildung einer europäischen Nation. Man wollte mit einer Verfassung den europäischen Bundesstaat begründen. ... Der Idee der Verfassung für die Vereinigten Staaten von Europa standen von vornherein kräftige nationalstaatliche Orientierungen gegenüber... Mit der Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und dem Scheitern der Europäischen Politischen Gemeinschaft wurde deutlich, daß sich der europäische Bundesstaat nicht direkt verwirklichen ließ. ..."

Über eine möglichst weitgehende wirtschaftliche Verflechtung über einen gemeinsamen Markt sollte die praktische Notwendigkeit politischer Vergemeinschaftung herbeigeführt werden, und es sollten Handels- und Wirtschaftsbedingungen entstehen, die eine politische, auch

außen- und sicherheitspolitische Einheit dann als allein folgerichtig erscheinen lassen würden...."

Zu diesen Wirtschaftsbedingungen gehört auch die Einführung des Euro und die Euro-Krise, die, wie in einem Artikel dieses Blogs dargelegt wird, offensichtlich planmäßig herbeigeführt worden ist.

Weitere Belege bringt ein Video der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" vom 4. Juni 2012 mit dem Titel "Die EU ist nicht Europa, sondern seine Zerstörung". Darin wird Jaques Attali, vormals Berater des französischen Präsidenten Mitterand, zitiert, der "bei den Verhandlungen 1990 dabei (war), als Bundeskanzler Kohl die Aufgabe der D-Mark als Preis für die Wiedervereinigung aufgezwungen wurde.

Laut Attali soll damals Mitterand mit einer Wiederbelebung der 'Tripple Entente' (Militärbündnis von 1907 zwischen Großbritannien, Frankreich und Rußlands gegen Deutschland) gedroht haben. Im Januar letzten Jahres (also 2011) ließ Attali die Katze aus dem Sack. In einer Rede über die Eurokrise sagte er, die Krise sei nicht nur vorhersehbar gewesen, man habe sie sogar bewußt geplant, um eine starke europäische Haushaltsföderation zu schaffen.

"Alle diejenigen, die wie ich das Privileg hatten, bei der Abfassung der ersten Version des Maastricht-Vertrages die Feder zu führen, taten alles, um sicherzustellen, daß ein Austritt unmöglich wäre. Wir haben einen Artikel, der (einem Mitgliedstaat) den Austritt erlaubt, absichtlich 'vergessen'. Das war nicht sehr demokratisch. Doch es war eine große Garantie dafür, die Dinge schwieriger zu machen, damit wir gezwungen waren, weiter voranzuschreiten". Weiter wird in dem Video Guiliano Amato zitiert, ehemaliger Vizepräsident des "Europäischen Konvents" für eine europäische Verfassung, der in einem Interview mit "La Stampa" am 12. Juli 2000 erklärte:

"Deshalb ziehe ich es vor, langsam vorzugehen und die Souveränität Stück für Stück zu zerbrechen und dabei plötzliche Übergänge von den nationalen zu den Befugnissen des Bundes zu vermeiden. ... Ohne Souveränitäten (der Einzelstaaten) werden wir keinen Totalitarismus haben. Demokratie braucht keinen Souverän."

Er übergeht, daß uns dafür - ohne einen demokratischen Souverän - der viel größere bürokratische Totalitarismus der EU aufgezwungen wird, die mit imperialistischen Weltmacht-Ambitionen den früheren Nationalismus der Einzelstaaten auf einer größeren Ebene als Europa-Nationalismus nur fortsetzt.

Unverblümt in dieser Richtung sind die Worte des Briten Robert Cooper, vormaliger Berater Tony Blairs und jetziger Top-Berater von Lady Catherine Ashton, der "Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitsfragen", die er in seinem Buch "The Breaking of Nations" (2003) geschrieben hat:

"Beim Umgang mit der altmodischen Sorte von Staaten außerhalb der postmodernen Grenzen müssen sich die Europäer auf die rauheren Methoden früherer Zeiten zurückbesinnen: Gewalt, ... Angriffe, Täuschung, was immer auch für diejenigen notwendig ist, die noch in der Welt des 19. Jahrhunderts gefangen sind, wo jeder Staat für sich existierte. Im Dschungel muß man sich an die Gesetze des Dschungels halten."

Mit diesem Artikel könnte auch der letzte Zweifler erkennen ... "Neue Weltordnung" ist keine Verschwörungstheorie, sondern wenn man so will eine globale Reform (Neuordnung). Die wohl wie auch schon immer in der Geschichte, von einigen wenigen erdacht und für alle anderen gültig.

EU-Vision

Was haben sie vom Menschen-Ich verstanden?

Sie schwemmen mit Konsum Europas Fluren,

Ersticken seiner Völker Hochkulturen

Und schlagen ihren Geist in feste Banden.

Es ist das Ich, das die Entwicklung treibt,
Aus dem Kultur- und Geistesblüten sprossen.
Sie haben es in Normen eingeschlossen,
In denen es sich innerlich zerreibt.
So phrasenhaft ward "Freiheit" nie verwendet.
Die äußere Leibes-Sicherheit verdeckt,
Wie Vormundschaft die Selbstbestimmung schändet;
Unendliche Verordnungsflut bedeckt
Europaweit des Menschen eig'ne Wege.
Er irrt in eines Monsterstaats Gehege.

(hl)<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. November 2013 (x887/...): >>Wider die Alleinschuldthese

Historiker belegt, daß Deutschland nicht den Ersten Weltkrieg angezettelt hat und es sogar Friedensgespräche suchte

Der 100. Jahrestag des Ausbruches des Ersten Weltkrieges ist der Grund, daß zwei Bücher über den Ersten Weltkrieg erschienen sind, die die größte Aufmerksamkeit besonders in Deutschland verdienen. Da ist zum einen das voluminöse Werk des australischen Historikers Christopher Clark, das den Titel "Die Schlafwandler" trägt ... Und da ist zum anderen das schmale, aber inhaltsreiche Buch des emeritierten Professors für Neue und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg im Breisgau Hans Fenske "Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914 bis 1918".

Beide Autoren widersprechen den Behauptungen politisch angepaßter Historiker und Journalisten, die allein Deutschland die Schuld am Ersten Weltkrieg zuschieben. Davon könne keine Rede sein, meinen unabhängig voneinander die beiden Historiker.

Obwohl Fenskes Hauptthema die Bemühungen der Reichsregierung während des Krieges sind, mit den Gegnern in Verhandlungen über ein Kriegsende einzutreten, schaltet er ein Kapitel vor, in dem er knapp, aber faktenreich über den Beginn des Krieges berichtet und beweist, daß Behauptungen von einer deutschen Alleinschuld nichts anderes sind als beflissene Übernahme alliierter Propagandathesen. Dann zählt er sachlich die Versuche auf, die es während des Krieges mit dem Ziel gegeben hat, die Kriegführenden zu Verhandlungen über die Einstellung der Feindseligkeit zu bewegen. Und solche Versuche gab es fast nur von deutscher Seite. Sie erfuhren eine schroffe Ablehnung vor allem von englischer Seite, die sogar beleidigende Formen annahm.

Die Friedensinitiative des Papstes vom 1. August 1917 wurde zwar von der deutschen Regierung begrüßt, von den Alliierten aber sofort abgelehnt. Nach der bolschewistischen Revolution in Rußland schlug der kommunistische Volkskommissar für Auswärtiges, Leo Trotzki, den Westmächten vor, sich an Friedensverhandlungen zu beteiligen. Er blieb ohne Antwort.

Als Ursachen für die strikten Ablehnungen vor allem durch Großbritannien führt Fenske die Kriegsziele der Westalliierten an. Sie wollten den unter der politischen Führung Bismarcks vier Jahrzehnte zuvor gegründeten kleindeutschen Nationalstaat zerschlagen, um in Mitteleuropa wieder einen Flickenteppich von Kleinstaaten - wie vor 1871 - zu schaffen, die sich jederzeit den Einmischungen der sie umgebenden Länder beugen sollten.

London beobachtete Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung mit zunehmender Ablehnung, entwickelte sich das Deutsche Reich doch zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Der britische Premierminister Lloyd George erklärte, England werde kämpfen, "bis der preußische Militarismus auf ewig zerstört" sei, eine geradezu absurde Behauptung angesichts der Tatsache, daß England seit dem 17. Jahrhundert weitaus mehr Kriege geführt hatte als Preußen/Deutschland und sich damit ein Viertel der Erdoberfläche untertan gemacht

hatte.

Die haßerfüllte Haltung setzte sich durch, als 1918 Deutschland unter der Übermacht zusammenbrach und die Sieger im Versailler Vertrag, den Fenske einen Gewaltfrieden nennt, die Bedingungen diktierten. Jede Verhandlung lehnten die Siegermächte, an der Spitze Frankreich und England, ab und sie drohten, die Kämpfe wieder aufzunehmen, wenn Deutschland nicht bedingungslos unterzeichnete.

Alle deutschen Parteien von links bis rechts lehnten ab, die Sieger-Behauptung durch Unterschrift zu bestätigen, Deutschland trage am Krieg die Alleinschuld. Aber die Drohungen der Sieger ließen keine Wahl: Berlin mußte unterschreiben.

Die Folgen spüren wir bis heute. Fenske führt auf, welche Gebiete Deutschland an die Sieger abtreten mußte, was Deutschland abzuliefern und zu zahlen hatte - eine wichtige Zusammenstellung, weiß doch heute kaum noch ein Deutscher, was das Land damals zu erleiden hatte. Sein Buch schließt mit der Bemerkung, daß er das Manuskript am 12. Oktober 2010 abgeschlossen habe, "zwölf Tage, nachdem die Bundesrepublik Deutschland die letzte Zahlung im Zusammenhang mit den dem Deutschen Reich im Versailler Vertrag auferlegten Verpflichtungen geleistet hatte" - 92 Jahre nach Unterzeichnung des Diktats. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. Dezember 2013 (x887/...): >>Jetzt kommt es dicke

Landessozialgericht NRW ermöglicht Einwanderungswelle in deutsches Sozialsystem

EU-Bürger haben nach einem Gerichtsurteil Anspruch auf Sozialhilfe, wenn sie mindestens ein Jahr in Deutschland leben. Städte und Gemeinden fürchten eine Einwanderungswelle vor allem aus den osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten.

Erneut hat das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen rumänischen Staatsangehörigen Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV) zugesprochen. Geklagt hatte eine rumänische Familie mit einem Kind, die seit 2009 in Gelsenkirchen wohnt und zunächst vom Verkauf von Obdachlosenzeitschriften und Kindergeld gelebt hatte.

Das Jobcenter lehnte den im November 2010 gestellten Hartz-IV-Antrag mit der Begründung ab, Ausländer, deren Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitssuche ergebe, könnten keine Grundsicherungsleistungen erhalten. Diesen im Sozialgesetzbuch II enthaltenen Leistungsausschluß sieht das Landessozialgericht als europarechtswidrig an und erkannte den Klägern die beantragte Leistung zu.

Erst kürzlich hatte ein anderer Senat desselben Gerichts in einem ähnlich gelagerten Fall einer rumänischen Roma-Familie Sozialhilfe zugesprochen, da EU-Bürger ein Anrecht darauf hätten, wenn sie seit mehr als einem Jahr erfolglos eine Arbeitsstelle suchten. In diesem Fall seien sie nicht mehr als "nicht arbeitssuchend" einzustufen, da das Bemühen um eine Arbeitsstelle "objektiv aussichtslos" sei.

Zugleich schoben die Richter der Einwanderung in den deutschen Wohlfahrtsstaat jedoch einen Riegel vor, indem sie deutlich machten, daß die Antragsteller bei Dauerarbeitslosigkeit "EU-Bürger ohne Aufenthaltsgrund" seien und abgeschoben werden könnten (siehe PAZ 42/2013). Mit seinem jüngsten Urteil ist das Landessozialgericht weit über diese und weitere frühere Entscheidungen hinausgegangen.

Es vertritt nun die Auffassung, der Leistungsausschluß "in dieser ausnahmslosen Automatik" widerspreche dem zwischen den EU-Staaten vereinbarten gesetzlich wirksamen Gleichbehandlungsgebot. Soweit die sogenannte Unionsbürgerrichtlinie es den Mitgliedstaaten erlaube, einschränkende Regelungen zur Vermeidung von sogenanntem Sozialtourismus vorzusehen, sei dies "nicht in der im Sozialgesetzbuch II enthaltenen unbedingten und umfassenden Form" möglich. Die Unionsbürgerrichtlinie verlange "eine bestimmte Solidarität" des aufnehmenden Staates Deutschland mit den anderen EU-Mitgliedstaaten.

Durch dieses Urteil bekommen Befürchtungen, die großzügige Gewährung von Sozialhilfe

könnte ein Anreiz für den weiteren Zuzug von Zigeunerfamilien nach Deutschland sein oder Ansprüche der rund 130.000 bereits in Deutschland lebenden Rumänen und Bulgaren begründen, neue Nahrung. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit bekommt schon heute jeder zehnte Rumäne und Bulgare in Deutschland staatliche Leistungen, die weitere Kosten für Unterkunft und Krankenversorgung nach sich ziehen.

Mit der Anfang kommenden Jahres in Kraft tretenden uneingeschränkten Freizügigkeit von Rumänen und Bulgaren innerhalb der EU wird diesen der Zuzug nach Deutschland erheblich erleichtert. Der Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München warnt daher vor einer Einwanderungswelle in die hiesigen Sozialsysteme. Er lehnt zwar eine Einschränkung der Freizügigkeit ab, fordert aber, daß derjenige, der in seinem Heimatland steuerfinanzierte Sozialleistungen erhalten könne, in einem anderen Land darauf keinen Anspruch haben dürfe.

Auch die Kommunen, aus deren Kassen die finanziellen Wohltaten kommen, fürchten einen Sozialtourismus nach Deutschland. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, erwartet "wirksame Maßnahmen gegen die ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger". Schon jetzt seien viele Kommunen "mit der Finanzierung der Unterbringung und Versorgung dieses Personenkreises" überfordert, so seine Begründung.

Der CSU-Innenexperte Hans-Peter Uhl, der schon früher von der EU-Kommission Maßnahmen "gegen Sozialmißbrauch und Arbeitsmigration" gefordert hatte, sieht das genauso: "Wer tatsächlich gar keine Chance hat, als Arbeitnehmer oder Selbstständiger erfolgreich tätig zu sein, ist nicht von der Freizügigkeit geschützt. Für diese Gruppe müssen Sozialleistungen ausgeschlossen sein."

Die designierte Bundesregierung hat den Zündstoff, den die Sache birgt, offensichtlich erkannt. In ihrem Koalitionsvertrag stellen Union und SPD fest: "Die Armutswanderung führt in einzelnen großstädtisch geprägten Kommunen zu erheblichen sozialen Problemlagen bei der Integration, Existenzsicherung, Unterbringung und Gesundheitsversorgung. Wir erkennen die Belastung der Kommunen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben an."

Die "Akzeptanz für die Freizügigkeit in der EU" wollen sie aber unbedingt erhalten und deshalb "der ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger entgegenwirken" sowie "im nationalen Recht und im Rahmen der europarechtlichen Vorgaben durch Änderungen erreichen, daß Anreize für Migration in die sozialen Sicherungssysteme verringert werden".

Dies tun sie indes weniger aus Einsicht in die Notwendigkeit dieser Maßnahmen als wohl vielmehr weil sie befürchten, "rechtspopulistische" Kräfte könnten sich das Thema kommenden Jahr im Europawahlkampf zunutze machen.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 21. Dezember 2013: >>100 Jahre Notenbank

Mit der Finanzkrise kippte das Image der Fed

Seit der nebulösen Gründung der Fed vor 100 Jahren ranken sich um die US-Notenbank wilde Verschwörungstheorien. Kritiker halten sie für einen Handlanger der Wall Street. Und sie tut nur wenig dagegen.

Die Geschichte der mächtigsten Notenbank der Welt beginnt mit einer Geheimmission. In einer Novembernacht im Jahr 1910 treffen sich acht Männer auf einem verlassenen Bahnsteig der Kleinstadt Hoboken, wenige Kilometer von Manhattan entfernt. Einer von ihnen, Senator Nelson Aldrich, hat die Gruppe auf große Vorsicht eingeschworen: Redet mit niemandem auf dem Weg, schüttelt die Reporter ab, und sagt euren Familien, ihr fahrt auf Entenjagd!

Unbemerkt von der Öffentlichkeit gelangen die Männer an den Bahnsteig und besteigen den privaten Eisenbahnwagen von Aldrich. In der Dunkelheit der Nacht tritt der Zug seine Reise an, 1.300 Kilometer nach Süden bis in die Küstenstadt Brunswick im US-Bundesstaat Geor-

gia. Von dort setzen die Männer mit einem Schiff nach Jekyll Island über.

Auf der kleinen Insel liegt der exklusive Jekyll Island Club, in dem sich sonst die reichsten Menschen der Welt zum Jagen, Golfen und Reiten treffen. Die nächsten zehn Tage aber gehört die Insel ganz den acht Männern, die sich nur mit ihren Vornamen ansprechen werden. Die Bediensteten sollen keinen Hinweis bekommen, wer dort von morgens bis abends im Salon tagt.

Gemeinsam entwerfen sie die Blaupause einer bundesweiten Notenbank für die USA. Es soll zwar noch drei Jahre dauern, aber dann wird der Plan dank Aldrichs emsigem Strippenziehen mit geringen Änderungen vom Kongreß verabschiedet. Am 23. Dezember 1913 setzt US-Präsidenten Woodrow Wilson den Federal Reserve Act offiziell in Kraft.

Notenbank ist nicht an Transparenz gelegen

Gegner der Federal Reserve (Fed) reiben sich bis heute an der nebulösen Gründung und der intransparenten Struktur der Zentralbank auf. Wie kann eine der wichtigsten Institutionen der Neuzeit auf einem Geheimplan fußen statt auf einem demokratischen Prozeß? Und sind nicht die Gründerväter Beweis genug, daß die Fed niemals dem Volk der USA, sondern nur der Wall Street dienen sollte?

Heute sind diese Fragen wieder aktueller denn je. Die Fed hat in den vergangenen 100 Jahren wenig dafür getan, ihr Image zu verbessern. Gerade in der Finanzkrise bewies die Notenbank erneut, daß ihr keineswegs an Transparenz gelegen ist. Stoisch weigerte sich der amtierende Fed-Chef Ben Bernanke, Details zu den Rettungspaketen für die Finanzbranche zu veröffentlichen. Und auch Bernankes expansive Geldpolitik hilft der Wall Street mehr als den Steuerzahlern.

Die Steuerzahler hatten die Männer 1910 vermutlich auch nicht im Blick, als sie zu ihrer nächtlichen Zugfahrt aufbrachen. Erst viele Jahre nach dem Geheimtreffen sollte die Öffentlichkeit über die Details der Konferenz auf Jekyll Island unterrichtet werden. Heute weiß man, wer zusammen mit Senator Aldrich die Operation Entenjagd durchzog:

Es waren Arthur Shelton, Aldrichs persönlicher Sekretär, A. Piatt Andrew, Staatssekretär im Finanzministerium, Frank A. Vanderlip, Chef der National City Bank of New York - heute bekannt als Citibank -, Benjamin Strong und Henry P. Davidson, beides enge Vertraute des Bankenmoguls J. P. Morgan, Charles D. Norton, Chef der ebenfalls von J. P. Morgan dominierten First National Bank, sowie Paul M. Warburg vom einflußreichen deutschen Bankhaus M. M. Warburg & Co., der durch Heirat gleichzeitig mit dem New Yorker Investmenthaus Kuhn, Loeb & Co. verbandelt war.

Senator Aldrich fungierte als Vorsitzender der Kongreß-Kommission zur Reform des amerikanischen Währungssystems. Gleichzeitig war auch er eng mit der Hochfinanz verbunden. Seine Tochter hatte er mit John D. Rockefeller Jr. verheiratet, dem einzigen Sohn des seinerzeit reichsten Mannes der Welt.

Gemeinsam repräsentierten die acht Männer auf Jekyll Island ein Viertel des weltweiten Reichtums. Der Vorwurf liegt also nah, daß sie nicht unbedingt das Allgemeinwohl im Auge hatten.

"Ich habe mein Land betrogen"

Die Abgeordneten des Kongresses hatten es aber durchaus im Sinn, als sie Aldrich 1908 als Kommissionspräsident für ein stabileres Währungssystem einsetzten. Ein Jahr zuvor hatte ein Börsencrash eine schwere Rezession ausgelöst. Viele Bankhäuser brachen zusammen, weil die USA nicht über eine Zentralbank verfügten, die die Institute hätte retten könnten. Statt dessen beauftragten die einzelnen Bundesstaaten unzählige private Banken damit, Geld zu drucken und in Umlauf zu bringen. In anderen Ländern wie dem Deutschen Reich oder Großbritannien gab es bereits nationale Notenbanken, die als "Lender of Last Resort" in Extremsituationen mit Krediten einspringen konnten.

Weil im Kongreß keine Einigung zustande kam, brach Aldrich 1910 mit seinen sechs Komplizen zu der Geheimoperation auf. Um das Gesetz später im Parlament durchsetzen zu können, mußte Aldrich die Macht seiner reichen Verbündeten ausspielen. Der amtierende, republikanische Präsident William Howard Taft galt als Gegner des Aldrich-Plans. Mit tatkräftiger Unterstützung der Hochfinanz gewann schließlich der farblose Demokrat Woodrow Wilson die Präsidentschaftswahl im Jahr 1913.

Einen Tag vor Heiligabend, als die meisten Abgeordneten längst in den Weihnachtsferien weilten, unterschrieb Wilson den Federal Reserve Act. Überlieferungen zufolge hat er diese Entscheidung Zeit seines Lebens bereut. Auf dem Sterbebett soll er gesagt haben: "Ich habe mein Land betrogen." Das Schicksal der Nation liege fortan "in den Händen einiger weniger Männer". Damals konnte Wilson nicht wissen, daß die Fed in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur führenden Zentralbank des Globus aufsteigen sollte. Zwei Drittel aller Dollar-Scheine befinden sich heute im Ausland.

Gerade wegen ihrer dominanten Stellung erhitzt die ungewöhnliche Struktur der Fed bis heute die Gemüter der Verschwörungstheoretiker. Anders als die Europäische Zentralbank, die Bundesbank oder die Bank of England ist die Fed keine staatliche Institution.

Das Federal Reserve System besteht aus zwölf regionalen Zentralbanken, die privatwirtschaftlich geführt werden. Besitzer dieser Zentralbanken sind rund 3.000 private Mitgliedsbanken. Sie entscheiden auch, wer sechs der neun Sitze in den jeweiligen Führungsgremien der regionalen Fed-Banken besetzt. Der Einfluß der Finanzbranche auf die US-Zentralbank ist damit weltweit einzigartig.

Fed in der Zwitterrolle

Dabei übt der Staat allerdings ebenfalls Kontrolle auf die Fed aus. Der Fed-Chef und die anderen sechs Mitglieder des Board of Governors der Fed werden durch den US-Präsidenten ernannt und vom Kongreß bestätigt. Aufgabe des Boards ist es, die regionalen Fed-Banken zu überwachen. Gleichzeitig haben die Board-Mitglieder auch die Mehrheit im zwölfköpfigen Offenmarktausschuß der Fed, der die geldpolitischen Leitlinien, die Geldmenge und den Leitzins festsetzt. Neben den sieben Board-Mitgliedern sitzen fünf Regionalbankchefs im Offenmarktausschuß. Vier von ihnen rotieren im Wechsel. Der Chef der Federal Bank of New York, der die Interessen der Wall Street vertritt, ist dagegen ein ständiges Mitglied.

Im Vergleich zur EZB hat die Fed also eine Zwitterrolle. Sie handelt im Auftrag nicht nur der Steuerzahler, sondern auch der Finanzbranche. Noch komplexer wird ihre Funktion, da sie - anders als die EZB - nicht nur dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet ist. Die US-Zentralbank soll auch das Wachstum der Wirtschaft ankurbeln und für maximale Beschäftigung sorgen. Pikanterweise soll sie außerdem die Banken regulieren - und damit ihre Eigentümer überwachen.

Die Fed ist Diener vieler Herren, gleichzeitig ist sie längst nicht so unabhängig wie die EZB. Ihre Eigenständigkeit wird nur durch ein einfaches Gesetz garantiert, das der Kongreß jederzeit ändern könnte. Die Unabhängigkeit der EZB ist dagegen im EU-Vertrag festgeschrieben. Er kann nur mit der Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten und deren Parlamente geändert werden. Ihre Gewinne schüttet die EZB vollständig an die Mitgliedstaaten aus. Die Fed überweist dagegen zwar das Gros der Profite an das Finanzministerium, ein Teil geht allerdings auch an die Banken.

Weil die Fed keine Bundesbehörde ist, muß sie wesentlich weniger transparent über ihre Geschäfte berichten. Zwar hat sie mit dem Government Accountability Office (GAO) einen staatlichen Aufseher, dem aber enge Grenzen gesetzt sind.

Greenspan für Finanzkrise verantwortlich gemacht

In den vergangenen Jahren ist das Mißtrauen gegenüber der weitgehend unkontrollierten Macht der US-Zentralbank gewachsen. Gerade in den 19 Jahren unter dem Fed-Chef Alan

Greenspan habe sich die Notenbank gefährlich oft vor den Karren der Wall Street spannen lassen, monieren Experten. Greenspan führte von 1987 bis 2006 die Geschäfte der Federal Reserve. Viele Ökonomen und Politiker machen den 87-Jährigen heute für die Finanzkrise verantwortlich.

Auch die offizielle Untersuchungskommission der US-Regierung gibt Greenspan und den unter ihm umgesetzten Deregulierungen die Hauptschuld für die Krise. In seiner Amtszeit habe die Fed "unter dem Druck der Finanzindustrie jegliche Schutzmechanismen entfernt, die hätten helfen können, die Katastrophe zu verhindern", schrieb die Kommission in ihrem Abschlußbericht 2010. Auch Greenspans stoische Niedrigzinspolitik wird von vielen letztlich als Dienst für die Wall Street gesehen. Die Investmentbanker wollten nicht, daß die Party an den Aktienmärkten aufhört. Der niedrige Leitzins könnte gleichzeitig einer der Gründe gewesen sein, warum es zu der Blase am Immobilienmarkt kommen konnte.

Greenspan bestreitet die Vorwürfe. Seiner Meinung nach hatte der Aufschwung von Ländern wie China oder Rußland nach dem Ende des Kalten Krieges zu einem sprunghaften Anstieg der Sparaufkommen geführt. Dies habe die langfristigen Zinsen in die Höhe schießen lassen. "Durch den Boom in den Schwellenländern haben sich die langfristigen Zinsen von den kurzfristigen abgekoppelt", sagte Greenspan Anfang November der "Welt am Sonntag". Als die Fed 2004 angefangen habe, den Leitzins anzuheben, seien die langfristigen Zinsen trotzdem weiter gesunken. "Wir konnten nichts tun."

Für seinen Mangel an Selbstkritik hat Greenspan viel Häme einstecken müssen. Der US-Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman bezeichnete ihn kürzlich als "schlechtesten Ex-Notenbankchef der Welt". Greenspan-Freunde halten dagegen, die Weltwirtschaft habe der Fed viel zu verdanken. Schließlich erlebten die USA in den vergangenen 100 Jahren nur drei große Wirtschaftskrisen. In den 100 Jahren davor waren es dagegen zwölf, stellten die US-Ökonomen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff in Untersuchungen zur Finanzkrise fest. ...

Fed war einst auf einem Imagehoch

Der Verdruß über die Fed wird immer in jenen Zeiten laut, in denen die Wirtschaft nicht brummt. Während der Greenspan-Ära war die Fed auf einem absoluten Imagehoch. Ihr haftete eine Art Unfehlbarkeitsnimbus an, der Präsident wurde als omnipotenter und beinahe allwissender "Maestro der Märkte" verehrt. Die frisch gegründete EZB und ihr erster Präsident Wim Duisenberg galten dagegen als viel zu rückwärtsgewandt und langsam.

Mit der Finanzkrise kippte das Image der Fed. Bei einer Gallup-Umfrage im Juli 2009 fanden nur 30 Prozent der US-Bürger, daß die Zentralbank ihre Aufgaben gut erfülle. Von neun bewerteten US-Behörden landete sie damit auf dem letzten Platz - selbst das Finanzamt IRS war mit 40 Prozent Zustimmung beliebter. Vier Jahre später sind die Ergebnisse kaum besser. Im Mai 2013 konnte die Fed mit 33 Prozent Zustimmung unwesentlich zulegen, immerhin hat sie es wieder knapp vor das Finanzamt auf den vorletzten Platz geschafft.

Auch während der Amtsjahre von Greenspans Nachfolger Bernanke gab sich die Fed reform-resistent. Nachdem das Investmenthaus Lehman Brothers im September 2008 Pleite ging, stattete Bernanke die übrigen Banken bereitwillig mit Billionen von Dollar aus. Die US-Nachrichtenagentur Bloomberg forderte Bernanke im Jahr 2008 auf, die genaue Summe zu veröffentlichen.

Doch der Notenbanker hielt Transparenz auch dieses Mal für überbewertet. Die Fed sei keine Bundesbehörde und daher nicht zur Auskunft verpflichtet. Würde er veröffentlichen, welche Banken nur wegen der Fed-Kredite noch ihre Rechnungen begleichen könnten, "stigmatisiere" das die Institute. Die Folgen der Geheimniskrämerei waren abenteuerlich. Im November 2008 berichtete die Bank of America beispielsweise ihren Aktionären, sie habe eine der stärksten Bilanzen der Welt. Sie vergaß zu erwähnen, daß sie bei der Fed mit 86 Milliarden Dollar in der Kreide stand.

Diese Information gelangte nur ans Licht, weil Bloomberg Klage einreichte. Heute weiß man, wie viel Geld die Fed von 2007 bis 2010 in den internationalen Bankensektor pumppte: sagenhafte 16,1 Billionen Dollar. Zum Vergleich: Im Jahr 2012 betrug das Bruttoinlandsprodukt der USA rund 15,7 Billionen Dollar.

Im US-Kongreß gibt es nur wenige Politiker, die sich über diesen Fakt öffentlich echauffierten. Einer davon ist der Republikaner Ron Paul, der bis Anfang 2013 für Kentucky im Repräsentantenhaus saß. 2012 verabschiedete das Repräsentantenhaus unter seiner Führung einen Gesetzesentwurf, nach dem die Fed durch den Kongreß strenger überwacht werden sollte. Das Gesetz schaffte es jedoch nie durch den Senat.

Kurswechsel ist nicht in Sicht

Die Vermutung liegt nahe, daß die wenigsten Politiker in den USA den Mut besitzen, sich mit den Interessen der Wall Street anzulegen. Schließlich kommt von dort ein Großteil der Spendengelder für ihre Wahlkampfkassen. Außerdem lenkt die Fed auch ein wenig von der Dysfunktionalität der politischen Klasse in Washington ab. Weil sich Demokraten und Republikaner seit Jahren im Kongreß gegenseitig blockieren, blieben dringend nötige Reformen auf der Strecke.

Daß die US-Wirtschaft trotzdem wieder wächst, ist auch der expansiven Geldpolitik zu verdanken. Seit 2008 liegt der Leitzins beim historischen Niedrigstand von null bis 0,25 Prozent. Darüber hinaus pumpt die Fed seit fünf Jahren durch ihre Anleihenkaufprogramme Geld in den Markt - insgesamt hat sie seit Dezember 2008 mehr als vier Billionen Dollar Staatsanleihen und Hypothekenpapiere aufgekauft.

Experten kritisieren, diese Maßnahmen stünden in keinem Verhältnis zu dem Nutzen für die Volkswirtschaft. Einer Berechnung des Investors Pimco zufolge haben die über vier Billionen Dollar den USA nur einen Wachstumsschub von mickrigen 0,25 Prozent gebracht.

Für großes Aufsehen unter Fed-Kritikern sorgte ein vor zwei Wochen veröffentlichter Gastbeitrag im "Wall Street Journal". Der Autor Andrew Huszar leitete 2009 und 2010 bei der Fed das Anleihenrückkaufprogramm. Der Artikel beginnt mit den Worten: "Ich kann nur sagen: Es tut mir leid, Amerika." Offiziell betone die Fed zwar stets, mit den Anleihenkäufen sollten die Kreditkosten für Haushalte und Unternehmen gesenkt und die Wirtschaft angekurbelt werden. Doch das sei eine Lüge: "Trotz der Rhetorik der Fed hat mein Programm überhaupt nicht geholfen, Amerikanern Zugang zu Krediten zu geben."

Statt dessen habe nur die Wall Street profitiert. Die Banken konnten dank höherer Anleihepreise ihre Bilanzen aufbessern und strichen fette Kommissionen für die Kaufprogramme von der Fed ein. "Das Programm ist das größte Rettungsprogramm für die Wall Street der Geschichte, verschleiert durch die Hintertür", schreibt Huszar. Und in der Fed seien die Funktioniäre heutzutage nur noch an der Reaktion der Wall Street interessiert, nicht aber an den Folgen für die Steuerzahler.

Ein Kurswechsel ist nicht in Sicht. Im Januar tritt die langjährige Fed-Vizechefin Janet Yellen die Nachfolge von Bernanke an. Von ihr werden keine großen Überraschungen erwartet. Vermutlich wird sie noch lange an Bernankes expansiver Geldpolitik und den niedrigen Zinsen festhalten. Die Wall Street will es so.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 23. Dezember 2013: >>>**Die Kreatur von Jekyll Island**

Bilderberger, Trilaterale Kommission oder die Group of Thirty - sie alle sind legendenumwoben, doch keine Institution ist zugleich so mächtig wie das hundertjährige Federal Reserve System (Fed) - die Notenbank der USA. ...

Geheimtreffen mit Großbankern

... Im November 1910 trafen sich im Jekyll Island Club Senator Aldrich (Schwiegervater von John Rockefeller jr.) und Vizefinanzminister Piatt Andrew mit fünf Großbankern: Henry Da-

vison (JP Morgan), Charles Norton (First National Bank of New York, heute Citigroup), Benjamin Strong (Bankers Trust/JP Morgan), Frank Vanderlip (National City Bank/Rockefeller) und Paul Warburg (Kuhn, Loeb & Co., 1977 von Lehman Brothers übernommen).

Warburg, der in Hamburg geborene Sproß einer Bankendynastie, hatte bereits Jahre zuvor Pläne einer Zentralbank ausgearbeitet. ...

Rettungsanker für private Banken

Mit Wilsons Einzug ins Weiße Haus stand dem Fed-Gesetz nichts mehr entgegen. Ab 1914 entstand das System aus zwölf Regionalbanken und einem Fed-Verwaltungsrat (Board of Governors) mit sieben Mitgliedern. ...

Trotz des Staatseinflusses ist das Fed-System keine Staatsbank. Alle US-Banken, die national tätig sind, müssen sich laut Gesetz dem Fed-System anschließen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2013 im COMPACT-Spezial Nr. 3 (x349/27-29): >>>Schöne neue Welt

_ von Jürgen Elsässer

Die Achtundsechziger haben den übersteigerten Individualismus zum Leitbild der Gesellschaft gemacht. Die Familie, aber auch andere Formen des sozialen Miteinanders bleiben auf der Strecke. Der Mensch wurde dadurch nicht freier, sondern einsamer.

Im Fernsehen, im Kino, in den Zeitungen wird seit einigen Jahren im fröhlichen Gleichklang dieselbe Melodie intoniert: Individualismus ist die höchste Tugend, und jede Form von Kollektivität steht unter Faschismusverdacht.

Familie gilt als die Brutstätte von Neurosen, Psychosen und autoritären Charakteren; Religion und Kirche sind Synonyme für Mittelalter und Fundamentalismus; Vereine haben meist einen Stammtisch und sind auch sonst mega-out; Gewerkschaften wollen alle in Tarifverträge zwingen.

Der wirklich freie Mensch, so die Botschaft, ist hip, wechselt ständig sein Aktiendepot, seinen Lebensabschnittspartner und seine sexuelle Orientierung.

High sein, frei sein

Diese Einstellung entwickelte sich erst in der Folge von 1968, mit der Entstehung einer Neuen Linken. Von dem, was man vorher als links bezeichnet hatte, egal ob Sozialdemokraten oder Kommunisten, grenzten sich die revoluzzenden Bürgersöhnchen ab, bei ihnen jagte eine verrückte Mode die nächste: In den siebziger Jahren wollten die Maoisten die Sowjetunion und die Feministinnen die Männer bekämpfen.

In den achtziger Jahren kamen die Grünen von der Öko-Diät auf die Öko-Diäten, und in besetzten Häusern nisteten sich Frascati-Spießer ein, dagegen machten pädophile Indianerkommunen sowie die Punks samt ihrer Straßenköter mobil. In den neunziger Jahren gab's statt der Invasion von der Vega die Invasion der Veganer, aus irgendeinem Paralleluniversum flogen die Transsexuellen ein, die Poplinken legten mit abgedrehten Disko-Diskursen los. Die einen fragten "Wie oft hast du Gender pro Woche?", die anderen hielten Heterosex ("Penetration ") per se für Vergewaltigung. Im neulinken Feuchtbiotop gediehen alle Perversionen.

Während die "alte" Linke das Los der "Arbeiterklasse " verbessern wollte (ein guter Vorsatz, dessen praktische Ergebnisse hier nicht weiter bewertet werden sollen), kaprizierten sich die Achtundsechziger auf alle möglichen Randgruppen. Sie propagierten nicht die ökonomische, sondern die kulturelle Revolution - zur Freude der Konsumindustrie, die sich neue Absatzmärkte erschloß.

"Hier eine Kurzübersicht von Dingen, die in den letzten fünfzig Jahren als subversiv galten: Rauchen, lange Haare bei Männern, kurze Haare bei Frauen, Bärte, Miniröcke, Bikinis, Heroin, Jazz, Rock, Punk, Minderheiten-Kult.

Die Vordenker der Neuen Linken kommen mehrheitlich aus der Schule der neuen französischen Philosophen: Guy Debord, Felix Guattari, Jean-Francois, Gilles Deleuze, Jacques Der-

rida und vor allem Michel Foucault.

Über die Prinzipien - besser: die Prinzipienlosigkeit - seines "vagabundierenden Denkens" schreibt Letzterer schwurbelig: "Gib dem Vorzug, was positiv ist und multipel, der Differenz vor der Uniformität, den Strömen vor den Einheiten, den mobilen Anordnungen vor den Systemen! Glaube daran, daß das Produktive nicht sesshaft ist, sondern nomadisch!"

Das Loblied auf die Differenz führte die Achtundsechziger konsequent zu einer Ablehnung der "uniformierten" Bevölkerungsmehrheit.

Statt dessen sollte die Gesellschaft mit einem Patchwork der Minderheiten - so ein früher Bestseller von Lyotard - umgestaltet werden. "Was sich abzeichnet ist eine (noch zu definierende) Gruppe von heterogenen Räumen, ein großes patchwork aus lauter minoritären Singularitäten ... Diese Bewegung der Zersplitterung betrifft nicht nur die Nationen, sondern auch die Gesellschaften; wichtige neue Gruppierungen treten auf, die in den offiziellen Registern bisher nicht geführt wurden: Frauen, Homosexuelle, Geschiedene, Prostituierte, Enteignete, Gastarbeiter. ...

"Lyotards Aufreihung zeigt, daß die Ablehnung der Mehrheitsgesellschaft ("Zentrum") und die Feindschaft gegenüber der Nation dieselbe Wurzel haben: die Orientierung auf Minderheiten sowie die positive Hervorhebung der Differenz und des "Nomadischen".

Die sexuelle Revolution war keine Befreiung, sie war die Hölle.

Reggae, Rap, Tätowierungen, Achselhaare, Graffiti, Surfen, Motorroller, Piercing, schmale Schlipse, keinen BH tragen, Homosexualität, Marihuana, zerrissene Klamotten, Haargel, Irokesenschnitt, Afrolook, Verhütungsmittel, Postmodernismus, karierte Hosen, Biogemüse, Schnürstiefel, gemischt-rassiger Sex. Heute kann man das alles (vielleicht mit Ausnahme von Achselhaaren und Biogemüse) in einem typischen Britney-Spears-Video finden," karikieren die kanadischen Soziologen Joseph Heath und Andrew Potter den Kostümwechsel der Radikalinskis in ihrem Buch Konsumrebell. Der Mythos der Gegenkultur (Berlin, 2005).

Nicht vergessen sollte man außerdem den Siegeszug von Marihuana und LSD als den psychedelischen Katalysatoren der angeblichen Befreiung.

Süffisant kommentieren Heath und Potter: "Nur wer schon völlig zugedröhnt ist, kann ernsthaft der Meinung sein, Marihuana befreie das Bewußtsein. Sonst müßte er wissen, daß Kiffer die größten Langweiler sind."

Die Libido-Hölle

Im Zentrum des Freiheitsbegriffs der Achtundsechziger steht die Befreiung der Libido. Der Lustgewinn war kurz, der Katzenjammer lang. "Die sexuelle Revolution hat ... letztlich alle traditionellen gesellschaftlichen Normen zerstört, von denen die Geschlechterverhältnisse beherrscht wurden; sie hat sie aber nicht durch neue ersetzt. Sie hinterließ ein Vakuum.

Unsere eigene Generation, die Ende der siebziger Jahre erwachsen wurde, war deshalb gezwungen, ihren eigenen Weg durch die vertrackten Probleme der Adoleszenz zu finden. Das war keine Befreiung, es war die Hölle," schreiben Heath und Potter. Wie entfesselter Individualismus jede Form von kollektiver Geborgenheit vernichtet und die Gesellschaft in Elementarteilchen auflöst, berichtet auch der französische Bestsellerautor Michel Houellebecq in seinem gleichnamigen Roman.

"Viele Jahre später sollte Bruno feststellen, daß die Welt der Kleinbürger, die Welt der Angestellten und mittleren Beamten toleranter, lebenswürdiger und aufgeschlossener ist als die Welt der Aussteiger, der am Rande der Gesellschaft lebenden jungen Leute, die damals durch die Hippies verkörpert wurden. "Ich kann mich als ehrbarer Angestellter verkleiden und von ihnen akzeptiert werden", sagte Bruno gern. "Dafür brauche ich nur einen Anzug, eine Krawatte und ein Oberhemd zu kaufen - das ganze für 800 Francs im Schlußverkauf bei C&A. ... Dagegen würde es mir nichts nützen, mich als Aussteiger zu verkleiden: dafür bin ich weder jung, noch schön, noch cool genug"."

Parolen wie "Wir wollen alles, und zwar sofort" oder "Es ist verboten zu verbieten" klangen 1968 anarchistisch. Die Jugend wollte sich nicht mehr vorschreiben lassen, wie lang die Haare zu sein haben, wann der richtige Zeitpunkt für das Erste Mal gekommen ist und welche Schallplatten man hören darf. Der von Eltern und Großeltern gepredigte Verzicht war out - für Kirche, Kapital und Vaterland wollten die Teenager auf gar nichts mehr verzichten, und dafür hatten sie durchaus auch gute Argumente.

Doch wie immer machte auch in diesem Fall die Dosis den Unterschied zwischen Medizin und Gift. Die immer weitergehende Entfesselung der Triebe zerfraß auch jene Formen von Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe, die die Grundlage jeder solidarischen Gesellschaft bilden. Houellebecq fragt: "Warum hat sich das sozialdemokratische schwedische Modell nie gegenüber dem liberalen Modell durchsetzen können?" Seine Antwort: "Die Lösung der Utopisten - von Platon über Fourier bis hin zu Huxley - besteht darin, die sinnliche Begierde und das Leiden, das damit verbunden ist, zu stillen, indem sie deren unmittelbare Befriedigung organisieren.

Die eros- und werbungsorientierte Gesellschaft, in der wir leben, ist dagegen bestrebt, die sinnliche Begierde in unerhörtem Ausmaß zu fördern ... Für das reibungslose Funktionieren der Gesellschaft, für das Weiterbestehen des Wettbewerbs, ist es erforderlich, daß die sinnliche Begierde zunimmt, sich ausbreitet und das Leben der Menschen verzehrt."

Wer bin ich? Und wenn ja, wie viele?

Am Ende steht nicht nur die Atomisierung der Gesellschaft. Vielmehr streben die Postmodernen auch noch eine Zentrifugierung des Individuums selbst an. Michel Foucault, einer der Vordenker dieses Prozesses, schreibt: "Verlange von der Politik nicht die Wiederherstellung der "Rechte" des Individuums, so wie die Philosophie sie definiert hat! Das Individuum ist das Produkt der Macht. Viel nötiger ist es, zu "ent-individualisieren", und zwar mittels Multiplikation und Verschiebung, mittels diverser Kombinationen.

Die Gruppe darf kein organisches Band sein, das hierarchisierte Individuen vereinigt, sondern soll ein dauernder Generator der Ent-Individualisierung sein." Hier wird keineswegs die Vereinzelung der Menschen zu Konsummonaden ("Individualisierung") kritisiert und dagegen zu kollektiver Gegenwehr in Gruppen aufgerufen. Vielmehr soll die Gruppe als Generator Druck ausüben, damit auch noch das Individuum selbst zerspalten wird und sich - je nach Marktlage - beständig selbst "dekonstruiert", gestern als Familienvater, heute also Sado-Maso-Swinger, morgen als verheirateter Schwuler.

Mit der Vorherrschaft der Egomane und der Zerstörung aller Liebes- und Verwandtschaftsbeziehungen näherten sich, so Houellebecq, die westlichen Gesellschaften der Schönen neuen Welt, die Aldous Huxley in seinem gleichnamigen Roman beschreibt.

"Immer genauere Kontrolle des Zeugungsvorgangs, die eines Tages zur völligen Trennung von Zeugung und Sex und zur künstlichen Fortpflanzung der Menschheit im Labor ... führen wird. Es verschwinden die familiären Beziehungen, die Begriffe Vaterschaft und Abstammung. Und Dank der pharmazeutischen Fortschritte wird es keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Lebensaltern mehr geben.

In der Welt, die Huxley beschreibt, übt ein sechzigjähriger Mann die gleichen Tätigkeiten aus wie ein Zwanzigjähriger, hat die gleiche äußere Erscheinung und die gleichen sinnlichen Begierden wie er. Und wenn es dann nicht mehr möglich ist, gegen den Alterungsprozeß zu kämpfen, stirbt man freiwillig durch selbstbestimmte Euthanasie; sehr diskret, sehr schnell, völlig undramatisch." Houellebecq erinnert daran, daß zwei der Ikonen der späten Achtundsechziger, nämlich Gilles Deleuze und Guy Debord, "ohne triftigen Grund Selbstmord begangen haben, ganz einfach, weil sie die Aussicht ihres körperlichen Verfalls nicht ertragen haben".

Ist das die Welt, in der wir leben wollen?

_ Jürgen Elsässer, Chefredakteur von COMPACT-Magazin, hat über dieses Thema ausführlich in seinem Buch "Angriff der Heuschrecken. Zerstörung der Nationen und globaler Krieg" (Köln, 2008, vergriffen) geschrieben.<<

Das Internetportal "Netzwerk Menschenrechte" berichtete im Jahre 2013 (x1.067/...): >>40

Jahre UN-Mitgliedschaft

Nun ist es auf den Tag genau 40 Jahre her, daß Deutschland Mitglied der Vereinten Nationen geworden ist. Am 18. September 1973 ist die Aufnahme durch die UN-Generalversammlung beschlossen worden. Die Bundesrepublik Deutschland ist gemeinsam mit der Deutschen Demokratischen Republik als 133. und 134. Staat den Vereinten Nationen beigetreten.

Dadurch das beide deutsche Staaten während des Kalten Krieges auf entgegengesetzten Seiten standen und dort in die jeweilige Politik auch eingebunden waren, gab es keine Möglichkeit, lediglich einen der beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen aufzunehmen. Erst im Jahre 1972 ist zwischen der Bundesrepublik und der DDR abgesprochen worden, sich gegenseitig über die Schritte zur Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen zu informieren. Durch den Grundlagenvertrag von 1972 war dann der Weg frei für einen Beitritt beider Staaten. Die Aufnahme in die UN ist am 12./15. Juni 1973 beantragt worden.

Direkt nach dem Zweiten Weltkrieg war an eine Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen schon deshalb nicht zu denken, weil einerseits im zerstörten Deutschland der Wiederaufbau und die Existenzsicherung im Vordergrund standen und andererseits Deutschland als "Kriegsfeind" womöglich überhaupt nicht als Mitglied geduldet werden würde.

Schon während der Konferenz von San Francisco 1945 ist in der Charta der Vereinten Nationen in den Artikeln 53, 77 und 107 (sogenannten "Feindstaatenklauseln") festgelegt worden, daß eventuelle Maßnahmen gegen Feindstaaten nicht den Verpflichtungen der Charta unterliegen. Nach dem Wortlaut der Klausel könnte Deutschland auch heute noch ohne UN-Beschluß angegriffen werden.

Artikel 53:

Abs. 1: Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrats dürfen Zwangsmaßnahmen auf Grund regionaler Abmachungen oder seitens regionaler Einrichtungen nicht ergriffen werden; ausgenommen sind Maßnahmen gegen einen Feindstaat im Sinne des Absatzes 2, soweit sie in Artikel 107 oder in regionalen, gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik eines solchen Staates gerichteten Abmachungen vorgesehen sind;

Abs. 2: Der Ausdruck "Feindstaat" in Absatz 1 bezeichnet jeden Staat, der während des Zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichners dieser Charta war.

Artikel 107:

Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des Zweiten Weltkriegs in bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaats dieser Charta war, werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt.

Erst 1995 hat die 50. Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution (A/RES/-50/52) verabschiedet, in der diese Bestimmungen als "obsolet" bezeichnet worden sind. Die eigentliche Streichung der Klausel hätte daher nur noch deklaratorische Wirkung. So war in der Resolution festgelegt, daß die Streichung in einer der nächsten Sitzungen bzw. so früh wie möglich erfolgen sollte. Sie ist aber bisher nicht gestrichen.

Durch die Deutsche Einheit 1990 bzw. den Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland existiert nur noch ein deutscher Staat, der Mitglied bei den Vereinten Nationen ist. Durch diese Wiedervereinigung ist Deutschland in den vergangenen Jahren auch immer wichtiger und bedeutender innerhalb der Vereinten Nationen geworden.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten stand von Anfang an die Menschenrechtspolitik - bedingt durch die Geschichte und den Zweiten Weltkrieg. So ist der Schutz der Menschenrechte und

die Förderung der Rechtsstaatlichkeit auch heute noch ein besonderes Anliegen Deutschlands. Nach der Wiedervereinigung ist es 1992 zum ersten deutschen Blauhelmeinsatz in Kambodscha gekommen, dem einige nachfolgten. Diese Beteiligungen an den UN-Friedensmissionen sind wohl am bekanntesten.

Seit 1998 stellt Deutschland den Leiter des UN-Umweltprogramms UNEP.

Für viele Konferenzen der Vereinten Nationen ist Deutschland Gastgeber gewesen. Darüber hinaus zählt Deutschland seit vielen Jahren zu den Sitzstaaten der UN. Ein Meilenstein ist dabei der UN-Campus in Bonn gewesen, auf dem der Großteil der in Bonn ansässigen UN-Organisationen vereinigt ist. Aber auch in Berlin befinden sich Kontaktstellen der UN. Nicht zu vergessen ist der Internationale Seegerichtshof (ISGH), der seinen Sitz in Hamburg hat.

Beachtlich ist auch die Rolle Deutschlands als **drittgrößter Beitragszahler** zum Haushalt der Vereinten Nationen. Bei der Finanzierung der internationalen Friedenseinsätze ist die Bundesrepublik **viertgrößter Beitragszahler**.

Leider ist es der Bundesrepublik Deutschland bis heute nicht gelungen, einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu erhalten. Als nichtständiges Mitglied war Deutschland bereits einige Male im Sicherheitsrat vertreten. Die Erweiterung und Reform des Sicherheitsrates fand 2005 in der Generalversammlung keine Mehrheit. Ein Grund: die Haltung Deutschlands gegen die USA bei der Diskussion um den Irakkrieg.<<

2014

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Januar 2014 (x887/...):

>>Verrat an der Freiheit

Udo Ulfkotte ruft zum Aufstand gegen Politische Korrektheit auf

Bei deutschen Politikern ist Politik die Kunst, die Bevölkerung so schnell über den Tisch zu ziehen, daß die Bürger glauben, die dabei entstehende Reibungshitze sei Nestwärme."

Dieses auf die Euro-Einführung bezogene Bonmot verwendete Udo Ulfkotte in seinem Buch "Raus aus dem Euro. Rein in den Knast", welches im März 2013 erschien.

Nun, ein reichliches halbes Jahr später, veröffentlichte der Vielschreiber gemeinsam mit dem Wirtschaftsjournalisten Michael Brückner das nächste Werk, welches als Anklageschrift gegen die Zumutungen der sogenannten Politischen Korrektheit konzipiert ist. Und wieder findet sich darin der zitierte Satz - nunmehr bei der Erwähnung der zigtausend Kälteopfer, die es in den vergangenen europäischen Wintern trotz der angeblichen Klimaerwärmung gab. Diese Arbeitsweise ist typisch für Ulfkotte: Er bastelt seine im schnellen Takt erscheinenden Veröffentlichungen oft aus den immer gleichen Fakten und Aussagen, was natürlich bei all jenen Lesern Frustration auslöst, welche die älteren "Ulfkottes" schon kennen.

Abgesehen davon handelt es sich bei "Politische Korrektheit" aber um ein Buch, das man jedem Bundesbürger zur Pflichtlektüre machen sollte - als Gegengewicht zum tagtäglichen medialen Trommelfeuer der Öko-Gender-Multikulti-Propagandisten.

Es kommt nämlich fast wie ein Lexikon daher, in dem sämtliche Tabuthemen abgehandelt werden, zu denen hierzulande Denkverbote oder dümmlich-rigide Sprachvorschriften existieren, welche tatsächlich schon vielfach an das legendäre Orwellsche "Neusprech" gemahnen. Dabei wird auch der Vorwurf der Feigheit laut: Viele Menschen wüßten sehr genau, wie viel Unsinn im Namen der Politischen Korrektheit fabriziert werde, verhielten sich aber dennoch wie "Waschlappen" und "Hosenscheißer".

Derart starke, jedoch nicht unberechtigte Worte findet man vor allem in der furiosen Einleitung aus der Feder beider Autoren. Im Anschluß daran widmet sich Brückner dann zunächst erst einmal der mehr oder weniger subtilen Gehirnwäsche in punkto Wirtschaft und Finanzen, die mittlerweile dazu geführt hat, daß der Durchschnittsdeutsche mit lethargischer Staatsgläubigkeit zuschaut, wie er sukzessive enteignet wird - sei es durch die "Umverteilungskartelle" hierzulande, sei es durch das verantwortungslose Gebaren der Euro-Retter in Brüssel und an-

derswo.

Danach analysiert Ulfkotte im zweiten Teil den Umgang mit den explosionsartig angewachsenen Tabuthemen aus Politik, Gesellschaft, Justiz, Kultur und Medien und stellt den Propagandafloskeln der politisch-korrekten Schwätzer die ungeschminkte Wahrheit gegenüber.

So belegt er zum Beispiel mit konkreten Zahlen, daß die Einwanderung eben alles andere als eine Bereicherung ist, wie nun mittlerweile sogar schon die CDU-Kanzlerin tönt, sondern fast ausschließlich auf einen schier selbstmörderischen Import von Leistungsempfängern hinausläuft. So lebten fast 100 Prozent der nach Deutschland gekommenen Kosovo-Albaner von Hartz IV, während zugleich pro Jahr 175.000 ausgebildete Deutsche, die Leistungsträger sein könnten, auswanderten.

Beachtung verdient darüber hinaus auch der Hinweis auf die Gefährdung der Demokratie durch die Politische Korrektheit: Sie verhindere augenscheinlich jedwede Meinungsvielfalt und sei daher ein Symptom für das Herannahen einer politischen Diktatur, die aus der jetzt bereits existierenden Meinungsdictatur zu erwachsen drohe.

Wer also wider besseren Wissens politisch-korrekt herumschwadroniere, mache sich damit letztlich des Verrats an den grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechten schuldig. Deshalb sei Widerstand jetzt die erste Bürgerpflicht. Und somit endet das Buch dann auch folgerichtig mit dem eindringlichen Appell: "Verhalten Sie sich politisch unkorrekt ... Nur dann haben wir die Chance, von einem Volk der Feiglinge wieder zu einem freien Volk der Dichter und Denker zu werden."

Michael Brückner und Udo Ulfkotte: "Politische Korrektheit. Von Gesinnungspolizisten und Meinungsdictatoren", ... Rottenburg 2013 ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 5. Januar 2014 über die Alleinschuld des Deutschen Reiches am Ausbruch des Ersten Weltkrieges: >>**Vom Sonderweg abkommen**
Thorsten Hinz

Im nun beginnenden Jahr 2014 wird sich zeigen, was außerhalb Deutschlands jeder weiß: Es gibt keinen europäischen Geschichtskonsens, keine große Erzählung von Europa, unter der die Nationen sich gleichberechtigt versammeln und die eine Grundlage für ein europäisches Staatsvolk schaffen könnte. Der Erste Weltkrieg, der vor 100 Jahren ausbrach und vor 96 Jahren endete, wird - jedenfalls in der Breite - nach wie vor aus nationalen Sichtweisen betrachtet und bewertet. Das mag bedauerlich und veränderungswürdig sein, aber es ist die Ausgangslage.

Die Deutschen als geschichtspolitische Musterschüler sind vor 50 Jahren, seit der sogenannten Fischer-Kontroverse ab etwa 1962, in Vorleistung getreten, indem sie für sich die Allein-, wenigstens aber die Hauptschuld am Kriegsausbruch 1914 reklamierten.

Eine Phalanx in Wissenschaft und Medien hält daran fest. Kanzlerin Angela Merkel sprang ihr bei, als sie am 11. November 2009 nach Paris reiste, um mit dem französischen Präsidenten den Jahrestag des Kriegsendes 1918 zu feiern. Sie sagte: "Wir werden nie vergessen, wie sehr in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Franzosen durch Deutsche zu leiden hatten." So verschwindet der Erste Weltkrieg im Schwarzen Loch der Mystifikationen, die sich um den Zweiten gebildet haben.

Neben der Beflissenheit und Einäugigkeit, die deutschen Politikern, Historikern und Journalisten eigen ist, spielt der Wunsch eine Rolle, die anderen Länder durch Selbstkasteiung zu beeindrucken, auf daß sie sich zum erheuchelten Ausgleich bereitfinden, der als "Versöhnung" bezeichnet wird.

Eine hochkomplexe Gemengelage

Nur denken die ehemaligen Kriegsgegner gar nicht daran, ihre nationale Geschichtsmythologie deshalb abzuändern. Zwar ist auch bei ihnen das Zeitalter des Nationalismus vorbei, doch werden sie das Jubiläum zur kollektiven Selbstvergewisserung nutzen und sich und die Welt

daran erinnern, wer den Krieg gewonnen und wer ihn verloren hat. Das muß nicht böse gemeint sein.

In Frankreich, Großbritannien und Italien heißt der Weltkrieg nicht umsonst der "Große Krieg". Die Verwüstungen in Nordfrankreich waren enorm, und bis heute gemahnen Denkmäler noch in den kleinsten Dörfern des Südens an den Blutzoll, welche die männliche Jugend des Landes zahlte. Für Großbritannien markiert das Jahr 1914 den Anfang vom Ende seines stolzen Empires.

Zum Umfeld des Krieges gehören die Pariser Vorortverträge, die das besiegte Deutschland knebelten und in Mittel- und Südosteuropa mehrere Klein- und Kunststaaten installierten, die sich wegen der programmierten Nationalitätenkonflikte zu kontinentalen Eiterherden entwickelten. Diese hochkomplexe Gemengelage aber läßt sich weder aus der schuldzentrierten deutschen noch aus der Siegerperspektive zusammenhängend erfassen.

Mächtige Schneisen in das geschichtspolitische Gestrüpp

Im Vorfeld des Jubiläums sind eine Reihe Bücher erschienen, die mächtige Schneisen in das geschichtspolitische Gestrüpp schlagen, in dem bundesdeutsche Historiker und Politiker sich seit 50 Jahren verfangen. Christopher Clarks "Schlafwandler" rollen den Kriegsausbruch vom Balkan her auf. Von deutscher Haupt- oder gar Alleinschuld bleibt da nichts übrig.

Ähnlich der Politikwissenschaftler Herfried Münkler, einer der wenigen Denker in der Bundesrepublik, die sich mit geopolitischen Problemen beschäftigen. In seinem Opus "Der Große Krieg" legt er dar, daß die Gegensätze zwischen den europäischen Großmächten eskalierten, weil sie nicht imstande waren, die Konflikte an der Peripherie des Kontinents zu befrieden.

Zu nennen ist das Buch "Der Weg in den Abgrund", mit dem Konrad Canis seine vorzügliche Trilogie zur Außenpolitik des Deutschen Kaiserreichs abschließt. Canis zeigt sehr genau die beschränkte politische Ratio auf, der die europäischen Schlafwandler jeweils folgten und die sich unbeabsichtigt zum großen Chaos summierte. Diese Bücher stellen Fragmente für eine mögliche europäische Großerzählung dar. Sie dürfte nicht danach fragen, wer "schuld" am Ersten Weltkrieg war, weil der Begriff eine moralische Anklage oder Verurteilung einschließt, sondern müßte nüchtern den "Beitrag" eines jeden Landes dazu feststellen.

Leider handelt es sich bei der Bundesrepublik, dem Herzland Europas, um einen pathologischen Fall. Fritz Fischers Schuld-Dogma herrscht zwar nicht uneingeschränkt, doch es wirkt lähmend. Fischer hatte mit seinem Buch "Griff nach der Weltmacht" keinen Schlüssel geliefert, um die Geschichte des Weltkriegs zu verstehen.

Er sorgte jedoch für ein reines Gewissen, indem er dessen unmittelbare und ferne Folgen für Deutschland legitimierte: Wenn das Deutsche Reich am Krieg die Alleinschuld trug, dann hatten die Deutschen keinen Grund, sich über den Versailler Vertrag zu beklagen, und die innenpolitische Radikalisierung, die in der nationalsozialistischen Machtergreifung mündete, war einzig und allein ihrer Verstocktheit zuzuschreiben.

Eine Traumwelt aus angehäufter Schuld

Die deutsche Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war dann nichts anderes als ein Konglomerat angehäufter Schuld. Deren Ergebnisse waren weniger ein politisches als ein moralisches Problem, das man löste, indem man die Teilung, den Verlust der Ostgebiete und die Vertreibungen als gerechte Strafe akzeptierte. Das ergab eine Geschichtstheologie, welche die Bundesrepublik in die beste aller möglichen Welten versetzte.

Es war und ist eine Traumwelt. Längst gibt es starke Argumente, um eine gesamteuropäische Erzählung zu formulieren. Sie hätte davon auszugehen, daß kein einziges Land in Europa den Weltkrieg gewonnen hat, sondern daß alle ihn im globalen Maßstab verloren haben. Andernfalls wird die gemeinsame Niederlage von 1914/18 sich als das Menetekel des finalen Zusammenbruchs erweisen.<<

Das Webmagazin "CHRISTLICHES FORUM" berichtete am 17. Januar 2014 (x1.004):

>>Schwedens "feministische" Anti-Familien-Politik und die verheerenden Folgen

Von Inge M. Thürkau

"Wie Kindertagesstätten eine Nation zerstören können" - Unter diesem Titel erschien zu Beginn des Jahres 2007 in der Zeitschrift "Medizin und Ideologie" der Bericht eines schwedischen Vaters über die familiäre Situation in dem - wegen seiner Kinder- und Familienpolitik europaweit so hochgepriesenen - Wohlfahrtsstaates Schweden.

Das Resümee seiner erschütternden Bestandsaufnahme, die er in einem Satz zusammenfaßte, lautet: Kindertagesstätten haben sich nach ca. 30-jähriger Erfahrung als "das größte soziale und wirtschaftliche Desaster des Jahrhunderts" entpuppt.

Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde in Schweden das Konzept "Kindertagesstätten" von den beiden Nobelpreisträgern Alva und Gunnar Myrdal propagiert, die davon sprachen *"eine neue Generation von Menschen zu schaffen, die besser in eine neue Weltordnung passen"* würden.

Ihnen wurde auch der Auftrag erteilt, Pläne für "die moderne Familie" und die Gesellschaft von morgen auszuarbeiten.

Immer aggressiver erschienen daraufhin in den hörigen Presseorganen die für Mütter demütigende Bezeichnungen wie "schwach", "dumm", "faul", "wenig ehrgeizig", die ihren Ruf entwürdigten.

Der damalige Premierminister Palmes verkündete den Tod der Hausfrau, sein Minister meinte, daß sie ins Museum gehöre, so daß immer mehr Frauen ihr Selbstvertrauen verloren und ihre Rechte und ihre Mütterlichkeit diesem System opferten.

Mit der Publikation unter dem Titel *"Die Familie der Zukunft: eine sozialistische Politik für die Familie"* legte die Regierung ihren Plan offen. Darin werden Kinder als *"Hindernisse für die Emanzipation der modernen Frau"* bezeichnet, und es wird empfohlen, die emotionale, intellektuelle und materielle Entwicklung der Kinder in die Verantwortung des Staates zu legen.

Ein gesetzlich verankertes Recht sorgte dafür, daß jedem Kind ab dem sechsten Monat ein Platz in einer öffentlichen Kindertagesstätte zugesichert wurde.

Die düstere Bilanz nach 3 Jahrzehnten

Heute nach 30 Jahren - so der Bericht des schwedischen Vaters - ist die soziale Situation im Land desolat: Gewalt in den Schulen und auf den Straßen, Bedrohung der Lehrer und Eltern, eine bestürzende Zahl an psychisch erkrankten Kindern, und eine erhöhte Selbstmordrate, nicht nur Erwachsener, sondern auch von Kindern, die oft "nicht älter sind als vier, fünf oder sechs Jahre".

Auch in Deutschland und in den übrigen Ländern der EU wird mit Hinweis auf Schweden dieses "Erfolgsrezept" flächendeckend propagiert. Auch hier ist das bisherige Ergebnis alles andere als ein Vorzeigemodell. Trotzdem wird es weitergetrieben, das Resultat aber wird dem schwedischen Fiasko gleichen.

Cui bono? - Wem soll es nützen?

Die allgemeine ideologische Strömung zielt auf die Zerschlagung der Familie, auf den Zusammenbruch des christlichen Wertefundaments unserer abendländischen Kultur. Es gilt, den neuen Menschen zu schaffen, der sich vollkommen einfügen läßt in die von Politikern jeder Farbe immer unverfrorener angepriesene Neue Weltordnung, in der vor allem für die christliche Religion kein Platz vorgesehen ist.<<

Das Webmagazin "CHRISTLICHES FORUM" berichtete am 2. Februar 2014 (x1.004):

>>Stuttgart: Demonstration gegen die Indoktrination unserer Kinder

Erlebnisbericht von Inge M. Thürkau

Die Initiative "Besorgte Eltern" hat für Samstag, den 1. Februar 2014, zu einer Demonstration gegen den "Bildungsplan 2015" in die Stuttgarter Innenstadt aufgerufen. Nach Polizeiangaben

haben sich ca. 600 Gegner des von den Grünen geforderten Plans zur Frühsexualisierung der Schulkinder auf dem Schloßplatz eingefunden.

Den Anhängern der Grünen und der *Interessengemeinschaft Christopher Street Day* (lt. Polizei ca. 500) war der Schillerplatz für ihre Demonstration zugewiesen worden; offenbar wollte man die beiden Gruppen auseinanderhalten.

Doch schon bei der Verlesung der Botschaft von Freifrau Hedwig von Beverfoerde (*Initiatorin der Internet-Kampagne "Familie sind WIR!"*) kam es zu den altbekannten phantasielosen Zwischenrufen *"Kein Gott, kein Staat, kein Patriarchat"* oder *"Eure Kinder werden so wie wir"* - und einige Male gelang es den Rabauken, das Mikrofon auszuschalten.

Trotzdem versuchte die Sprecherin bzw. Organisatorin Natalie Fromm, weiterhin die Botschaft der Baronin rüberzubringen. Darin wurde betont, daß Eltern allen Grund haben, besorgt zu sein, denn sie tragen die Verantwortung gerade für die sittliche Erziehung ihrer Kinder - und dieses natürliche Elternrecht wird von unserem Grundgesetz garantiert.

Doch das körperliche und sittliche Wohl der Kinder sei heute gefährdet durch eine grüne Landesregierung, die sich das staatliche Monopol der Schulpflicht zu Nutze machen will, um die Kinder schon von der ersten Klasse an mit Sexualität zu konfrontieren. Das sei ein gewalttätiger Einbruch in die Seele des Kindes und eine Verletzung des natürlichen Schamgefühls.

Zu einem solchen Vorgehen habe die Schule kein Recht. Die Erziehung in dem so sensiblen Bereich der Sexualität sei an erster Stelle ureigenstes Recht der Eltern. Die Rednerin forderte die Familien auf, diese ideologische Indoktrinierung nicht hinzunehmen. *"Wir müssen unsere christlichen Werte verteidigen"*, rief sie. Die Schule dürfe nicht zur Erfüllungsgehilfin einer interessierten Lobby werden.

Als zweiter Redner begrüßte Hans Christian Fromm, ein zweifacher Familienvater, die Mitstreiter aus nah und fern.

Er habe diese Demonstration angemeldet, weil er es skandalös finde, wie über die Petition von Gabriel Stängle in den Medien berichtet wurde, und wie stark die Landesregierung den Willen der Bürger unterdrücken will:

"In Deutschland herrscht inzwischen eine Atmosphäre der Angst. Wir werden verunglimpft, wo es nur geht. Dabei wird in der Berichterstattung der Schwerpunkt auf Homophobie gelegt. Wir sind nicht homophob", betonte Hans Christian Fromm, *"und wir lassen uns auch nicht als fundamentalistisch oder nazistisch abstempeln. Wir demonstrieren heute friedlich für unser elterliches Grundrecht, das die Landesregierung unter Wilfried Kretschmann mit Füßen tritt. Wir demonstrieren heute für eine freie Gesellschaft, in der Eltern nicht verhaftet werden."*

Auch diese Rede wurde durch Geschrei und unflätige Zwischenrufe von gegnerischer Seite unterbrochen. Die Polizei mußte gerufen werden, die beobachtend in einiger Entfernung stand. Es entstanden Rangeleien mit den Beamten und offensichtlich gab es auch einige Festnahmen.

Mathias von Gersdorff, der Leiter der Frankfurter Aktion *"Kinder in Gefahr"*, machte darauf aufmerksam, daß der Protest im Bundesland Baden-Württemberg *"in dieser massiven Form ein Beispiel für Deutschland gibt"*, weil die Menschen sich trotz der Hetze und trotz des gesamten Widerstandes der Medien und vieler Gruppen nicht einschüchtern lassen.

"Deshalb freue ich mich", sagte M. von Gersdorff, *"daß von Stuttgart ein Signal ausgeht, ein Signal für christliche Werte und für die gesunde Erziehung der Kinder."*

Der Redner bedankte sich im Namen vieler Menschen aus Hessen, als deren Vertreter er sich sieht, für diesen Einsatz und hob hervor, daß die Freiheit verteidigt werden muß, weil es Menschen gibt, die keinen Sinn haben für das Grundrecht Demonstrationsfreiheit. Aber Christen würden selbst die Freiheit dieser Andersdenkenden verteidigen.

Nach diesen Reden war geplant, am neuen Schloß vorbei in die Stauffenbergstraße bis vor das Staatstheater zu marschieren. *"Wir sind die Eltern, schützt unsere Kinder"* skandierend, setzte

der Zug sich auch in Bewegung, doch die Gegendemonstranten versperrten ihnen den Weg. Es war nicht festzustellen, ob die Polizei nicht einschreiten konnte oder nicht wollte. Sie hielt auf jeden Fall beide Seiten auf Distanz. Während die Verteidiger der Gleichberechtigung aller sexuellen Orientierung, homosexueller Akzeptanz und Toleranz ihre wütenden Parolen schrien, stimmten die Demonstranten der Initiative "Besorgte Eltern" das Lied "*Großer Gott wir loben Dich*" an.

Wie immer die politische Entscheidung in Bezug auf den "Bildungsplan 2015" auch ausfallen wird: Es regt sich Widerstand gegen das Umerziehungsprogramm nicht nur der Kinder, sondern der gesamten Gesellschaft, Widerstand gegen die "Neue Weltordnung der Sexualität". ...<<

Das Webmagazin "CHRISTLICHES FORUM" berichtete am 1. März 2014 über eine Rede von Inge Thürk auf in Stuttgart (x1.004): >>Ansprache von Inge Thürk pro Elternrecht am 1. März 2014

Danke, daß Ihr auch heute am 1. März wieder so zahlreich auf den Schloßplatz gekommen seid, um Euren Rechten als Eltern Ausdruck zu verschaffen.

Es ist in keiner Weise glaubwürdig, wenn von Seiten der grün-roten Bildungspolitiker behauptet wird, es ginge nur darum, in den Schulen ein Umfeld für Toleranz, Offenheit und gegenseitigen Respekt für verschiedene Lebens- und Liebesweisen zu verschaffen, es bestünde keine Absicht zur Umerziehung.

Die Leitprinzipien des Bildungsplanes sowie der 2012 ins Leben gerufene landesweite Aktionsplan für die "Akzeptanz sexueller Vielfalt" sprechen eine andere Sprache. Dort geht eindeutig daraus hervor, daß Bildung und Erziehung in den Schulen mit den Farben des Regenbogens durchgezogen werden sollen.

Das Emblem auf dem Papier für "*Lesbische und Schwule Lebensweisen*" mit dem Untertitel "Wir bilden die Zukunft" der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft zeigt unmißverständlich eine Fahne in den Regenbogenfarben.

Soll dies ein Vorgeschmack auf die eventuelle Neugestaltung der Nationalflagge sein - nicht mehr Schwarz-Rot-Gold, sondern Regenbogen?

Der Einmarsch der deutschen Sportler in Sotschi im Regenbogenkostüm könnte diesen Eindruck noch verstärken und zeigt vor allem, wie weit die Diktatur des Regenbogens schon weltweit in Fahrt gekommen ist.

Ideologischer Zwang der Gender-Lobby

Es gehört zum Christsein, daß jeder Mensch in seiner Individualität und Einzigartigkeit vor Gott angenommen wird.

Doch können wir nicht akzeptieren, daß an allen öffentlichen Schulen alle Schüler schon von der 1. Klasse an oder noch früher vergendert werden, d.h. in verschiedene sexuelle Lebens- und Liebesweisen eingeführt werden sollen, wie z.B. homosexuell, lesbisch, bi-, transsexuell usw.; in der Zwischenzeit soll es ja - vorläufig wenigstens - 58 Geschlechter geben, die wir alle - nach Ansicht der Gender-Lobbyisten - als völlig **gleichwertig zu betrachten haben**.

Das ist ideologischer Zwang. Eine Minderheit von Gender-Gläubigen bzw. ihre Lobby will der Mehrheit der Bevölkerung eine neue Ideologie aufdrängen.

Hinter dem Genderismus steht der Gedanke, den Menschen von allen angeblich natürlichen Auffassungen zu befreien. Um dies zu erreichen, brauche es eine gendergerechte geistige Umerziehung, die so früh wie möglich beginnen soll.

Inzwischen schreckt man nicht davor zurück, die Neuformung der Geschlechtsidentität nicht nur in Kindergärten und Schulen, sondern bereits schon in Kindertagesstätten anzusetzen. Um deutlich zu machen, worum es sich bei den Kitas im Grunde handelt, nennt man sie ganz offen "gendered institutions".

Der Hintergedanke dieser Gender-Institutionen ist, daß ein auf diese Art umerzogenes Kind

sehr früh begreifen lernen soll, daß es nicht nur Mann und Frau gibt, sondern daß die Palette viel bunter und reichhaltiger ist. Die Kinder sollen beizeiten lernen, selbst wie Homos, Lesben, Bi- und Transsexuelle usw. zu leben.

Auch werden Kindergarten- und Schulbücher geändert in dem Sinn, daß nicht mehr von einer Ehe zwischen einem Mann und einer Frau die Rede sein darf, weil dies die übrigen 58 Geschlechter diskriminieren würde.

Leitbild der klassischen Ehe entschwindet

Auf diese Weise wird den Kindern immer mehr das Leitbild der monogamen Ehe von einem Mann und einer Frau als Orientierung für ihr Leben genommen. Kinder lernen nicht mehr, daß Ehefähigkeit eine kulturelle Leistung ist, die erst entwickelt werden muß.

"Nach Karl Marx ist die Auflösung der Familie eine der Hauptaufgaben der sozialen Revolution." - Doch gerade in Revolutionen und Kriegen, in den schweren Zeiten der vergangenen Jahrhunderte hat sich eines deutlich gezeigt: *"Die Familie ist der wärmste Ort gegen die Kälte dieser Welt"*.

Seit über einem halben Jahrhundert leben wir hier im Westen ohne Krieg, in vollständiger sozialer Sicherheit. In dieser behaglichen Ruhe des Wohlstands haben wir nun eine Theorie entwickelt, die dem gesunden Menschenverstand völlig zuwiderläuft: der strategische Plan zur Umwandlung der Gesellschaft im Namen von Gender Mainstreaming; eine Ideologie, die sämtliche gesellschaftliche, kulturelle und religiöse Werte in Frage stellt.

Frühsexualisierung der Kinder

Eines der erfolgreichsten Mittel, Gender in der Gesellschaft durchzusetzen, ist die Frühsexualisierung von Kindern, die diesem totalitären Zugriff hilflos ausgesetzt werden.

Man konfrontiert sie in den Schulen mit Materialien, die nur allzu oft die Schamgrenze überschreiten. Wie eine Unterrichtsstunde gendergerecht ablaufen kann, schildert ein Bericht aus der Schweiz.

12-jährige beschreiben den Besuch der "Sextante", wie sie die Aufklärerin nennen. Sie sei ihnen eher negativ in Erinnerung geblieben, schreiben sie. Über einige ihrer Äußerungen waren die Schüler und Schülerinnen schockiert. Manche hatten Probleme mit vulgären Begriffen und wollten sie aus Scham nicht aussprechen. Sie wurden aber gezwungen, sie doch auszusprechen. Die Sextante meinte, sie sollen doch keine Hemmungen haben und einfach reden, wie ihnen der Schnabel gewachsen sei.

Zerstörung des natürlichen Schamgefühls

Warum will man die Scham der Kinder zerstören? Ist dies nicht im Grunde sexuelle Belästigung von Kindern und Jugendlichen, wenn sie sich mit sexuellen Fragen auseinandersetzen müssen, die sie noch gar nicht interessieren?

Offensichtlich hat uns der Ausspruch Lenins eingeholt, der sagte: *"Interessiert die Jugend für Sex und ihr habt sie in der Hand."* - Ich kann die Jugendlichen nur dazu ermuntern, über ihre Erfahrungen und Empfindungen zu berichten in Bezug auf die Gender-Umerziehung in den Schulen.

Sigmund Freud wußte, wovon er sprach, wenn er warnte, daß Kinder, die (früh) sexuell stimuliert werden, nicht mehr erziehungsfähig sind, die Zerstörung der Scham bewirke eine Enthemmung auf allen anderen Gebieten.

Gender: Zukunftsprogramm der UNO

Sexualisierung der Kinder ist der Schlüssel zur Destruktion der Familie und der Religion, sie führt zur Bindungslosigkeit und letztlich zum Untergang des Staates. Menschen, die losgelöst sind von allen Bindungen, sind leicht einzubinden in das, was heute offen, auch von unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel als *Neue Weltordnung* bezeichnet wird.

Die Neue Weltordnung ist keine Verschwörungstheorie, sondern das Zukunftsprogramm der zurzeit mächtigsten Organisation der Welt: der UNO, und Gender Mainstreaming ist eines

ihrer mächtigsten Programme.

Wo bleibt eigentlich in der ganzen Diskussion unser Recht für eine selbstbewußte und selbstbestimmte Entscheidung für Ehe und Familie, bestehend aus einem Mann und einer Frau, wie es im Grundgesetz verankert ist, und wie sie nicht nur in der jüdisch-christlichen Kultur, sondern in den verschiedensten Kulturen seit Jahrtausenden gelebt wird?

Im Übrigen darf die Frage erlaubt sein: Was geht eigentlich in Menschen vor, die sich Lehrmaterialien ausdenken, wie wir sie im Bildungsplan 2015 vorfinden und sie auch anwenden?

Denken wir denn nicht daran, daß nachfolgende Generationen eines Tages auch über uns urteilen werden? Daß Kinder ihre Eltern eines Tages fragen werden, wo wart ihr, als es darum ging, politisch korrekt die traditionelle Ehe zwischen Mann und Frau in Frage zu stellen?

Wo wart ihr, als man versuchte, uns in der Schule verschiedene Liebesweisen schmackhaft zu machen und wir uns dadurch beschmutzt und mißbraucht fühlten?

Wo wart ihr, als die Begriffe Mann und Frau politisch korrekt in staatlichen Dokumenten gestrichen wurden und die Begriffe Vater und Mutter durch Elter I oder Elter II ersetzt wurden, wie es in einigen Ländern schon geschehen ist?

Armutszeugnis für Demokratie und Meinungsfreiheit

Habt ihr euch deshalb nicht zu Wort gemeldet, weil Kritik an der Gender-Ideologie mit Verleumdungen wie reaktionär, faschistisch, rassistisch, homophob, fundamentalistisch usw. bedacht wurde? Wart ihr durch diese primitiven Beschimpfungen so verunsichert, daß ihr nicht erkannt habt, daß sie nichts anderes sind als ein Armutszeugnis für Meinungsfreiheit und Demokratie?

Herr Ministerpräsident Kretschmann, Sie selbst sind nicht nur Familienvater, Sie sind auch unser Landesvater und - Sie sind katholischer Christ und in dieser Eigenschaft erlaube ich mir, Sie nun anzusprechen: Wir bitten Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um die Gender-Ideologie zumindest in Ihrem Regierungsbereich Baden-Württemberg zu stoppen, um uns und unsere Kinder zu bewahren - vor der Neuen Weltordnung der Sexualität.

Unsere Autorin Inge M. Thürkauf ist Theaterschauspielerinnen und katholische Publizistin; sie lebt im Schwarzwald.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. März 2014: >>Eine geheime Elite wollte Krieg

Zwei britische Historiker richten den Fokus auf einen einflußreichen Zirkel in Großbritannien, der lange vor Beginn des Ersten Weltkriegs die militärische Niederwerfung Deutschlands anstrebte

Hans Fenske

Die weithin für richtig gehaltene Ansicht, das Deutsche Reich trage den überwiegenden Teil der Verantwortung für den Kriegsausbruch 1914, wird zunehmend in Frage gestellt. In seinem Buch "Die Schlafwandler" sagte Christopher Clark vor kurzem zwar abschließend, daß keine europäische Großmacht damals den Krieg unbedingt wollte, seine Darstellung zeigt aber doch, daß vor allem Rußland die Signale entschlossen auf Krieg stellte und daß der deutsche Anteil an der Auslösung der Katastrophe sehr gering war.

Aufstieg Deutschlands sahen sie mit großem Unbehagen

Noch klarer machen die beiden englischen Autoren Gerry Docherty und Jim MacGregor gegen einen großen Teil der bisherigen Geschichtsschreibung zum Ersten Weltkrieg Front. Gleich zu Beginn ihrer auf einer breiten Quellen- und Literaturbasis beruhenden Studie sagen sie, daß zwar die entsetzliche Verschwendung von Menschenleben zwischen 1914 und 1918 sehr richtig dargestellt werde, daß aber die Wahrheit darüber, wie all das begann und wie es unnötigerweise und bewußt über 1915 hinaus verlängert wurde, hundert Jahre verdeckt blieb und die Tatsache verheimlicht wurde, "daß Großbritannien, nicht Deutschland, für den Krieg verantwortlich war".

Zum Erweis dessen holen sie weit aus und führen den Leser vom Beginn der britischen Expansion in Südafrika im späten 19. Jahrhundert bis zum August 1914. Der Julikrise jenes Jahres ist ein knappes Drittel ihrer Studie gewidmet. Sie verweisen darauf, daß 1891 auf Betreiben des imperialistischen Vordenkers Cecil Rhodes eine geheime Vereinigung einflußreicher Persönlichkeiten in Großbritannien und den Vereinigten Staaten entstand, die einen engen Zusammenschluß der beiden Mächte und damit die angelsächsische Dominanz in der Welt anstrebte.

Die Mitglieder dieses Netzwerkes - von den Autoren "die geheime Elite" genannt - hatten entscheidenden Einfluß auf die britische Außenpolitik, zumal seit dem Amtsantritt von Edward Grey, einem führenden Mitglied des Kreises, als Außenminister Ende 1905.

Auch in Paris und Sankt Petersburg wirkten sie tatkräftig für ihre Zielsetzung. Den raschen wirtschaftlichen Aufstieg des Deutschen Reiches sahen sie mit großem Unbehagen. Sie wollten Deutschland möglichst schwächen, auch durch Anwendung von Gewalt. Dazu brauchten sie einen kontinentalen Partner und fanden ihn 1904 in Frankreich. 1907 kam Rußland hinzu. Schon in der ersten Marokkokrise 1905/1906 dachten die führenden Persönlichkeiten des Netzwerks an Krieg gegen das Deutsche Reich, während Deutschland zur Verständigung bereit war und dafür die Unterstützung des amerikanischen Präsidenten fand.

Es kam zu einer engen Zusammenarbeit zwischen dem britischen und dem französischen Generalstab, in die auch Belgien einbezogen wurde. Sie dauerte auch nach der Überwindung der Krise an. Während der zweiten Marokkokrise 1911 wollte die "geheime Elite" wiederum den Krieg. Der Leiter der Operationsabteilung im britischen Kriegsministerium reiste nach Paris und erarbeitete dort mit einem französischen General einen Feldzugsplan, dem zufolge ein britisches Expeditionskorps in Stärke von 150.000 Mann in Frankreich eingesetzt werden sollte. Darüber wurde am 23. August im Committee of Imperial Defence gesprochen.

Doppelspiel vor dem Unterhaus im Juli 1914

Als im November Informationen über diese Sitzung durchsickerten, gab es eine erregte Debatte im britischen Kabinett. Sie endete mit dem Beschluß, daß es keine Absprache des Generalstabs mit fremden Generalstäben geben dürfe. Daran hielt sich das Kriegsministerium in der Folge aber nicht, nur agierten die Männer des Netzwerks fortan noch mehr im Verborgenen. Die beiden Autoren liefern viele Belege dafür, daß die "geheime Elite" auf einen Krieg mit Deutschland hinarbeitete.

Die irische Frage bot eine Möglichkeit, die britische Öffentlichkeit für den Krieg zu gewinnen. Mit in Deutschland gekauften und heimlich nach Irland gebrachten Waffen rüstete die "geheime Elite" dort Katholiken und Protestanten gegeneinander auf. Bei Bedarf konnte man sagen, das sei das Werk der Deutschen gewesen.

In der Julikrise 1914 war Grey von Anfang an zur Teilnahme Großbritanniens am großen Krieg entschlossen, konnte das aber selbstverständlich nicht offen sagen. Er tat so, als suche er Lösungsmöglichkeiten. Dem deutschen Botschafter sagte er wahrheitswidrig, Großbritannien sei keinerlei Verpflichtungen für den Fall eines europäischen Krieges eingegangen, in Sankt Petersburg dagegen ließ er sein völliges Einverständnis mit dem russischen Vorgehen aussprechen und mahnte nicht zur Zurückhaltung. Seinen Kabinettskollegen und den Abgeordneten des Unterhauses verschwieg er seine wahren Absichten.

Am 3. August erklärte er im Unterhaus, er und das Foreign Office hätten alles zur Erhaltung des Friedens getan, und unterstrich die Bedeutung der belgischen Neutralität. Sehr viel ausführlicher äußerte er sich sodann zur irischen Frage. Eine Aussprache über seine Rede ließ er abwürgen, zu einer Abstimmung kam es nicht - er wußte, daß zahlreiche Abgeordnete anders dachten als er. Docherty und MacGregor nennen sein Verhalten in der Krise doppelzünftig und undemokratisch. Reichskanzler Bethmann Hollweg bescheinigen sie, der einzige europäische Spitzenpolitiker gewesen zu sein, der den Krieg zu verhindern versuchte.

Den Einfluß der "geheimen Elite" auf die Politik Rußlands und Frankreichs veranschlagen die beiden Autoren zu hoch. Die von Sankt Petersburg getriebene Balkanpolitik, die den Krieg auslöste, war ein ganz eigenständiges russisches Konzept, und für die Frontstellung vieler französischer Spitzenpolitiker gegenüber Deutschland bedurfte es ebensowenig einer Ermunterung aus London. Der Wert der sehr aufschlußreichen Studie von Docherty und MacGregor liegt in dem Nachweis, daß der Anteil Großbritanniens am Ausbruch des Ersten Weltkriegs sehr viel größer war, als gemeinhin angenommen wird. Es wäre zu begrüßen, wenn sich ein Verlag fände, der das Werk in deutscher Sprache vorlegte.

Prof. Dr. Hans Fenske lehrte Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau. Im Herbst 2013 erschien im Münchner Olzog Verlag sein Buch "Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914-1919".

Gerry Docherty, Jim MacGregor: Hidden History. The Secret Origins of the First World War. Mainstream Publishing Company, Edinburgh 2013 ...<<

Das Webmagazin "CHRISTLICHES FORUM" berichtete am 22. April 2014 (x1.004): >>**Die Auferstehung Christi und die moderne Naturwissenschaft**

Von Inge M. Thürkauf

Auf den ersten Blick scheint die Gegenüberstellung von Auferstehung Christi und Naturwissenschaft provokant.

Wie soll ein Ereignis, das im Bereich der Transzendenz seine Erklärung findet, mit einer dem rein Irdischen zugewandten Wissenschaft in Verbindung zu bringen sein?

Und doch hat nichts den Glauben an die Realität der Auferstehung Christi so zerrüttet wie die



zeitgenössische Erforschung der Natur.

Durch die Macht und die Erfolge der Technik in den letzten hundert Jahren erlangte die moderne, sich als wertfrei verstehende Naturwissenschaft eine hohe Autorität.

Für nicht wenige ist sie eine Ersatzreligion geworden. Sie hat es zustande gebracht, daß ein wahrer Kahlschlag an Glaubenswahrheiten stattgefunden hat. Der Glaube an Gott wurde vom Glauben an die Wissenschaft verdrängt.

Dabei wird vergessen, daß nicht an die Wissenschaft, sondern in der Wissenschaft geglaubt werden soll, und zwar an den, der die Wissenschaft durch seine Geschöpfe überhaupt ermöglicht - an Gott.

Der Glaube der Kirche an Jesu Auferstehung

Zentraler Inhalt der christlichen Lehre ist der Glaube an die wirkliche und leibhaftige Auferstehung des gekreuzigten Jesus. Aber gerade dieses "Heiligtum unseres Glaubens" wird nicht

nur entweiht, sondern in der modernen Exegese sogar geleugnet, ungeachtet des Bekenntnisses ungezählter Heiligen, die sich ausnahmslos zum Ostergeheimnis bekannt haben.

Der hl. Augustinus nennt die Ostervigil die "Mutter aller Vigilien" und spricht von der zweifachen Auferstehung, die wir in der Osternacht feiern: die Auferstehung Christi, des Hauptes der Kirche, und die geistige Auferstehung der Glieder seines Leibes, der Gläubigen, in der Taufe oder in der Erneuerung der Taufe in der Osternacht. In der ganzen Liturgie der Osterfeier offenbart die Kirche die überschwengliche Liebe Gottes, der nicht gezögert hat, seinen eigenen Sohn zum Tod am Kreuze hinzugeben, um sein ungetreues Geschöpf zu erlösen.

Der hl. Paulus hat vor den Angriffen auf den Glauben gewarnt. In seinem ersten Brief an die Korinther weist er auf die Konsequenzen der Leugnung der Auferstehung hin, wenn er sagt: *"Wenn aber Christus nicht auferstanden ist, so ist euer Glaube eitel; denn ihr seid dann noch in euren Sünden"* (15, 17), mit anderen Worten: das ganze Evangelium wäre somit unwahr.



Nun hat aber Jesus selbst seine Auferstehung als Zeichen und Siegel seiner messianischen und göttlichen Würde verstanden (*Johannes 2, 18 ff., Matthäus 12, 38*). Wäre also seine Auferstehung eine reine Legende, so würde er schon längst als falscher Prophet entlarvt worden sein. Auch der hl. Chrysostomus mahnt:

"Ist Christus nicht auferstanden, so ist er nicht der wahre Messias, da dieser nach der heiligen Schrift auferstehen mußte. Ist er nicht der wahre Messias, so ist er nicht derjenige, welcher der heiligen Schrift gemäß für unsere Sünden genügt haben mußte, also sind uns die Sünden noch nicht nachgelassen."

Das würde bedeuten, daß alle, welche glauben in Christus erlöst zu sein, sich irren. Sie sterben in Sünden und sind daher verloren (*1. Korinther 15, 18*). *"Das Verdienst des Christen besteht eben nicht darin, zu glauben, daß Christus gestorben ist, sondern zu glauben, daß er von den Toten auferstanden ist."*

Der Unglaube der Mündigen

Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNC Emnid für das Nachrichtenmagazin FOCUS im April 2011 glauben 62 % der Deutschen nicht mehr an die Ostergeschichte, in Frankreich (nach einer Umfrage von PELERIN) einer von zehn, dafür haben sich 7 % für die Reinkarnation entschieden. Dieses Ergebnis würde letztlich bedeuten, daß sich ein großer Teil - was Europa betrifft - von Jesus abgewandt hat.

Ein Blick auf *"Das Jahrhundert ohne Gott"* (Alfred Müller-Armack), das mit dekadent oder verraten nur oberflächlich beschrieben werden kann, zeigt sich hier eine gefährliche Richtung in die selbst gewählte Verlorenheit, vor der Paulus gewarnt hat.

Geschichtliche Bestätigung des Todes Christi ...

Jesu Tod am Kreuz unter Pontius Pilatus in Judäa ist durch nichtchristliche historische Aufzeichnungen schon früh beglaubigt worden. Zunächst von Flavius Josephus (37-00), Corneli-

us Tacitus (58-120), Lukian von Samosata (120-180), Maimonides (1135-1204), aber auch vom jüdischen Sanhedrin (der Hohe Rat in Jerusalem, die oberste jüdische, religiöse und politische Instanz und gleichzeitig das oberste Gericht).

...und seine Auferstehung - Hypothese?

Hingegen wird der "freudvollste Tag der Weltgeschichte", die Auferstehung des Herrn, sein einmaliger Sieg über Sünde und Tod von Anfang an in Zweifel gezogen. Aber, wie P. Gabriel in seinem Betrachtungsbuch "Geheimnis der Gottesfreundschaft" schreibt, erfahren "nur die ehrlichen und geraden Seelen, die mit Liebe die Wahrheit suchen und, mehr noch, die Wahrheit tun", die Freude der Auferstehung in ihrer ganzen Fülle. Allein der Unglaube jener, die von der Wahrheit abgeirrt sind, kann sich mit absurden Hypothesen gegen das Wunder der Auferstehung auflehnen.

Angefangen bei der sogenannten Betrugshypothese. Sie steht schon im Evangelium, und gibt vor, die Jünger hätten den Leichnam Jesu gestohlen, während die Wachen schliefen, um dann behaupten zu können, Christus sei auferstanden. "O unglückselige Arglist", ruft Augustinus empört, "schlafende Zeugen rufst du an? Wahrlich, du selbst bist in Schlaf versunken."

Dann die Verwehlungshypothese, die Scheintodhypothese, die Beseitigungshypothese, wo nicht die Apostel den Leichnam Jesu fortgeschafft haben sollen, sondern irgend jemand anders.

Einen anerkannten Rang nimmt der Erklärungsversuch einer Evolutionshypothese ein, die annimmt, "der Auferstehungsglaube sei eine 'Verdichtung' von damals gängigen religiösen Ideen und Erwartungen."

Nicht die Auferstehung Jesu sei ein geschichtliches Ereignis, geschichtlich sei nur der Glaube an die Auferstehung, also die Überzeugung ohne jegliche Ursache sei geschichtlich. Es wird auf die alttestamentlichen Verheißungen und Erwartungen verwiesen, *"auf die hellenistischen Mythen und Mysterien von den sterbenden und wiederauferstehenden Göttern sowie auf die spätjüdische Apokalyptik mit ihren Auferstehungs- und Entrückungsvorstellungen."*

Am hartnäckigsten hält sich die subjektive Visions- oder Halluzinationshypothese, eine moderne, psychologisch aufbereitete Version, die aus der liberal-protestantischen Theologie hervorgegangen ist und seit Mitte des 20. Jahrhunderts immer stärker auch die katholische Theologie durchdrungen hat, wonach die durch Christi Tod tief betrüben Jünger so verwirrt wurden, daß sie durch die Sinnestäuschungen ihrer überreizten Phantasie glaubten, Christus tatsächlich gesehen zu haben.

Diese Annahme ist allein schon deshalb völlig irrig, weil die Jünger der Auferstehung Christi den größten Widerstand entgegengebracht haben. Die beiden Emmausjünger hatten ihre Zukunft auf ein anderes Ziel gesetzt. Sie hofften, daß *"Christus Israel erlösen werde"* (Lukas 24, 21).

Doch als sie dies auf ihrem Weg zurück nach Emmaus erwogen, hatte die Erlösung bereits stattgefunden. Im Grunde hatten sie die Erlösung gar nicht realisiert, weil sie das Ereignis um Jesus nur auf das Irdische bezogen. So wanderten sie wieder nach Hause, und die andern Jünger kehrten zu ihrem Beruf zurück. Auch die frommen Frauen dachten nicht an die Auferstehung, als sie hingingen, den Leichnam Jesu zu salben, um ihn vor der Verwesung zu schützen. Das Faktum der Auferstehung ihres HERRN zeigte sich später im Verhalten der Jünger, nachdem ihnen Jesus erschienen war.

Denn dieselben Männer, die flohen und am Glauben an den mächtigen Wundertäter Jesus zu zweifeln begannen, als sie erfuhren, wie qualvoll ihr Meister unter dem Gelächter der Menge am Kreuz verstarb, sie gründeten später die Kirche, wirkten die gleichen Wunderheilungen wie Jesus und waren stolz darauf, für ihn leiden und sterben zu dürfen, und zwar einzig aus der Gewißheit, daß auch sie wie ER einst auferstehen werden.

Diese Zuversicht hat sie geistig unbesiegbar gemacht. Grundlage für das Zeugnis von der

Auferstehung Jesu ist daher nicht der Glaube daran, sondern die Tatsache seiner Auferstehung.

Thomas - der Naturwissenschaftler

Sowohl die Evangelien als auch die Apostelgeschichte berichten von der Begegnung Jesu mit seinen Jüngern, von seinen Unterweisungen an sie - und zwar nach seinem Tod am Kreuz. Besonders eindrücklich schildert das Johannesevangelium am Beispiel des Apostels Thomas die Bekehrung zum Glauben an die Auferstehung des Herrn. Bei der Erscheinung Jesu im Jüngerkreis am Abend des Auferstehungstages fehlte er. Gegenüber den begeisterten Berichten über das Wiedersehen mit ihrem Meister verhielt er sich ablehnend.

Er wollte zuerst mit seinen Händen forschen und das Mal der Nägel sehen und die Hand in Jesu Seite legen, bevor er sich auf "das Wagnis des Glaubens einlassen" könne.

So gesehen, war der hl. Thomas der Naturwissenschaftler unter den Aposteln, der nur glaubte, was er "sehen" und "begreifen" konnte. Doch Thomas, nachdem er den Herrn gesehen hatte, sank auf die Knie mit den Worten: *"Mein Herr und mein Gott"* (Johannes 20, 28) und bekannte damit, daß Jesus Christus wahrer Mensch und wahrer Gott ist.

Thomas hat den Namen Gottes geheiligt, als Vorbild für die Wissenschaftler, die mit ihrer Forschung den Namen des Vaters nicht vergessen, sondern heiligen sollen. Statt dessen fordern sie Erklärungen, die es jedoch für den Glauben nicht geben kann.

Erkenntnistheoretisch ist die Auferstehung des Herrn mit den Wahrnehmungen jener verbunden, denen der Herr erschienen ist. Daher gibt es nur eines: entweder ist der Herr mir selber erschienen, oder ich glaube jenen, denen er erschienen ist. *Tertium non datur* - ein Drittes gibt es nicht. Dasselbe gilt für die Wundertaten Christi: entweder war ich selber dabei als Jesus die Wunder wirkte, oder ich glaube jenen, die dabeigewesen sind.

Die Widerfahrnisse der modernen Theologen

Trotz der von den Evangelien und der 2.000jährigen Lehre der Kirche verkündeten Auferstehung Christi behauptet nach wie vor eine liberal-rationalistische Theologie, diese habe sich lediglich im Glaubenserlebnis der Jünger manifestiert, sie könne nicht als ein historisches Ereignis betrachtet werden. *"Historisch läßt sich nur feststellen, ... daß Menschen nach dem Tode Jesu ein ihnen geschehenes Widerfahrnis behaupteten, das sie als Sehen Jesu bezeichneten."*

Und dieses "Sehen" führte dann zur Schlußfolgerung, Jesus sei auferstanden. Die Jünger hätten in ihrem Innern die Gewißheit erfahren, daß die "Sache Jesu" weitergehe, d.h. daß der Meister ihnen nahe sei und in einer geistigen Weise unter ihnen weiterlebe.

Ostern ist daher für die zeitgenössische Theologie nicht mehr das Zentraldatum des christlichen Glaubens, schon gar kein grundsätzlicher Neuanfang, sondern nur die Voraussetzung, daß die "Sache Jesu" weitergeht.

Vordenker dieser Ideologie ist der evangelische Theologe Rudolf Bultmann, bekannt durch seine historisch-kritische Methode als Programm für die Entmythologisierung der Evangelien. Seine zentrale These lautet: *"Man kann "nicht elektrisches Licht und Radioapparate benutzen, in Krankheitsfällen modern medizinische und klinische Mittel in Anspruch nehmen und gleichzeitig an die Geister- und Wunderwelt des Neuen Testaments glauben", weil "mit dem modernen Denken (d.h. mit der Denkweise der zeitgenössischen Naturwissenschaft) die Kritik am neutestamentlichen Weltbild gegeben" sei.*

Ebenso würde sich *"durch die Kenntnis der Kräfte und Gesetze der Natur der Geister- und Dämonenglaube"* erledigen. Der Auferstehungsglaube ist daher für Bultmann "nichts anderes" als der Glaube an das Kreuz als Heilsereignis, d.h. an das schatologische Geschehen des Kreuzes.

In der Formulierung von der "Auferstehung" hätte das "Sehen" der Jünger seinen Niederschlag gefunden und schließlich auch seine Dogmatisierung durch das kirchliche Lehramt. Das

Dogma entspreche somit nicht einer historischen Tatsache, es sei lediglich ein Bild, ein Symbol für einen geistigen Vorgang, ein "Interpretament des Sehens", das sich in der Seele der Jünger abgespielt haben soll. Ein solches Interpretament könne man aber nicht verobjektivieren oder historisieren, es sei eine bloße Reflexionsaussage.

Was soll man als suchender oder im Glauben wankender Mensch mit solchen "Interpretamenten" anfangen, die im Vergleich zu den Texten der Liturgie, jener der Evangelien und der Schriften der Heiligen von einer erschütternden Dürftigkeit sind. Da wirft man doch am besten den ganzen Glauben über Bord. Ungezählte haben dies in den letzten Jahrzehnten getan. Wie schon erwähnt, weiß ein Großteil der Westeuropäer mit Ostern nichts mehr anzufangen.

Sind Wunder lediglich literarische Fiktionen?

Nicht nur die Auferstehung Christi, auch seine Wundertaten werden angezweifelt, wenn nicht gar geleugnet. Wissenschaftsgläubige Theologen lehnen die Wunder ab, da sie meinen, eine Durchbrechung der Naturgesetze sei nicht möglich.

So gerieten sie unter das Seziermesser einer aufgeklärten Theologie, die vor allem die Naturwunder zu bloßen literarischen Fiktionen reduziert hat.

In all diesen Fällen beruft man sich auf die Geisteshaltung der modernen Naturwissenschaft, weil der *"neuzeitliche Wandel in der Erfahrung von Welt und Geschichte bezüglich der Wunder Jesu zu einer doppelten Problematik führt: zu einer historischen und zu einer naturwissenschaftlichen. Die historische Skepsis gegenüber den Wunderberichten verlangt deren sorgfältige Prüfung, das naturwissenschaftliche Denken fordert eine grundlegende Neubesinnung auf den Wunderbegriff überhaupt."*

Zweifellos ist dem modernen Menschen das mythische Weltbild abhandengekommen. Mit Hilfe der historisch-kritischen Methode wird versucht, der Theologie eine Sicherheit aufzuzwingen, die nur die exakten Naturwissenschaften erbringen können.

Die Antwort des Naturwissenschaftlers Bruno Vollmert auf die Wissenschaftsgläubigkeit modernistischer Theologen ist eindeutig: *"Offenbarte Wahrheit und Wunder sind dem Experiment nicht zugänglich, und experimentell prüfbare Zustandsänderungen sind nicht Gegenstand des Glaubens."*

Die Wahrheit kann nicht veralten, so Max Thürkau, und die Kirche ist der Wahrheit verpflichtet und darf sich nicht von einer Wissenschaft bedrängen lassen, *"die ihren schnellen Fortschritt in der schnellen Veralterung ihrer Richtigkeiten sieht. Wissenschaftliche Theorien können mitsamt ihren Richtigkeiten veralten. ... Die Wahrheit der Botschaft Christi ist zeitlos. Die Aufgabe der Theologen kann es nicht sein, das Christentum dem Zeitgeist anzupassen ... Vielmehr besteht (ihre Aufgabe) darin, die Evangelien in der Sprache von heute zu verkünden, ... (d.h.) die Evangelien sollen in der Sprache, aber nicht im Geist von heute interpretiert werden."*

Deutliche Worte kommen auch von Seiten des bekannten Philosophen Dietrich von Hildebrand. Er spricht von einer "Fetischisierung" der Wissenschaft im Hinblick auf das Bestreben, aus der Wissenschaft eine Religion zu machen.

Sämtliche Bereiche des menschlichen Lebens sollen vom Standpunkt der Wissenschaft aus betrachtet werden. Es geht nicht mehr um die Wahrheit, sondern nur um das naturwissenschaftlich Beweisbare. Die Wissenschaft würde eine Art Götze, dem ohne Zögern alles übrige geopfert werde. *"Es geht um eine Vergötterung der Naturwissenschaft und ihre Methoden ... Nicht Wahrheit, sondern Wissenschaft ist das Idol."*

Die vergangenen Jahrhunderte haben uns gelehrt, daß sich die Wissenschaft ständig weiter entwickelt, sie kann uns daher von Natur aus niemals absolut sichere Erkenntnisse verbürgen, sondern nur wahrscheinliche, weil einmal gewonnene Ergebnisse durch neue ersetzt werden.

Für Kant hat die Physik Newtons noch als das Beispiel für Gewißheit bedeutet. Jedoch haben Newtons Theorien anderen Platz gemacht. *"Die Frage, ob Wunder geschehen, ist eine Sache*

des gesunden Verstandes und der ganz normalen historischen Phantasie, nicht aber des abschließenden physikalischen Experiments. Die alberne Pedanterie, bei Berichten von über-sinnlichen Erscheinungen auf 'wissenschaftliche Rahmenbedingungen' zu dringen, können wir uns getrost sparen."

Das Haupteigenkenntniswerkzeug der modernen Naturwissenschaft

Etwas muß den Argumenten Bultmanns und seinen Epigonen zugestanden werden: sie schei-nen die Diskrepanz zwischen der naturwissenschaftlichen Wirklichkeit und jener der Evange-lien erahnt zu haben.

Doch setzten sie das Messer an der falschen Stelle an. Sie wollten die Evangelien beschnei-den, sie hätten sich die Methoden der modernen Naturwissenschaft näher betrachten sollen. Diese können lediglich über die Meß- oder Machbarkeit der Dinge eine Aussage machen. Die Transzendenz, der metaphysische Gehalt oder gar die Heilsbotschaft der Evangelien ist einer solchen Wissenschaft verschlossen.

1) Die mechanistisch-deterministische Betrachtungsweise:

Die Ausführung lautet: Naturforscher, denke dir die Welt als einen Mechanismus. ... Diese Denkungsart ist für manche Bereiche der Welt mit mehr oder weniger Erfolg anwendbar. Ihre Anwendbarkeit wird jedoch dort problematisch, wo das Leben auftritt.

Und zwar ist die mechanistische Denkweise um so weniger anwendbar, je höher das Leben entwickelt ist. Wohl sind sogar beim Menschen Phänomene mechanistischer Art feststellbar, jedoch machen sie im Vergleich zur ganzen Wesenheit des Menschen einen verschwindend kleinen Teil aus.

2) Das systematisch-reproduzierbare Experiment:

Mit anderen Worten: Naturforscher, nimm deine von deinem Geist gelenkten Hände und brin-ge den gedachten Mechanismus im Laboratorium hervor ... Nur was auf solche Weise hervor-gebracht werden kann, hat den Rang des in der modernen Naturwissenschaft Bewiesenen. Al-les andere ist Hypothese oder bloße Spekulation. Das Experiment ist also ein zweischneidiges Schwert; es ist sowohl Erkenntniswerkzeug als auch Erkenntnisgrenze.

Systematisch-reproduzierbar bedeutet, daß das Experiment unabhängig von der Person des Experimentators in jedem entsprechend ausgerüsteten Laboratorium beliebig viele Male durchführbar sein muß. Das Haupteigenkenntniswerkzeug der modernen Naturwissenschaft ver-langt einerseits den Ausschluß jeder menschlichen Individualität und steht andererseits unter dem Sachzwang des reproduzierbaren Hervorbringenkönnens.

3) Das differentiell-kausale Prinzip:

Die Ausführung lautet: Naturforscher, wende die Mathematik als Werkzeug an (speziell die Differential- und Integralrechnung) und berechne sowohl den gedachten als auch den im La-boratorium hervorgebrachten, den gemachten Mechanismus. Bei dieser dritten Methode er-weist es sich, daß ihre Wirksamkeit dort endet, wo das Leben beginnt. Je höher ein Lebewesen entwickelt ist, um so geringer ist der Anteil des Berechenbaren. Das Unberechenbarste, das es gibt, ist der Mensch.

Dies ist die Methodentrilogie der modernen Naturwissenschaft, und wie die Erfolge der Tech-nik zeigen, ist es möglich, mit diesen Methoden wirksame, und vor allem zweckmäßige Na-turforschung zu betreiben.

Doch diese Naturforschung beschränkt sich nur auf Kopf und Hand, auf Denken und Experi-mentieren, was jedoch keinesfalls der Daseinstatsächlichkeit des Menschen entspricht, der eine Ganzheit von Kopf, Herz und Hand, von Denken, Fühlen und Handeln, von Geist, Seele und Körper ist.

Die Götter der Wissenschaft

Wie sehr die Welt den Machern der Technik huldigt und weniger den Denkern in der Wissen-schaft, ist am Beispiel des Amerikaners Thomas Alva Edison zu erkennen.

"Edison ist als Erfindergenie wie ein Gott verehrt worden, weil die staunenden Massen sich nicht vorstellen konnten, daß ein Mensch solche Maschinen machen kann: die Wunder der Technik. Die Verehrung galt der Person, die Unbegreifliches hervorbringen konnte; man nannte ihn den 'Zauberer von Menlo Park'.

Der Schöpfer der Welt, der als Mensch gewordener Gott sich das Leben, das die Menschen ihm genommen hatten, wieder gegeben hat - wie müßten wir ihn verehren, wenn wir ihn als das erkennen würden, was er ist: Gott, der Schöpfer der Welt, die auch für den intelligentesten Wissenschaftler - falls er ein Realist ist - unermesslich unbegreiflicher ist als alle Technik. Er ist die Person, die alle Personen erschaffen hat, schafft und schaffen wird, auch Edison und alle Wissenschaftler und Techniker. Wie müßten wir diese Person verehren! Tun wir das? Würden wir ihm wenigstens die Ehre geben, die wir einem berühmten Menschen geben."

"Wunder sind Tatsachen"

Am Beispiel der spontanen Heilung des Benediktinerbruders Leo Schwager aus dem Benediktiner Kloster Uznach in der Schweiz, der am 30. April 1952 in Lourdes in Gegenwart einer großen Menschenmenge von einer Sekunde zur andern von "Multipler Sklerose im Endstadium" geheilt wurde, soll gezeigt werden, daß es zweifellos spektakuläre Wunder gibt.

Nach Augenzeugenberichten wurde der schwer Gelähmte, der kaum einer Bewegung fähig war, beim eucharistischen Segen durch den Erzbischof von Lyon, Kardinal Gerlier, sozusagen aus dem Krankenwagen geschleudert. Der Kardinal war so erschrocken, daß er beinahe die Monstranz fallen ließ. Denn da lag der junge Benediktiner wie vom Blitz getroffen vor ihm und war vollkommen gesund.

Wie die Heilung genau zustande kam, hat niemand gesehen, es konnte nur die Tatsache konstatiert werden: Bruder Leo ist gesund und geht an der Seite des Schweizer Pilgerarztes, Dr. med. Jeger von Chur, frei und ohne Beschwerden zurück in seine Unterkunft.

Um einen naturwissenschaftlichen Beweis dieser Heilung von Bruder Leo erbringen zu können, hätte der ganze Vorgang wiederholt werden müssen, und zwar als systematisch reproduzierbares Experiment (siehe oben). Bruder Leo, ein zweites Mal todkrank auf seinem Pritschenwagen, wäre nach dem Segen des Erzbischofs mit dem Allerheiligsten in der Monstranz gesund vor ihm gelegen. Um als wissenschaftlicher Beweis zu gelten, müßte dieser Vorgang beliebig mal wiederholt werden.

Und dennoch bliebe den Wissenschaftsgläubigen die Frage nach dem Wie der Heilung ungeklärt, denn daß es nicht der Herr im Heiligsten Sakrament gewesen sein kann, steht für sie fest. So bleibt auch hier nur - wie so oft - als letzte Erklärung nicht der Einbruch einer andern Welt in unsere Vergänglichkeit, sondern der "Gott" Zufall.

Trotz offensichtlicher wunderbarer Ereignisse finden nicht einmal die Veröffentlichungen über Wunderberichte, die im Laufe der Kirchengeschichte bekannt wurden, Gnade bei den sich auf die historisch-kritische Methode berufenden Theologen.

"Man ist offensichtlich nicht einmal in der Lage, Wunder, die heute geschehen, zur Kenntnis zu nehmen, selbst wenn sie glaubhaft bezeugt und medizinisch nachgewiesen sind", klagt die evangelische Theologin Eta Linnemann.

Die Aussagen Bultmanns und seiner Epigonen sind nicht neu. Seitdem die neuzeitliche Naturwissenschaft ihren Siegeszug angetreten hat, finden natürliche Erklärungsgründe Zugang in die Theologie.

Pfarrer Richard Kocher geht in seiner Dissertationsschrift "Herausgeforderter Vorsehungsglaube" diesen Fragen nach.

Er zitiert aus Darwins Autobiographie, wo dieser berichtet, wie er dazu kam, nicht mehr an das Christentum als eine göttliche Offenbarung zu glauben; dabei äußerte er sich auch zu den Wundern, die ihm umso unglaublicher wurden, *"je mehr wir von den feststehenden Naturgesetzen kennenlernen."*

Viele Ereignisse, die in früheren Zeiten als Wunder betrachtet wurden, würden sich heute ganz natürlich erklären lassen. Eines Tages, so Darwin, werde es möglich sein, alle Wunder auf naturwissenschaftlicher Basis zu erklären; alles wäre somit nur eine Frage der Zeit."

Pfarrer Kocher kommentiert: *"Was der Mensch früher von der Huld einer Gottheit erwartete oder von einem Wunder, ist im heutigen wissenschaftlich-technischen Zeitalter 'machbar' geworden."*

Als weiteres Beispiel nennt er den Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker. Für ihn sind die technischen Errungenschaften ebenfalls Maßstab in der Beurteilung der Evangelien. Im ersten Band seines Werkes "Tragweite der Wissenschaft" meint von Weizsäcker:

"Die äußerlich sichtbarsten Wunder, von denen religiöser Glaube berichtet hat, waren die Speisung der Hungrigen, die Heilung der Kranken und die Zerstörung menschlichen Lebens durch unbegreifliche Macht; die technisierte Landwirtschaft und das Transportwesen, die moderne Medizin und Kriegstechnik tun genau solche Wunder."

Das ist reine Wissenschaftsgläubigkeit oder wie mein Mann an einer Stelle sagte: Wissenschaftsaberglauben.

Vom gesunden Menschenverstand aus gesehen ist es natürlich unhaltbar anzunehmen, daß Wunder irgend etwas mit elektrischem Licht oder mit Naturwissenschaft zu tun haben könnten.

Die Naturwissenschaft kann (siehe oben) mit ihren Methoden Wunder weder beweisen noch widerlegen, da ihr Erfahrungsbegriff ein anderer ist als jener der Theologie, die offen ist für die Wundertaten Gottes. Die Theologie rechnet sogar mit dieser Möglichkeit - oft gegen alle Hoffnung.

Worauf also beruhen dann die Wunder?

Die Antwort ist so schlicht, daß sie den wissenschaftsgläubigen Theologen kaum zugemutet werden kann: denn die Wunder beruhen darauf, daß Gott die Welt aus dem Nichts erschaffen hat, und daher muß er die Welt - wie Walter Hoeres dies mit der ihm eigenen Anschaulichkeit in einem Vortrag geschildert hat - so lange über dem Nichts halten, wie sie existiert.

Er muß also im Innersten mit den Geschöpfen mitwirken. Darauf beruht nun die Möglichkeit, daß er jederzeit, wenn er es für angemessen hält, irdische Erscheinungen aufhalten kann. Damit ein Wunder geschehen kann, muß Gott mitwirken. Auch hier gilt: *"Ohne mich könnt ihr nichts tun"* (Johannes 15, 5).

Auf der Logik des Schöpfungsgedankens also beruht die Möglichkeit der Wunder. *"Diese Weisheit ist in der modernen Theologie verloren gegangen, der 2.000jährigen Tradition der Kirche ist dies aber bekannt."*

Begriffliche Zweideutigkeiten in der Theologie

Dieser Kirche ist auch bekannt, daß begriffliche Zweideutigkeiten notgedrungen zu Verunsicherung im Glauben führen. Nun aber wird in der neuen Theologie mit Vorliebe nicht von der Auferstehung Christi, sondern von der Auferweckung gesprochen.

Das ist in sich nicht falsch. Von Auferweckung kann man sprechen, wenn dieser Begriff in Zusammenhang mit Gott-Vater genannt wird: *"Gott hat ihn von den Toten auferweckt ..."*, wie der heilige Paulus in seinem Römerbrief schreibt (10, 9).

Jesus ist wahrer Mensch und wahrer Gott. Als wahrer Mensch wurde er von Gott-Vater von den Toten auferweckt. Als wahrer Gott hingegen ist Jesus als Sieger über den Tod von den Toten - und zwar "aus eigener Kraft" - auferstanden. In diesem Sinne hat er auch seine Jünger über das, was an ihm geschehen wird, unterrichtet, daß er, nachdem er getötet worden sei, am dritten Tag wieder auferstehen werde (Markus 9, 30). Und dies secundum carnem, nach dem Fleische, also in seiner Leibhaftigkeit.

Trotzdem werden Stellen, die in der Vulgata eindeutig von Auferstehung sprechen (*Si autem Christus non resurrexit - Wenn aber Christus nicht auferstanden ist*", 1 Korinther 15, 14)

beim katholischen Theologen und heutigen Kardinal Walter Kasper mit Auferweckung übersetzt (*"Ist aber Christus nicht auferweckt worden ..."*).

Der folgende Vers 15 zeigt klar, daß die Vulgata ein eigenes Wort für Erweckung gebraucht: "... weil wir wider Gott bezeugt haben, daß er (nämlich Gott-Vater) Christus auferweckt habe ...).

Auch die bekannte und wohl älteste Osterakklamation *"surrexit Dominus vere - Der HERR ist wahrhaft auferstanden"* (Lukas 24, 34) erfährt eine irreführende Übersetzung, wenn wir lesen: *"Wahrhaft ist auferweckt der Herr"*.

Warum diese Vermischung der Begriffe? Soll vielleicht damit impliziert werden, daß Jesus doch nicht wahrer Gott ist, die zweite Person der Allerheiligsten Dreifaltigkeit, sondern nur "der Mann von Nazareth", der Revolutionär, der Prophet, dem man demnach auch keine Anbetung schuldet?

Das faktische Erliegen der eucharistischen Anbetung könnte diesen Schluß zulassen. Tatsache ist jedenfalls, daß diese Vermischung der Begriffe zu einer Verunsicherung im Glauben geführt hat und immer noch führt, wenn nicht gar zum Glaubensverlust.

Was der Begriff des Glaubens anbelangt, so hat er auch bei Walter Kasper eine Neuinterpretation erfahren.

Für ihn bedeutet der Glaube *"nicht ein Fürwahrhalten von wunderbaren Tatsachen und von autoritativ vorgelegten Glaubenssätzen; er steht und fällt vielmehr damit, daß einer bereit ist, sich auf Gott als dem Grund und Ziel seiner Existenz einzulassen."*

In seinem Buch *"Einführung in den Glauben"* spricht er davon, daß Dogmen *"durchaus einseitig, oberflächlich, rechthaberisch, dumm und voreilig sein"* können. Es gehe bei den Dogmen *"nicht um unfehlbare Sätze, sondern um eine unfehlbare 'Sache'."*

Die Botschaft Jesu ist keine "Sache", sie ist ein unfäßbares Heilsgeschehen - ein Mysterium. Und die Dogmen führen uns in dieses Mysterium ein. Sie sind von bleibender Gültigkeit, weil der entscheidende Inhalt nicht von zeitgeistigen Theologen erfunden, sondern vom Heiligen Geist verbürgte Wahrheit ist, unabhängig von jeder historischen Situation.

Aber weil der Glaube, die Dogmen, naturwissenschaftlich nie bewiesen werden können, sind sie für die modernistischen Theologen auch nicht verbindlich.

Werfen wir einen kurzen Blick auf das Zeugnis des heiligen Paulus. Bei ihm lesen wir im Hebräerbrief, daß der Glaube nicht eine vage Meinung ist aufgrund einer persönlichen Erfahrung, sondern *"eine Zuversicht dessen, was man hofft, eine feste Überzeugung von dem, was man nicht sieht"* (11, 1).

Er ist die Unterordnung von Verstand und Wille, und zwar wegen der Autorität des offenbarenden Gottes selbst, der weder sich täuschen noch täuschen kann. Daher kann man nicht von einer Evolution des Glaubens sprechen. Jesus selbst hat uns über diesen Punkt genau unterrichtet. Bei Johannes lesen wir (16, 13): *"Wenn jener aber kommt der Geist der Wahrheit, wird er euch in die ganze Wahrheit einführen."*

Der Kirchenvater Irenäus von Lyon (130-200), Schüler von Polykarp, und vom hl. Johannes zum Bischof von Smyrna bestellt, bestätigt dies, wenn er schreibt:

"Denn nachdem unser Herr von den Toten auferstanden war und sie (die Apostel) durch das Kommen des Heiligen Geistes mit Kraft von oben ausgerüstet wurden, da wurden sie mit Gewißheit über alles erfüllt und erhielten vollkommene Erkenntnis."

Es ist Doktrin der Kirche, daß der Heilige Geist die Apostel in die ganze Heilswahrheit eingewiesen hat. Ein dynamisch-evolutionistisches Verständnis der Hinführung zur Wahrheit, das sich über Jahrtausende hingezogen hätte und bis heute noch weitergeführt würde, ist undenkbar, auch wenn diese These von wissenschaftsgläubigen Theologen noch so vehement vertreten wird.

Eine klare Stellungnahme darüber erhalten wir vom 1. Vatikanischen Konzil, das erklärt:

"Wer sagt, es könne geschehen, daß den von der Kirche vorgelegten Lehrsätzen einmal entsprechend dem Fortschritt der Wissenschaft ein anderer Sinn zuzuschreiben sei als der, den die Kirche gemeint hat und meint: der sei mit dem Anathema belegt."

Das bedeutet, daß die Kontinuität in der Entwicklung der Glaubenssätze gewahrt werden muß, damit zwischen früheren und späteren Lehren kein Bruch entsteht. Vor einigen Jahren zum Kurienkardinal ernannt, schreibt Walter Kasper hingegen in seinem schon erwähnten Buch "Einführung in den Glauben":

"Dogmen unterliegen der Geschichtlichkeit alles menschlichen Sprechens und sind konkret wahr nur in Bezug auf den ihnen entsprechenden Kontext. Sie müssen deshalb immer wieder neu ausgelegt und in neue Situationen hinein übersetzt werden."

Es ist nicht bekannt, daß diese Früchte der Wissenschaftsgläubigkeit zurückgenommen worden wären.

Vielsagende Zeugnisse

Hören wir dagegen einen anderen Kardinal, der seinen Äußerungen zufolge, eine tiefe Ahnung von den Zusammenhängen von Wissenschaft und Glaube gehabt haben muß. Es ist dies der Münchner Kardinal Faulhaber. In einem Gespräch mit Albert Einstein sagte dieser zu ihm: *"Eminenz, ich achte die Religion, aber glauben tu' ich an die Mathematik. Bei Ihnen wird es wohl genau umgekehrt sein, wie?"*



Foto: Dr. Bernd Pelz

Nein, soll Kardinal Faulhaber geantwortet haben, Religion einerseits und Mathematik andererseits sind mir nur verschiedene Ausdrucksformen derselben göttlichen Exaktheit.

Einstein soll über diese Aussage sehr verblüfft gewesen sein und gefragt haben: Gesetzt den Fall, die mathematische Forschung würde eines Tages ans Licht bringen, daß gewisse Erkenntnisse der Wissenschaft nicht mit dem Glauben der Religion in Einklang zu bringen sind. Was dann?

Die Antwort des Kardinals: *"Ich schätze die Mathematik so hoch ein, daß ich dies nicht als endgültig hinnehmen könnte. Und ich würde dann auf solche Leute wie Sie hoffen, die nicht ruhen werden, ehe sie den Rechenfehler gefunden haben."*

Eine höchst zutreffende und auch weise Antwort. Sie zeigt die richtige Haltung der Kirche zum Spannungsfeld Wissenschaft/Glaube und beweist, daß der Glaube keinen Grund hat, sich vor der Wissenschaft zu fürchten.

Aufschlußreich sind in diesem Zusammenhang die Äußerungen eines vom Buddhismus zur katholischen Religion konvertierten englischen Professors für indische und tibetische Philo-

sophie an der Universität Bristol.

Auf die Frage, warum er ausgerechnet zum christlichen Gottesglauben gefunden habe - es hätte ja genauso gut der jüdische, islamische oder sonst eine Form des Monotheismus sein können - bekannte er, daß wie für den hl. Paulus so auch für ihn die Auferstehung Jesu das Fundament des christlichen Glaubens ist und die Leugner der Auferstehung bisher keine überzeugende Erklärung der neutestamentlichen Darstellungen vorgebracht hätten, im Gegenteil: die besseren Argumente sprechen nach wie vor dafür, die Auferstehung Jesu als historisch zu betrachten, und zwar im buchstäblichen Sinn.

Dieser ehemalige Buddhist war sogar der Meinung, daß man Jesus nach der Auferstehung hätte photographieren können. Daher führen all jene theologischen Positionen in die Irre, die meinen, "entmythologisieren" zu müssen und in den Berichten vom leeren Grab nur eine bildliche Redeweise dafür sehen wollen, daß die "Sache Jesu" weitergehen soll.

Den Leugnern hält der ehemalige Buddhist einen Ausspruch des schon erwähnten hl. Polykarp von Smyrna entgegen, demzufolge der Leugner der Auferstehung als der "Erstgeborene des Satans" zu gelten habe.

Das ist sicher eine harte Sprache. Aber fragen wir uns doch einmal, welche Haltung Jesus selbst dem Unglauben gegenüber eingenommen hat? - Wie hat er sich darüber geäußert, als er sah, daß die Jünger nur mit Mühe an seine Auferstehung glauben konnten. Beim hl. Markus (16, 14) im Evangelium zu Christ Himmelfahrt können wir es nachlesen:

"In jener Zeit, als die elf Jünger zu Tisch saßen, erschien ihnen Jesus. Er rügte ihren Unglauben und ihre Herzenshärte, da sie denen nicht geglaubt, die Ihn nach Seiner Auferstehung gesehen hatten."

Hier haben wir eine klare Stellungnahme Jesu zum Unglauben der Jünger. Er rügt ihre Herzenshärte, und es ist erschütternd festzustellen, daß nach 2.000 Jahren diese Herzenshärte immer noch bei seinen Jüngern zu finden ist.

Eine eher originelle Beweisführung ist vom verstorbenen juristischen Experten und internationalen Politiker Sir Lionel Luckhoo bekannt. Im "Guinness-Buch der Rekorde" erscheint er für beispiellose 245 aufeinanderfolgende Freisprüche in Mordprozessen. Dieser Experte für Mordfälle bekräftigt sein Vertrauen in die prozessuale Beweiskraft der Auferstehung, als er schrieb:

"Ich habe mehr als 42 Jahre als Strafverteidiger in unterschiedlichen Weltteilen verbracht und praktiziere den Beruf immer noch. Ich habe Glück gehabt, eine Reihe von Erfolgen in Gerichtsverfahren zu sichern, und ich sage ausdrücklich, daß der Beweis für die Auferstehung Jesu Christi so überwältigend ist, daß er zur Anerkennung anhand des Beweismaterials zwingt, das nicht den geringsten Platz für Zweifel läßt."

Diese Zweifel, so sagt er, überläßt er den modernistischen Theologen.

Die Wahrheit des Wunders der Auferstehung Christi war bis zur Aufklärung eine selbstverständliche Tatsache. Durch die Ersatzreligion Naturwissenschaft begann man die Wunder zu bezweifeln.

Wenn man ein Wunder als ein Ereignis definiert, das physikalisch-chemisch nicht erklärbar ist, so besteht zwischen der Geburt des Lazarus und seiner Auferweckung (durch Christus) oder zwischen der alljährlichen Brotvermehrung auf den Kornfeldern und der Brotvermehrung des Herrn in der Wüste kein Unterschied.

Beide Wunder, das eine als Schöpfungstat Gottes, das andere als Eingriff Gottes in die Schöpfung, sind wissenschaftlich nicht erklärbar. Das Wunder der Brotvermehrung auf den Kornfeldern wird uns bewußt werden, wenn der Hunger in unseren verbetonierten Ländern einkehrt und keine Wissenschaft uns Brot zu geben vermag.

Die Behauptung, der Zeitabstand von 30-40 Jahren zwischen dem Tod Christi und der Abfassung der Evangelien sei so groß, daß im Nachhinein nichts Sicheres über den genauen Her-

gang gesagt werden könne, ist ein gängiges Argument. Doch dies kann auch auf andere historische Personen angewendet werden, z.B. auf Alexander den Großen.

Als seine Berichtstatter ihre Erinnerungen aufschrieben, lag Alexanders Tod weiter zurück als der Tod Jesu für die Evangelisten Matthäus und Markus. Überdies ist die Quellengeschichte zu Alexander problematischer als die zu Christus.

Erstens waren seine Berichtstatter Politiker, und die haben bekanntlich einen eigenen Stil, Geschichte zu schreiben.

Zweitens sind ihre Schriften gar nicht erhalten geblieben. Wir wissen nur durch den Schriftsteller Arrian von ihnen, und der lebte nochmals vier Jahrhunderte später. Es ist wohl nicht bekannt, daß jemals an der Echtheit der Existenz von Alexander d. Gr. gezweifelt worden wäre.

Weil die Evangelien mehr sind als eine gute Botschaft, "scheitern die Erklärungen der Al-leserklärer" immer wieder von neuem. Das hindert sie allerdings nicht, für sich jene Unfehlbarkeit zu beanspruchen, die sie dem Papst absprechen. Bernhard Shaw blökte als theologischer Laie, als er sagte, er halte die Evangelisten für glaubwürdiger als alle ihre theologischen Rezensenten.

"Wenn es sich so verhalten hätte wie die Entmythologisierungstheologen meinen, würde es diese Theologen gar nicht geben. Denn für diese dialektische Relativierung der Auferstehung des Herrn wäre niemand gestorben, und das heißt: es hätte keine Märtyrer und somit kein Christentum gegeben."

Der englische Kulturphilosoph C. S. Lewis hat sich zu diesen 'Relativitätstheologien' in folgendem Sinn geäußert: *"Jetzt mußten wir armen Christen nahezu zweitausend Jahre glauben, Christus sei von den Toten wahrhaft auferstanden, bis uns endlich ein Herr Professor belehrt, daß das bloß als eine Metapher für das immer wiederkehrende Leben zu verstehen sei."*

Die Leugner der Auferstehung Christi beklagen ja ständig die mangelnden wissenschaftlichen Beweise. Für jene, die sich keiner Wahrheit verschließen, gibt es tatsächlich wissenschaftliche Erkenntnisse in Bezug auf die Historizität Jesu Christi, seines Leidens, seines Todes und seiner Auferstehung. Diese Beweise sind im Grabtuch von Turin zu finden, das man mit guten Gründen als das 5. Evangelium bezeichnen kann.

Die wissenschaftlichen Ergebnisse zeitigen eine überwältigende Fülle unbestreitbarer Tatsachen. Diese Erkenntnisse lassen die Unbelehrbarkeit der Grabtuchgegner immer grotesker erscheinen, die nach wie vor behaupten, es handle sich um eine "Fälschung", schreibt der Rechtswissenschaftler Wolfgang Waldstein in seinem wertvollen Buch *"Neueste Erkenntnisse über das Turiner Grabtuch"*.

Unzählige inzwischen völlig zweifelsfrei festgestellte Tatsachen haben immer klarer gemacht, daß eine Fälschung vollkommen ausgeschlossen ist. Kein Fälscher der Welt hätte die auf dem Grabtuch feststellbaren "Informationen" auf das Tuch bringen können.

Man kann sagen, daß Experten sämtlicher Wissenschaftszweige sich mit dem Grabtuch aus Turin beschäftigt haben, Ärzte, Hämatologen, Physiker, Ingenieure aus verschiedenen Sparten, Archäologen, Historiker, Kriminologen und Atomforscher. Aber da die Ergebnisse die heute verbreiteten Theorien der sogenannten Bibelwissenschaft klar widerlegen, dürfen sie nicht existieren. Frei nach Christian Morgenstern, daß nicht sein kann, was nicht sein darf.

Wer nach wie vor die Unechtheit des Grabtuches behaupten will, müßte eigentlich den Beweis erbringen, daß all die festgestellten Tatsachen in Wahrheit nicht existieren. So z.B. die 204 Pollen, die der Schweizer Spezialist für Mikro-Organismen, Dr. Max Frei identifizieren konnte. Ein Großteil dieser Pollen stammt aus dem Heiligen Land.

Die Herkunft des Tuches aus dem Hl. Land ist nicht nur durch Pollen bezeugt, sondern auch durch Blüten und Pflanzen, von denen die Pollen stammen. Dazu kommt, daß viele der Blüten auch gerade nur zu der Jahreszeit blühen, in der die Bestattung Christi stattgefunden hat. Sie

konnten also nur zu dieser Zeit blühen da die bei Johannes 19, 40 genannten wohlriechenden Kräuter dem Leichnam Jesu im Grabtuch beigegeben werden, so wie es bei den Juden beim Bestatten Brauch ist.

Die wissenschaftliche Arbeit dieser Experten ersetzt nicht den Glauben, aber wenn man vor diesem Grabtuch steht, erkennt man jenseits des Glaubens, was hier vorgefallen sein muß. Werner Bulst sagt mit Recht: *"Der Glaube ist mehr als bloße Erkenntnis. Aber Erkenntnisse, wie sie über das Grabtuch gewonnen wurden, ermöglichen den Glauben."*

Und der weltbekannte englische Exeget, John A.T. Robinson, der durch seine sehr liberalen Bücher Aufsehen erregt hatte, sagte zum Abschluß seines Referates auf dem Turiner Kongreß 1976, wer von der Echtheit des Turiner Grabtuchs überzeugt sei, befinde sich in einer Situation, die jener der Jünger am Ostermorgen vergleichbar sei.

Das dürfte einer der Gründe für die oft fanatische Opposition gegen das Turiner Grabtuch sein.

Wer Gelegenheit hatte, die Original-Sindone in Turin zu betrachten, war trotz der Schattenhaftigkeit des Abbildes des Gekreuzigten überzeugt, IHN gesehen zu haben.

Viele Forscher in den USA und Europa, auch der russische Forscher Dimitrij Kusnetzow sind übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, daß ein Vorgang stattgefunden haben muß, bei dem sich die Struktur der Atome verändert hat. Er schreibt:

"Die Wissenschaftler konnten im Test durch Computer-Simulation nachweisen, daß der Körper im Grabtuch einen Vorgang durchgemacht hat, der ihn in einen neuen Raum versetzt hat. Die Struktur seiner Atome hat sich neu geordnet. Dieser Körper trat in eine "Super-Ordnung" über. Dabei wurde viel Energie abgestrahlt, die das Bild auf dem Tuch erzeugt hat."

Obwohl diese Ergebnisse bereits mehrfach publiziert wurden, haben sich die Medien bisher nicht dafür interessiert. Sie ergötzen sich an ihren immer wieder neuen Meldungen von der "Fälschung des Turiner Grabtuchs".

Es ist im Grunde eine Ironie, daß nun die modernsten Wissenschaften, auf die sich die zeitgenössischen Theologen immer beziehen, uns die Echtheit des Turiner Grabtuchs bestätigen, die wissenschaftsgläubigen Theologen hingegen das Ergebnis dieser von ihnen bewunderten Wissenschaft ablehnen. Wer nicht sehen und hören will, für den sind erwiesene Tatsachen unerträglich.

"Ein Naturwissenschaftler, der es mit seiner Wissenschaft ernst nimmt, der also nicht wissenschaftsgläubig ist, hat keine Mühe, an Wunder zu glauben. Wer aber bloß physikalisch-chemisch denkt, wird die Existenz von Wundern bestreiten, weil er mit diesem verengten Denken bloß weiß wie, aber nicht weiß, was Chemie und Physik sind. Das Was würde ihn zum Weg führen, zu Gott, der die Materie erschaffen hat - und den Menschen, der sie mit seinem Geist zu erforschen vermag." <<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Mai 2014: >>**Der Selbsthaß blüht**

Der "häßliche Deutsche" lebt. Und es sind die Deutschen selbst, die inzwischen am eifrigsten damit beschäftigt sind, ein Zerrbild ihrer selbst am Leben zu erhalten. Als Nationalneurose wirkt die Kriegspropaganda aus zwei Weltkriegen verinnerlicht in den Köpfen der Besiegten weiter - vom Unbehagen an der eigenen Identität über das Mißtrauen politischer und medialer Eliten gegenüber dem eigenen Volk bis zum manifesten Selbsthaß.

Mit ihrem zynisch-vulgären "Deutschland verrecke!" - "Nie wieder Deutschland!" - "Bomber Harris, do it again!" überschreiten die autoaggressiven National-Borderliner aus der linksextremen "Antifa-Szene" mitunter selbst die Geschmacksgrenzen der linksliberal-postnational sich dünkenden Juste milieu ("richtige Mitte").

Die radikalisierten Bürgerkinder sind in ihrem auf die Spitze getriebenen Nationalmasochismus freilich Fleisch vom Fleische einer politisch-medialen Klasse, in der die Verächtlichma-

chung des Eigenen und die permanente innere Distanzierung vom eigenen Volk zum guten Ton gehört. Der neue Deutsche ist stolz auf seine vermeintlich weltoffene und kosmopolitische Einstellung.

Deutsche Tugenden im Ausland geschätzt

"Typisch deutsch" gilt in weiten Teilen der Welt noch heute als Ausdruck der Anerkennung. Man schätzt deutsche Tüchtigkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Effizienz - dieser uns immer noch umgebende Ruf ist übrigens von Amerika bis Asien ein wesentliches Argument, deutsche Maschinen, Anlagen, Automobile und Industrieprodukte zu kaufen, mithin ein Grundpfeiler unseres noch immer beachtlichen Wohlstands. Wer Werte schafft, hört solche Komplimente durchaus gern, der diskutierenden Klasse sind sie unangenehm.

Da wird dann barsch zurückgewiesen, was freundlich und höflich gemeint war, und der eifernde deutsche Rechthaber, der sich sein schönes Negativbild vom eigenen Land nicht trüben lassen will, steht auf einmal wieder so da, wie er auf gar keinen Fall sein möchte: "typisch deutsch".

So typisch deutsch wie jener nachmalige SPD-Chef Oskar Lafontaine, der als Nachwuchssozialist dem aus der Weltkriegsgeneration stammenden Bundeskanzler Helmut Schmidt entgegenhielt, seine "deutschen Tugenden" seien "Sekundärtugenden, mit denen man auch ein KZ leiten" könne.

Da ist er, der Holocaust- und Kriegsschuldkomplex, der jedem deutschen Fluchtreflex aus der eigenen nationalen Identität unausgesprochen zugrunde liegt. Im vergifteten Klima der ersten Nachkriegsjahre gaben junge Deutsche, die in der dänischen, niederländischen oder französischen Provinz umherreisten, sich schon mal als "Österreicher" aus, um Anfeindungen zu entgehen. Der Fluchtreflex hat sich, aller beschworenen Versöhnung zum Trotz, vererbt.

Gravierende politische Konsequenzen

Man könnte geradezu eine Psychotypologie der Deutschen aufstellen, je nach den Völkern, in deren Haut man gerne schlüpfen möchte, um nur ja die eigene, mit dem ewig empfundenen NS-Makel behaftete, hinter sich zu lassen: die Atlantiker, die gern die besseren Amerikaner wären, die Zivilisations-Europäer, die sich französisch verfeinert fühlen möchten, die Toskana-Linken, die ganze Landstriche des deutschen Sehnsuchtslandes aufkaufen, die nach Harmlosigkeit gierenden Bullerbü-Deutschen, die Volvo fahren, um in einem Stück der skandinavischen Heimat von Michel und Pippi vom dritten Weg zu träumen, und nicht zu vergessen diejenigen, die dem eigenen "Tätervolk" am konsequentesten zu entkommen suchen und sich eine jüdische Ersatzidentität zulegen, sei es als Konvertiten oder auch nur per Künstlernamen und gesellschaftlichem Engagement.

Man könnte dies als "typisch deutsche" Grübeleien und Selbstbeschäftigung einer in der Seele tief verletzten Nation der allmählichen Selbstheilung überlassen, fände der unterschwellige deutsche Selbsthaß im luftleeren Raum statt und hätte er nicht laufend gravierende politische Konsequenzen. Der wohl fatalste Typus sind jene Deutschen, die aus der deutschen in eine nebulöse europäische Identität zu fliehen versuchen.

Dem "großen Europäer" Helmut Kohl hielt Frederick Forsyth 1997 vor, er habe in einer Rede vor Studenten erklärt, den Deutschen sei nicht zu trauen, weshalb die "europäischen Freunde" sie fesseln und wirtschaftlich anbinden sollten, damit sie sich nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln könnten.

Deutschlands politische Eliten sind vermutlich die einzigen in Europa, die tatsächlich an die Überwindung des Nationalstaats durch die "Vereinigten Staaten von Europa" oder dergleichen glauben. Die Opfer, die sie dafür zu bringen bereit sind, von der allzu bereitwillig aufgegebenen eigenen Sprache bis hin zu Währung und Wohlstand, werden gern angenommen, die ersehnte Erlösung vom Deutschsein wird trotzdem nicht gewährt. Wenn es ernst wird, winkt doch wieder die "ewige" deutsche Schuld, um den Deutschen zusammenzucken zu lassen.

Wer "Nazi" sagt, hat die deutsche "Kartoffel" schon geistig entwaflnet

Den Reflex nutzen nicht nur griechische Demagogen, sondern auch aggressive Jungorientalen, die wissen: Wer "Nazi" sagt, hat die deutsche "Kartoffel" schon geistig entwaflnet und darf obendrein auf öffentliches Verständnis hoffen. Vom freudig begrüßten Einwanderer als "Scheiß-Deutscher" geschmäht zu werden, ist Migrantensalz in die Identitätswunde des guten Deutschen, der doch gerade keiner mehr sein wollte und sich vom Multikulturalismus die finale Befreiung von der Last der nationalen Identität erhofft hat.

Hundert Jahre nach der Geburt des "häßlichen Deutschen" aus dem Geist der britischen Kriegspropaganda sollte es an der Zeit sein, Schuld kult und Nationalneurosen allmählich abzustreifen. Die unangenehme Seite des "typisch Deutschen" ist heute der Schuldstolz, der sich lustvoll selbst an den Pranger stellt, wo andere längst differenzierter hinschauen.

Nicht jeder sieht in uns noch immer den ewigen "Nazi", wenn wir diesen nicht selbst beständig kultivieren, instrumentalisieren und ausnutzen lassen. Ein Volk, das sich weigert, in das 21. Jahrhundert mit einer gefestigten Identität zu gehen, wird das Ende dieses Jahrhunderts vielleicht nicht mehr erleben.<<

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 26. Mai 2014 über den IPCC-Weltklimarat - <https://www.eike-klima-energie.eu/2014/05/26/wer-oder-was-ist-eigentlich-der-welt-klimarat-ipcc-und-was-tut-er/> -: >>Wer oder was ist eigentlich der "WELTKLIMARAT" (IPCC) und was tut er?

von C. O. Weiss

Der Weltklimarat (IPCC) wird der Öffentlichkeit als ein Gremium von Wissenschaftlern dargestellt, welches, streng sachlich, die wissenschaftlichen Ergebnisse der Klimaforschung sichtet und diese in unregelmäßigen Abständen in umfangreichen Berichten zusammenfassend darstellt. ...

Der Öffentlichkeit unter den Teppich gekehrt wird stets, daß der IPCC keineswegs ein Gremium von Wissenschaftlern ist. Tatsächlich gehören ihm 195 Vertreter der Regierungen aller Länder an und üben Einfluß aus.

... Dabei kämpfen natürlich die Politikvertreter darum, genehme Sachverhalte zu betonen. Selbst wenn sie durch den wissenschaftlichen Teil nicht gedeckt sind. So wird z.B. im diesjährigen Bericht festgestellt, mit 95 %-iger Wahrscheinlichkeit sei die Erderwärmung der letzten 100 Jahre menschengemacht.

Diese Feststellung beruht nicht auf Ergebnissen des Hauptteils sondern auf einer "Befragung". Wer befragt wurde, wurde nicht mitgeteilt, und unbequeme Ergebnisse möglichst zu verschweigen. So geschehen beim diesjährigen Bericht AR5:

Bei der Formulierung des "summary" kämpfte beispielsweise die deutsche Regierungsvertreterin, die Wissenschaftsministerin, darum, den Stillstand der Erderwärmung der letzten 15 Jahre (trotz starken Anstiegs der CO₂ Konzentration in der Atmosphäre) zu verschweigen. Mit der Begründung, sonst würde die sogenannte "Energiewende" in Deutschland gefährdet.

Eine breite Zustimmung der Regierungsvertreter zu Katastrophenszenarien, vor allem der kleineren Länder mit wenig Industrie, wird erreicht durch Gelder aus dem "Hilfsfond für Anpassung an den Klimawandel".

Je dramatischer die negativen Aussichten beschrieben werden, desto höher die Zahlungen des Hilfsfonds an die entsprechenden Länder. Kurz gesagt wirken daher die Hilfsfondsgelder als Bestechung der Regierungsvertreter. ...

Für den jetzigen IPCC Bericht AR5 wählten die IPCC Wissenschaftler aus 28.000 Publikationen etwa 11.000 zur Auswertung aus. Es versteht sich, daß diejenigen Arbeiten, welche, veröffentlicht, klar und unwidersprochen belegen, daß CO₂ das Erdklima höchstens in vernachlässigbarem Maße beeinflusst, oder daß die Modelle, die eine Erderwärmung durch CO₂ beweisen sollen, bei allen Tests durchfielen, keine Erwähnung finden. (Beispiele solcher Arbei-

ten sind unten zitiert).

Das ist auch konsequent, denn anders als der Öffentlichkeit dargestellt, hat der IPCC keineswegs die Aufgabe zu prüfen ob CO₂ einen Einfluß auf das Erdklima hat, sondern "das Drohen einer menschengemachten Klimakatastrophe nachzuweisen". Eine klare politische Vorgabe, jenseits jeder Wissenschaftlichkeit, mit welcher der IPCC praktisch eine Propagandaorganisation ist. ...

Wie kommt es nun, daß eine derartige merkwürdig konstruierte Institution existiert, und zu wessen Interesse wurde sie geschaffen?

Dazu der Bericht eines Mannes (Hartmut Bachmann), der zur Zeit der Gründung des Weltklimarates anwesend war.

Wir befinden uns im Jahre 1986. Die USA werden regiert von Ronald Reagan. Ein bekannter und wichtiger Abgeordneter im Repräsentantenhaus ist Al Gore (AG). Er vertritt den Bundesstaat Tennessee. AG verfügte über außerordentliche Beziehungen zu Wirtschaft und Finanzen. Sonst wäre er auch nicht Senator der USA geworden. Seine Zukunft (zum Geldmachen) sah er in aktiver Beteiligung am modernen Umweltschutz.

Am 11. August 1986 schickte Rudolf Augstein (RA) sein international bekanntes Magazin DER SPIEGEL auf die Weltreise. Titelbild und Bericht über den Untergang des Kölner Doms im Nordseewasser beinhalteten den Schocker über die anstehende "Klimakatastrophe". Am 11. September 1986 telefonierte ich mit RA. Das Gespräch beinhaltete: Ich: "Was hast Du Dir denn dabei gedacht?" Augstein: "Aufwecken, munter machen." Ich: "Und Angst machen". Augstein: "Ohne Angst der Massen, keine Bewegung der Massen."

Gores Bestrebungen gingen dahin, ein politisches Instrument zu schaffen, um mehr staatlich unterfütterten Einfluß zur Bekämpfung der fiktiven Klimakatastrophe zu erlangen. Ein solches Arrangement sollte über seine Beziehungen ein Instrument werden, das ihm Einkommen entsprechender Größenordnung für lange Zeit gewährt. Dazu mußte das Thema Umwelt-Klima nationalisiert werden. ...

Als Ergebnis des Hearings wird von der Regierung angeordnet, die derzeitigen und künftigen Forschungsergebnisse zum Klima bei UNEP zu konzentrieren.

UNEP ist der Umweltarm der UNO und wurde damals von den Rockefeller und ihrem Intimus Maurice Strong, der wiederum bestens befreundet mit Al Gore war und meines Wissens noch heute Vorstand der Rockefeller Stiftung ist (welche Umweltorganisationen wie Greenpeace oder Club of Rome in breitem Maße finanziert), geleitet. Es wird beschlossen, eine seitwärts der UNEP agierende neue Organisation, das spätere IPCC, zu schaffen. Die Organisation erhält, von Al Gore und Maurice Strong erarbeitet, zwei politische Aufgaben:

Festzustellen, daß die Erde einer Klimakatastrophe entgegengeht und, daß die Klimakatastrophe Mensch-gemacht ist. ...

Da der letzte (1997) fertige und unterzeichnete Weltklimabericht vom IPCC eine Reihe von Hinweisen darauf enthielt, daß Passagen, die ausdrücklich einen vom Menschen verursachten Klimawandel verneint hätten, wurden diese Kapitel von Ben Santer entfernt. Der somit im Sinne der Klimahierarchie des IPCC und der Länder gefälschte Weltklimabericht, ging damit als letzter Zustandsbericht des IPCC den Delegationen der Industrienationen, anläßlich der Weltklimakonferenz in Kyoto im Dezember 1997, zu.

Da dieser Bericht gefälscht und somit keine Unterschriften hatte, ordnete Alcamo aus Kassel per e-mail an seine Abgeordneten in Kyoto das Folgende an: "The media is going to say "1.000 scientists signed" or "150 signed". No one is going to check if it is 600 with PhDs versus 2000 without. They will mention the prominent ones, but that is a different story. Conclusion - Forget the screening, forget asking them about their last publication (most will ignore you.) Get those names!"

So wurden die Unterschriften von 100en von Menschen erbeten und verwendet, die gerade

erreichbar waren. Tellerwäscher aus den Nachbarlokalen, Schuhputzer von nebenan etc. Publiziert wurde dies natürlich nicht; genau wie das Desaster mit den Entdeckungen der Fälschungen für den Hockeystick, die Dokumentierung des Inhaltes von über 1.000 e-mails des CRU, **voll von Klimadatenfälschungen**.

Überall, wo man bei der Kombination von Klima und CO2 hinfällt, Lüge und Betrug. Und alles wird vertuscht. Unter den Tisch. In Gemeinsamkeit beider Institutionen, Medien und Wissenschaft. Wie sagte Popper vor langer Zeit?: Sei ein Experte in Deinem Fach. Dann werden die anderen Dich schützen. Du mußt sie dann natürlich auch schützen.

Übrigens: Al Gore wurde der erste Karbon-Milliardär. Von jedem CO2-Zertifikat bekam und bekommt er über den Emissionsrechtehandel seine Provision. Bei jeder Bewegung, egal ob vor oder zurück, muß auf Umwegen mit dem Nobelpreisträger abgerechnet werden. Clever, nicht wahr? Klima - CO2?

Um was geht es? Nur um gigantische Geschäfte. Was meinen Sie, wann und von wem es arrangiert und speditiert wurde, daß Griechenland in die EU kam und den EURO nutzen durfte? Wenn Sie erfolgreich schnüffeln, kommen Sie zu den gleichen Figuren, die das IPCC, die UNEP, die Öl- und Baumwoll- und Kupferpreise etc. kontrollieren. ...

Weswegen 40.000 oder mehr häßliche Windmühlen? Schleswig-Holstein, Land der Horizonte. Weswegen eine wirtschaftlich total abwegige (und in gigantischem Maße Energie vergeuende) Solarnutzung? Geld, Geld, Geld.

Sir Nikolas Stern, früherer Chefvolkswirt bei der Weltbank und Mitaufbereiter von Geschäften ums Klima + CO2, deswegen auch von der Britischen Königin geadelt, forderte 2006 noch 5 Billionen € Subventionen (des Bürgers) zur Reparatur des Klimas.

Connie Hedegaard, Klimakommissarin der EU, erhöhte vor wenigen Monaten auf 11 Billionen. Man sieht: Das Geschäft funktioniert. Am besten in Deutschland, denn: Kein Volk der Welt teilt die künstlich inszenierte CO2-Angst so, wie der Michel.

Wenn die Bearbeitung der Bevölkerung zur Akzeptanz eines Diktums komplett in der Hand des Staates liegt, muß in jedem Gehirn die Alarmglocke klingeln.

Erstens deswegen, weil ein Staat, dessen hierarchische Strukturen das Gemeinwesen dermaßen verschuldeten, wie geschehen, zum Überleben dieser Strukturen in praxi jeden Euro benötigt, der sich auftreiben läßt.

Zweitens, weil in einer solchen Situation - zum Geldkassieren - gelogen wird, daß sich die Balken biegen. Das Instrument, das generell allen verschuldeten sogenannten entwickelten Staaten, via UNO - UNEP - IPCC - Abkommen von Kyoto - überreicht wurde, nennt sich "Bekämpfung von AGW = Menschgemachte Klimaerwärmung.

(Bericht von H. Bachmann - Details in: "Die Lüge der Klimakatastrophe - und wie der Staat uns damit ausbeutet") ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.08.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x349/79) = Feindbild Familie. Politische Kriegsführung gegen Eltern und Kinder. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 3, Seite 79.

x349	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Feindbild Familie</u> . Politische Kriegsführung gegen Eltern und Kinder. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 3. Werder (Havel) 2013.
x357	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Ami go home!</u> Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten. COMPACT-Spezial Nr. 6. Werder (Havel) 2016.

Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x878	http://www.guntram-von-schenck.de/ - September 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x892	http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&view=article&id - Januar 2018
x893	http://www.katholisches.info ... - Februar 2018
x903	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/11/22/hintergründe-der-europäischen-integrationsbewegung/ - Januar 2019
x966	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/05/17/fassade-demokratie/ - November 2019
x967	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/07/25/okkulte-einflusse-im-englischen-imperialismus-vor-dem-1-weltkrieg/ - November 2019
x969	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/10/07/volk-oder-bevoelkerung-von-den-quellen-der-deutschen-kultur/ - November 2019
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.004	https://charismatismus.wordpress.com - April 2021
x1.067	https://www.menschenrechtsabkommen.de/40-jahre-un-mitgliedschaft-1353/ - Januar 2022